Ernst Aust: Sozialismus hat Zukunft — Seite 7

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 40 vom 8. Oktober 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM

Kabinett Kohl/Genscher im Amt

Widerstand gegen Offensive der Reaktion organisieren!

Durch betrügerische Machenschaften, unter völliger Mißachtung des Wähler-Votums von 1980, wurde am Freitag letzter Woche in Bonn die von CDU/CSU und dem ultrarechten Flügel der FDP gebildete Wunschregierung des Großkapitals an die Macht gehievt. Und dem Betrug vom 1. Oktober soll offenkundig bald schon ein neuer Betrug folgen.

Um die breite Empörung über den auf kaltem Wege vollzogenen Regierungswechsel zu dämpfen, hatten die Politiker der Union ebenso wie die „Gruppe Genscher/Lambsdorff" (so nennt Strauß heute treffend seinen neuen Koalitionspartner) Neuwahlen für den 6. März 1983 versprochen. In dem zwischen den neuen Regierungspartnern ausgehandelten Koalitionsvertrag jedoch steht kein Wort über einen solchen Wahltermin. Und selbst Strauß, der sich ja noch vor der Hessenwahl für sofortige Neuwahlen zum Bundestag stark gemacht hatte, sagt nun offen, der 6. März sei nicht sein Termin.



Das ZK der KPD hat in einer Erklärung vom vergangenen Wochenende die Forderung unserer Partei nach Neuwahlen bekräftigt. Gleichzeitig betonte es, daß der einzige Weg zur Verhinderung des vom Großkapital geforderten „einschneidenden Kurswechsels" — zu dessen Verwirklichung die neue Regierung in Bonn angetreten ist — in der Bildung einer breiten und einheitlichen Kampffront aller Werktätigen besteht. (Siehe Erklärung auf dieser Seite.)

Wie dringend notwendig es ist, machtvollen Widerstand zu organisieren, zeigt sich schon an den bislang vorliegenden Koalitionsvereinbarungen, die von Strauß, der grauen Eminenz dieser Regierung, ausdrücklich als „erster Schritt" gekennzeichnet wurden. Und in diesem ersten Schritt sollen die arbeitenden Menschen durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um mehr als zwei Milliarden Mark zusätzlich belastet werden, werden die Beiträge zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung heraufgesetzt, sind weitere Mieterhöhungen vorprogrammiert, wird den Beamten ein Gehaltsstopp verordnet, werden Rentner und Sozialhilfeempfänger um die fällige Anpassung ihrer Bezüge betrogen, soll das Schüler-BafóG faktisch gestrichen, das Wohngeld drastisch gekürzt werden usw.

Die vielbeschworene Wende, der vom Kapital verlangte Kurswechsel nimmt also langsam Gestalt an.

Gleichzeitig wird selbst ein FDP-Politiker der „Mitte" wie der frühere Innenminister Baum zum „Sicherheitsrisiko" erklärt und durch den skrupellosen Scharfmacher Zimmermann ersetzt, einen getreuen Spezi in den Korruptions- und Politaffären des F.J. Strauß, der selbst nur durch juristische Manipulationen einer von der Staatsanwaltschaft geforderten vierjährigen Zuchthausstrafe wegen Meineids entgehen konnte. Bezeichnenderweise ist der gesamte Bereich der Innenpolitik bei den Koalitionsverhandlungen vorerst ausgeklammert worden — hier will man erst später seine Karten offen aufdecken.

Nur zu einem Teilbereich hat sich die neue Regierung der schwärzesten Reaktion schon offiziell festgelegt — zum sogenannten Ausländerproblem (was sich für Kanzler Kohl nach eigenem Bekunden ohnehin auf ein „Türkenproblem" reduziert). Und hier kann die neue Regierungspolitik auf eine einfache Formel gebracht werden, nämlich: Ausländer raus!

Ein anderer Scharfmacher, Manfred Wörner, ist ins Bonner Kriegsministerium eingezogen. Vor irgendeiner Wahrung nationaler Unabhängigkeit — wie noch unter Schmidt — ist nun nicht mehr die Rede. In den Koalitionsvereinbarungen wird vielmehr die „uneingeschränkte und eindeutige" Unterordnung der Bonner Politik unter die Kriegspolitik der amerikanischen Supermacht und ihres NATO-Pakts angekündigt. Und ganz im Stil von Reagan und Weinberger wird nach einer Bestrafung der Sowjetunion durch „wirtschaftliche Maßnahmen" geschrieen.

All das macht deutlich, daß die von Strauß aus dem Hintergrund gesteuerte Kohl/Genscher-Regierung im Interesse der Bank- und Konzernherren auf allen Gebieten zur Offensive gegen unsere elementarsten Lebensinteressen angetreten ist. Nur der gemeinsame Widerstand aller Werktätigen auf dem Boden des Klassenkampfes wird diesen Angriff stoppen können!



Gegen die Wunschregierung des Großkapitals —

die sich in Bonn durch den unerhörten Betrug an den Wählern durch die FDP-Minister die Regierungsverantwortung erschlichen hat, demonstrierten in der vergangenen Woche in verschiedenen Großstädten der Bundesrepublik viele tausend Menschen. Sicher standen viele Demonstranten unter sozialdemokratischem Einfluß. Aber es brachten auch viele Kollegen und Gewerkschafter, die absolut keine Schmidt-Anhänger sind, ihren Protest gegen die putschartige Machtübernahme der Ultrarechts-Koalition zum Ausdruck und erklärten ihre Kampfbereitschaft gegen die sich abzeichnenden noch härteren Angriffe auf die Rechte und die Lebenslage der Werktätigen.

Erklärung des ZK der KPD zum Regierungswechsel in Bonn

Am 1. Oktober 1982 stürzte der Bundestag mit einem sogenannten konstruktiven Mißtrauensvotum Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendete damit die dreizehnjährige Regierungszeit der SPD. Hintergründe und Umstände dieses Vorgangs bestätigen erneut mit aller Klarheit unsere Auffassung als Kommunisten, daß die politischen Entscheidungen nicht im Parlament, nach dem Willen der Mehrheit des Volkes, sondern hinter den Kulissen in den Chefetagen der Konzerne und Großbanken, der Industrie- und Wirtschaftsverbände gefällt werden.

Die reaktionärsten Kreise des westdeutschen Finanzkapitals hatten auch nach ihrer Niederlage bei der Bundestagswahl 1980 — als die Arbeiterklasse und die Werktätigen dem Kanzlerkandidaten dieser Kreise, F.J. Strauß, eine klare Abfuhr erteilten — ihr Streben nicht aufgegeben, eine grundlegende Wende in ihrem Sinne herbeizuführen. Zwar hat sich die SPD in den letzten beiden Jahren bemüht, durch eine Politik des Sozialabbaus den Interessen der Monopolherren und Banken gerecht zu werden. Die vom Großkapital angestrebte grundlegende Wende jedoch, den rigorosen sozialen Kahlschlag, die Umverteilung des Volksvermögens zugunsten der Reichen, konnte die SPD nicht mittragen, wollte sie nicht ihren Einfluß auf die Gewerkschaften, das ohnehin stark angeschlagene Ansehen bei ihren werktätigen Wählern aufs Spiel setzen.

So wurde die SPD von den wahrhaft Mächtigen in diesem Land auf kaltem Wege aus der Regierung gedrängt — unter vollständiger Mißachtung des Wählerwillens von 1980, der sich unmittelbar vor dem Regierungssturz in der Hessenwahl noch einmal eindrucksvoll manifestiert hatte.

Das Großkapital betrieb die von ihm gewollte Wende mit betrügerischen Manövern auf der Bonner Bühne, indem es sich der reaktionären FDP-Führung um Genscher und Lambsdorff bediente. Im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und mit dessen massiver Unterstützung arbeitete der alte und neue Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff seinen Horrorkatalog des Sozialabbaus als Sprengsatz für die sozialliberale Koalition aus. Für die Interessen ihrer kapitalistischen Auftraggeber, für den Erhalt ihrer eigenen Ämter und Pfründe vollzogen die FDP-Führer so den skrupellosen Betrug an den Wählern von 1980, deren Stimmen sie für eine Koalition mit der SPD bekommen hatten. Es zeigt sich heute deutlicher als zuvor, daß die bürgerlichen Parlamente nichts anderes sind als ein Tummelplatz für unerhörte Gaunereien, für Karrierismus, Heuchelei und Betrug an den werktätigen Massen.

Fortsetzung auf Seite 2

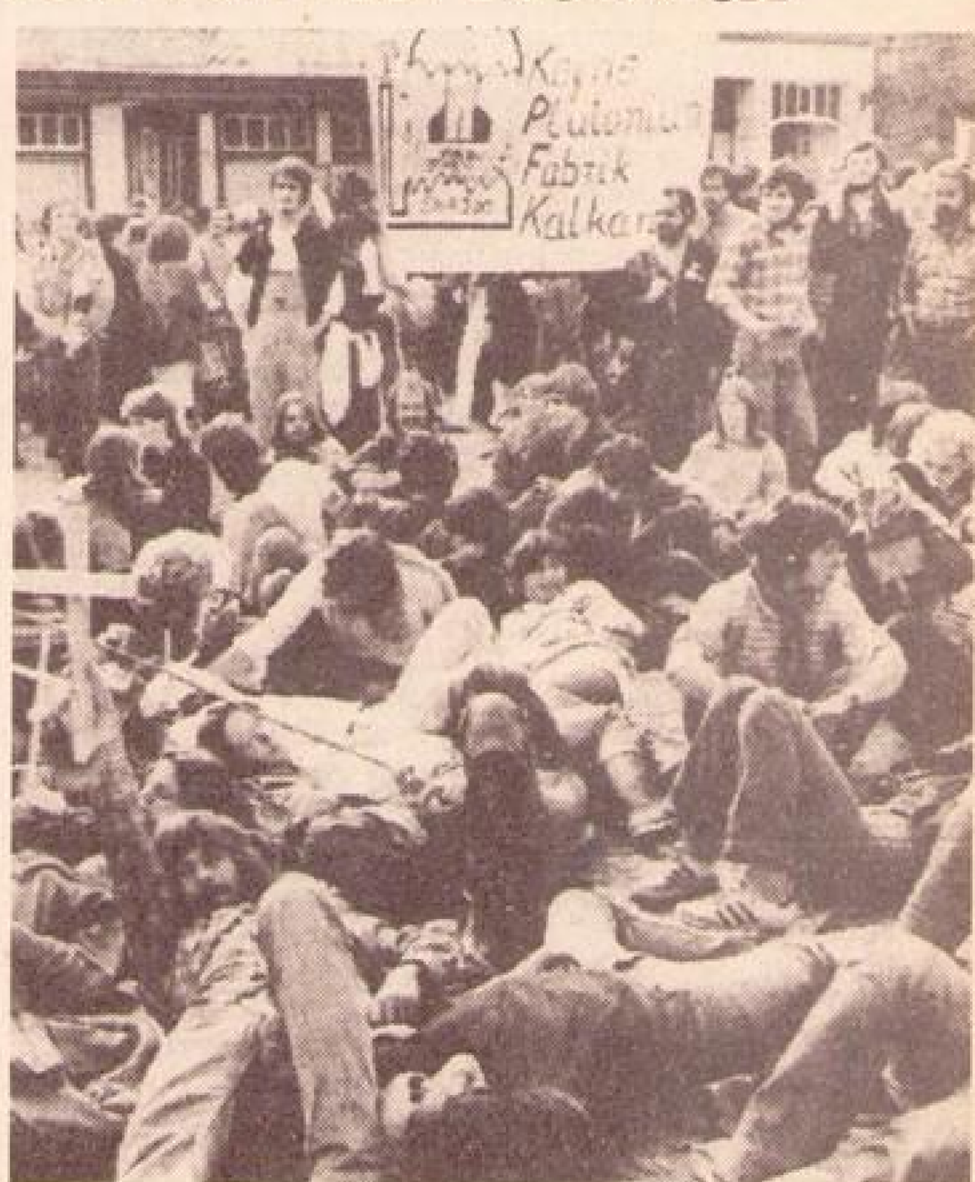
Für den Abriß des schnellen Brüters

40 000 demonstrierten in Kalkar

KALKAR. — An die 40 000 Menschen beteiligten sich am 2. Oktober an der Demonstration in Kalkar, auf der sie den Abriß des dortigen schnellen Brüters forderten und gegen die Strompolitik der Bundesregierung protestierten. Das Baugelände und angrenzende Straßen wurden durch ein riesiges Polizeiaufgebot mit schwerem Gerät abgeschirmt.

Nach einer Auftaktkundgebung auf dem Marktplatz, auf der die Forderung nach dem Abriß des schnellen Brüters bekräftigt wurde, setzte sich der Zug in Richtung des Brüters in Bewegung. Der beantragte Weg direkt am Brüter vorbei war verboten worden, NATO-Draht und Polizei mit Wasserwerfern sperrten ihn ab. Als sich der Zug an dieser Stelle etwas staute, setzte die Polizei nach kurzer Aufforderung an die Demonstranten, sich von den Sperren zu entfernen, Wasserwerfer ein, die ein Gemisch aus Wasser und Kampfgas auf die Menschenmenge spritzten. Hier kam es auch zu den wenigen Auseinandersetzungen, die in der bürgerlichen Presse wieder einmal ganz groß herausgestellt wurden. Auf der Wiese des Bauern Maas, des Hauptklägers gegen den schnellen Brüter, fand die Abschlußkundgebung statt, auf der die Notwendigkeit des fortgesetzten Widerstandes unterstrichen wurde. Hier sprach neben anderen auch Markus Mohr, der in dem bekannten Prozeß nach der Demonstration gegen das Atomkraftwerk Brokdorf zu drei Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Die Schikanen der Staatsmacht gegen die Atomkraftgegner setzten nicht erst auf der Demonstration ein. Die ganze Ortschaft war zum Sperrgebiet erklärt worden, seit Tagen wurden Personen kontrolliert, Fahrzeuge und Wohnungen durchsucht.



Fortsetzung von Seite 1

Erklärung des ZK der KPD zum Regierungswechsel in Bonn

Der Machtantritt der CDU/CSU ist der Machtantritt der schwärzesten Reaktion. Er bedeutet für uns, für die Arbeiter und Angestellten, die Werktätigen in Stadt und Land:

- Rigoroser Abbau aller sozialen Errungenschaften, die wir uns in den letzten Jahrzehnten erkämpft haben; vermehrte Ausplünderung der Werktätigen durch Steuern und Abgaben; Umverteilung dieser Gelder an die Monopole in Form von Subventionen, Investitionshilfen und Staatsaufträgen; die Reichen werden noch reicher, die Armen noch ärmer werden.
- Massive Aufrüstung und Kriegsvorbereitung; Plünderung der Staatskassen durch die Rüstungskonzerne; vorbehaltlose Unterordnung unter die Interessen und den Kriegskurs des USA-Imperialismus; Bereitstellung unseres Landes als Schlachtfeld für einen kommenden Weltkrieg, in dem wir, die arbeitenden Menschen, das Kanonenfutter sein würden.
- Abbau der demokratischen Rechte des Volkes; Einschränkung des Demonstrations- und Streikrechts; Verschärfung der Berufsverbote; Kriminalisierung der Friedensbewegung, des außerparlamentarischen Kampfes überhaupt; Ausbau des staatlichen Gewalt- und Überwachungsapparats; Förderung der Ausländerfeindlichkeit.
- Vertiefung der Spaltung Deutschlands durch weitere staatliche Nichtanerkennung der DDR; Rückkehr zu einer Politik der offenen Revanche, des kalten Krieges gegenüber der DDR und den anderen Ländern des Ostblocks.

Raketen statt Butter, Abwälzung aller Krisenlasten auf den Rücken der Werktätigen, wachsende Arbeitslosigkeit, Not und Elend — das ist das wahre Programm der neuen Regierung, zu dessen Durchsetzung sie vom Großkapital an die Schalthebel in Bonn geschoben wurde. Auf einem ganz anderen Blatt steht jedoch, ob es ihr auch gelingen wird, dieses Programm den arbeitenden Menschen in unserem Land aufzuzwingen.

Die KPD ist sich mit der überwältigenden Mehrheit der Werktätigen darin einig, daß der putschartig vollzogene Regierungswechsel nicht hingenommen werden kann. Wir fordern, daß unverzüglich der Weg für Neuwahlen zum Bundestag freigemacht wird.

Zugleich sind wir uns jedoch der Tatsache bewußt, daß über die vom Kapital angestrebte Wende nicht im Wahlkampf und auch nicht in einem neu zusammengesetzen Bundestag entschieden wird. Die Entscheidung wird vielmehr im außerparlamentarischen Kampf fallen, und ihr Ausgang wird allein dadurch bestimmt, wieweit es uns allen gelingt, Widerstand gegen die Pläne des Kapitals zu mobilisieren.

Ein solcher Widerstand darf sich auch nicht in die Rolle einer Hilfskraft für die SPD-Führung zwängen lassen. Wir haben nicht vergessen, daß die von Helmut Schmidt geleitete Bundesregierung eine Politik ausschließlich im Interesse des Kapitals betrieben hat. Ob mit den Operationen '82 und '83, ob mit dem sogenannten Nachrüstungsbeschluß — auf allen Feldern hat sie sich gegen die Lebensinteressen der Werktätigen gestellt und der Wende, dem Machtantritt der schwärzesten Reaktion aktiv den Boden bereitet.

Mit der Regierung Schmidt ist aber auch die sozialdemokratische Reformpolitik endgültig gescheitert. Die von der SPD und der Gewerkschaftsführung genährten Hoffnungen, auf dem Wege der Sozialpartnerschaft ließe sich für die Werktätigen eine sichere Existenz bei ständig erhöhter „Lebensqualität" erreichen, haben sich nun endgültig als Illusionen erwiesen, die an der Realität der sich ständig vertiefenden Krise des Kapitalismus zerplatzt sind.

Mit der Ausschaltung der SPD als Regierungspartei haben die Monopol- und Bankherren selbst für jedermann sichtbar die Machtfrage aufgeworfen und gezeigt: Es kann zwischen ihnen und uns, der großen Mehrheit des Volkes, keine Gemeinsamkeit, keine Form der Partnerschaft, der Zusammenarbeit oder des Kompromisses geben. Entweder sie oder wir — so steht heute, deutlicher denn je, die Frage. Erst wenn wir ihnen und ihren politischen Erfüllungsgehilfen die Macht entrissen, erst wenn wir das kapitalistische System, das nur immer neue Krisen und Kriege hervorbringt, beseitigt haben, wird es uns möglich sein, eine wirklich sichere Existenz zu schaffen.

Für den jetzt notwendigen Widerstand gegen die neue Regierung der äußersten Reaktion, gegen die vom Großkapital betriebene Wende, müssen wir aus dem Scheitern der sozialdemokratischen Politik die Lehre ziehen: Auf der Grundlage einer solchen Politik der Sozialpartnerschaft wäre jeder Widerstand von vornherein zum Scheitern verurteilt. Nur auf dem Wege des konsequenten Klassenkampfs kann die Wende gestoppt, die vollständige Abwälzung der Krisenlasten auf unsere Schultern verhindert werden. Nicht „Ausgewogene Verteilung der Lasten" darf die Parole sein, sondern: Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Die KPD ruft alle Werktätigen in Stadt und Land dazu auf, der neuen Regierung und ihren Hintermännern in diesem Sinne entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Wir sehen dabei in den vom DGB für diesen Monat geplanten Aktionen gegen Sozialabbau eine gute und notwendige Initiative, die den Auftakt bilden sollte zu weiteren Massendemonstrationen, zu Streiks und anderen Aktionen, in denen die Arbeiterbewegung eine starke Kampffront gegen das Großkapital und seine neue Regierung aufbaut und die Strauß, Kohl und Lambsdorff in die Schranken weist.

Nur gemeinsam sind wir stark! Schaffen wir, über alle Grenzen von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung hinweg, eine einheitliche und breite Kampffront gegen die Offensive des Großkapitals und seiner Bonner Regierung!

Die Koalitionsvereinbarungen der Kohl/Genscher-Regierung

Der Einstieg in die Wende

Betrug auf der ganzen Linie — das gilt nicht nur für die Umstände des Bonner Machtwechsels, sondern auch für das in den Koalitionsverhandlungen vereinbarte erste Sachprogramm der neuen Regierung. Man erinnere sich: Jahrelang hatten die Strauß, Kohl und Stoltenberg jegliche Erhöhung von Steuern und Abgaben zu einem Teufelswerk der „sozialistischen" Regierung erklärt.

Darin waren sie sich übrigens einig mit den Genscher und Lambsdorff. Auch die FDP-Führer hatten sich noch in der alten Regierung stets als Leute präsentiert, die zwar den rigorosen Einschnitt ins „soziale Netz", aber keine Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast für die Werktätigen wollten. Ja, sie hatten sogar — ebenfalls gemeinsam mit der Union — lautstark nicht nur eine Senkung der Kapitalsteuern, sondern auch einen Abbau der Lohnsteuer gefordert.

Und jetzt? Der Sozialabbau wird, wie ja nicht anders zu erwarten war, auf einer neuen Stufe noch rigoroser vorangetrieben. Von einer Senkung der Steuern und Abgaben für die Werktätigen jedoch ist nun nicht mehr die Rede. Im Gegenteil:

- Schon zum ersten Juli 1983 soll die **Mehrwertsteuer** um einen weiteren Prozentpunkt angehoben werden, was ein Steueraufkommen für den Bund von 2,2 Milliarden Mark bringen wird. Bezahlen müssen das die werktätigen Konsumenten. Und wer profitiert davon? Auch das ist in den Koalitionsvereinbarungen klar festgelegt: Die Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung sollen für „Steuerentlastungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen" verwandt werden. Konkret bedeutet das unter anderem Entlastungen bei der Gewerbesteuer und steuerliche Erleichterungen bei der Übernahme von Pleitebetrieben.

Diese Beschlüsse der neuen Regierung bewegen sich ganz deutlich auf der Linie des Lambsdorff-Papiers, das eine Umwälzung des Steuersystems durch drastische Erhöhung der indirekten Steuern zugunsten von steuerlichen Erleichterungen für die Kapitalisten vorsieht.

- Den Beitrag zur **Arbeitslosenversicherung** will auch die neue Regierung, wie schon unter Schmidt geplant, um einen halben Prozentpunkt auf 4,5 Prozent erhöhen. Der **Rentenversicherungsbeitrag** wird nicht, wie bisher vorgesehen, um ein halbes Prozent gesenkt, sondern bleibt bei 18,5 Prozent ab 1. Januar 1984.

Aber nicht nur eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast für die Werktäitgen hat die Kohl-Regierung beschlossen. Den arbeitenden Menschen werden darüber hinaus in nahezu allen Bereichen neue schwerwiegende Lasten aufgebürdet.

- **Mieten:** Die sogenannte Staffelmiete soll künftig auf den gesamten Wohnbestand ausgedehnt werden; zur Feststellung der Vergleichsmiete werden nicht mehr die Daten der letzten fünf, sondern nur noch der letzten drei Jahre herangezogen. Diese und andere Beschlüsse bedeuten einen weiteren Abbau des Schutzes vor willkürlichen Mieterhöhungen; vor allem im Altbau muß jetzt mit einer wahren Explosion der Mieten gerechnet werden.
- **Öffentlicher Dienst:** Kohl und seine Minister haben sich einen schönen Reklametrick einfallen lassen und werbewirksam auf fünf Prozent ihrer Gehälter verzichtet — was sie bei der Höhe ihrer Bezüge natürlich leicht verschmerzen können. Ganz anders jedoch sieht es für die kleinen Beamten aus, denen die neue Regierung nun eine „Atempause", wie es der neue Arbeitsminister Blüm nennt, verordnet hat. Die vereinbarte Besoldungserhöhung tritt nicht am 1. Januar, sondern erst sechs Monate später in Kraft.
- **Arbeitslose:** Der Beitrag, den die Bundesanstalt für Arbeit für die registrierten Arbeitslosen an die Rentenversicherung überweist, wird nicht — wie von Schmidt geplant — auf 70 Prozent, sondern auf 68 Prozent des letzten Bruttoverdienstes abgesenkt. Faktisch bedeutet das eine Halbierung der Rentenansprüche von Arbeitslosen. Weiter wird gegenwärtig „erwogen", die Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld zu kürzen.
- **Renten:** Auch für die Rentner soll im nächsten Jahr die Blümsche „Atempause" gelten. Ihnen wird ebenfalls die am 1. Januar fällige Anpassung ihrer Bezüge verweigert und auf den 1. Juli 1983 verschoben. An diesem Termin ist dann auch ein Krankenversicherungsbeitrag für Rentner in Höhe von einem Prozent fällig.
- **Gesundheitswesen:** Die von den Gewerkschaften geäußerten Befürchtungen, daß die vor wenigen Monaten von der Schmidt-Regierung beschlossene Eigenbeteiligung der Patienten bei Kur und Krankenhausaufenthalt zu einem Einstieg in eine grundsätzliche Privatisierung des Krankheitsrisikos werden könnte, haben sich jetzt schon bewahrheitet. Die neuen Herren in Bonn gehen nun auf dem von Schmidt bereiteten Weg mit Riesenschritten weiter: Die Eigenbeteiligung beim Krankenhausaufenthalt ist nun schon auf 14 Tage erweitert worden. Bei den Kuren werden „Überlegungen" darüber angestellt, „ob Inanspruchnahme von Urlaub die vorgesehene Selbstbeteiligung ganz oder teilweise ersetzen kann." Die Absicht ist deutlich: Man will die Eigenbeteiligung so weit hochschrauben, daß die Kur für den kranken Werktätigen unbezahlbar wird und ihm dann anbieten, die Kosten zu senken — wenn er seinen Urlaub für die Kur opfert.
- **Sozialhilfe:** Auch den Ärmsten in dieser Gesellschaft, denjenigen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, wird die nun schon bekannte „Atempause" für ein halbes Jahr verordnet. Aber nicht genug damit, daß gerade Sozialhilfeempfänger auf die dringend benötigte Anhebung der Leistungen sechs Monate lang warten müssen. Statt, wie 1981 beschlossen, um drei Prozent (was angesichts der Teuerungsrate schon ein Hohn war) wird die Sozialhilfe nun nur noch um zwei Prozent angehoben.
- Das **Kindergeld:** wird am 1. Januar um monatlich 20 Mark für das zweite Kind gekürzt, wenn das Nettoeinkommen der Familie 42000 Mark im Jahr übersteigt. Für das dritte Kind und weitere Kinder wird das Kindergeld um 70 Mark gekürzt (wobei die Einkommensgrenze je Kind um 7800 Mark angehoben wird).
- Das **Schüler-BaföG** wird nur noch bei „unzumutbaren Entfernungen zum Wohnort aufrecht erhalten." Das bedeutet in den überwiegenden Fällen die vollständige Streichung dieser Förderung. Auch die Ausbildung wird also immer mehr zum Luxus, den sich nur noch die Reichen für ihre Kinder leisten können. Das Studenten-BaföG soll ganz auf Darlehensbasis umgestellt werden.
- Beim **Wohngeld** sind weitere Kürzungen vereinbart worden.

Auf diese Weise geht es also im Eiltempo weiter mit dem Abbau unseres sozialen Besitzstandes. Und man sollte nicht vergessen, daß für Strauß, wie er vor wenigen Tagen sagte, diese Koalitionsvereinbarungen nur der „erste Schritt" sind. Ein weiterer sozialer Kahlschlag ist längst geplant; und früher oder später werden die neuen Herren in Bonn auch den Abbau der Lohnfortzahlung, die drastische Senkung des Arbeitslosengeldes und anderes mehr auf die Tagesordnung setzen.

Was jetzt an ersten sozialreaktionären Maßnahmen von Strauß, Kohl und Genscher vereinbart wurde, will man uns unverschämterweise auch noch als „ausgewogen" verkaufen. Denn — so jubelt beispielsweise die Springer-Presse — was Schmidt nicht gelang, habe nun die neue Regierung angepackt: Sie habe auch „die Reichen zur Kasse gebeten". Gemeint ist damit eine Abgabe in Höhe von fünf Prozent der Steuerschuld, die alle Bezieher von Jahreseinkommen über 50000 Mark (Ledige) bzw. 100000 Mark (Verheiratete) als „Investitionshilfe" zahlen müssen. Steuerpflichtige, die das Fünffache der beschlossenen Abgabe im eigenen Unternehmen investieren, sind allerdings von der Zahlung dieser Abgabe ausgenommen. Und auch die übrigen werden ja nicht wirklich zur Kasse gebeten. Diesen Reichen wird nicht tatsächlich etwas genommen wie den Arbeitslosen und Rentnern, den Kranken und Sozialhilfeempfängern. Die Abgabe ist vielmehr nichts anderes als eine Anleihe — und in einigen Jahren wird sie auf Heller und Pfennig zurückgezahlt.

KPD-Veranstaltungen

Der Bonner Regierungswechsel bewegt immer noch die Gemüter. Und das ist sicher für viele Ortsgruppen der Partei ein Anlaß, Veranstaltungen zu diesem Thema zu organisieren. Die Zentrale bietet den Ortsgruppen, die Interesse daran haben, Referenten für solche Veranstaltungen an.

Jede Menge Sticker



Die hier abgebildeten Sticker können beim Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30, bezogen werden. Preis: 1,50 DM (2,5 cm Durchmesser) oder 2,00 DM (5 cm Durchmesser) zuzüglich Porto.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Gegen Massenentlassungen und Akkordkürzung beim Bremer Vulkan

Werftarbeiter diskutieren Betriebsbesetzung

BREMEN. — Die Situation auf der Bremer Vulkan Werft ist nach wie vor zugespitzt. Der neue Vulkan-Boß Henke (zuvor HDW) hat inzwischen die Entlassung von 500 Kollegen eingeleitet. Gleichzeitig will er die Akkordvorgaben um 20 Prozent kürzen. Dagegen ist es bereits in der letzten und vorletzten Woche zu Proteststreiks der „Vulkanesen" gekommen. Jetzt diskutieren die Kollegen die Frage des unbefristeten Streiks und der Besetzung der Werft.

Nachdem die 4200 Beschäftigten am Montag letzter Woche (27. September) für einen Tag in den Streik getreten waren, wurde am Dienstag nur bedingt gearbeitet. Es kam immer wieder zu Diskussionen. Branchenversammlungen wurden durchgeführt, auf denen die Vertrauensleute und Branchenobleute sich ein genaues Bild von der Kampfbereitschaft der Belegschaft zu machen versuchten. Nach Aussagen von Betriebsräten der oppositionellen Echolot-Gruppe, die die Mehrheit im Vulkan-Betriebsrat stellt, ergab sich dabei allerdings ein unterschiedliches Bild.

Am Mittwoch (29. September) wurde dann eine über sechsstündige Betriebsversammlung auf der Werft durchgeführt. Dabei kam die große Erbitterung der Belegschaft deutlich zum Ausdruck, aber auch Wut und Kampfbereitschaft. „Die einen werden entlassen und die anderen sollen zum Ausgleich mehr arbeiten!" So lautete das empörte Urteil der Kollegen über das Vorgehen des neuen Vulkan-Chefs Henke. Henke war bereits bei HDW von den Arbeitern als „Henker" bezeichnet worden. Diesen Spitznamen führt er nun auch auf der Vulkan-Werft.

Aufgrund der widersprüchlichen Berichte über die Branchenversammlungen vom Vortage wurde auf der Betriebsversammlung jedoch die ursprünglich vorgesehene Abstimmung über einen längerfristigen bzw. unbefristeten Streik vertagt. Einstimmig billigte die Belegschaft das Alternativkonzept des Betriebsrates gegen die Pläne von Henke: „Keine Entlassungen. Kein Lohnabbau durch Senkung der Akkordsätze. Überbrückung der Durststrecke durch andere Maßnahmen, möglicherweise Kurzarbeit."

Was die „Durststrecke" betrifft, so fehlen nach Angaben der Werftherren für das kommende Jahr zur Auslastung der Kapazitäten noch knapp 1,8 Millionen Arbeitsstunden, was etwa drei Schiffs-Aufträgen entspricht. Die Gesamtkapazität der Vulkan-Werft liegt bei über 4 Millionen Fertigungsstunden.

Es ist sicher, daß die jetzt vorgesehenen Angriffe auf die Belegschaft nur ein erster Schritt in dem von Henke geplanten „Sanierungs"feldzug ist. Möglicherweise soll die Belegschaft soweit weichgeklopft werden, daß sie die schon einmal geplante Fusion mit der zweiten Bremer Großwerft, der AG Weser, doch noch akzeptiert. Im vergangenen Sommer war die Vulkan-Belegschaft gegen diesen Fusionsplan auf die Straße gegangen, der mit einer Halbierung der 4200 Beschäftigte zählenden Vulkan-Belegschaft verknüpft wäre.

Es gibt auch bereits Konkursgerüchte um die Bremer Vulkan Werft. Nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden Bettelhäuser weigert sich Henke ausdrücklich, Garantien für die verbleibenden Arbeitsplätze auf der Werft für den Fall der Durchführung der 500 Entlassungen abzugeben. Für die Belegschaft kann es angesichts dieser Situation eigentlich nur noch eine Alternative geben: kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze, Organisierung des Streiks zur Abwehr aller Angriffe von Henke und Konsorten.

Die Stimmen, die in diese Richtung weisen, nehmen auf der Werft zu. Auf einer Vertrauenskörpersitzung am letzten Freitag forderten zwei einflußreiche Redner den Streik und die Besetzung der Werft. Die Diskussion über diesen Weg des konsequenten Kampfes muß in der Belegschaft weiter geführt werden. In dieser Woche finden erneut Branchenversammlungen und eine Sitzung des Vertrauenskörpers der IG Metall statt.



Demonstration der Bremer Werftarbeiter 1978.



Außerordentliche Belegschaftsversammlung vor dem Werkstor der Bremer Vulkan Werft am Morgen des 27. September. In einer Abstimmung sprachen sich die Kollegen mit überwältigender Mehrheit dafür aus, in einen Proteststreik zu treten. Anschließend nahmen sie die Arbeit nicht auf, sondern streikten bis zum nächsten Tag.

Bremer Vulkan Werft

Auf SPD- und IGM-Führer ist kein Verlaß

Im Verlauf der Auseinandersetzungen um die geplanten Massenentlassungen und die Akkordkürzung auf der Vulkan Werft hat sich ziemlich deutlich gezeigt, daß auch die SPD-Politiker einschließlich gewisser Gewerkschaftsbonzen zu jenen Kräften gehören, die die Arbeiter in die Pfanne hauen wollen.

Ein Licht auf die Haltung führender SPD-Politiker wurde durch eine Sondersitzung der Bremer Bürgschaft geworfen, zu der es am Donnerstag letzter Woche auf Antrag der Bremer Grünen Liste (BGL) gekommen war. Die BGL stellte dabei einen Dringlichkeitsantrag, der den sofortigen Stopp der eingeleiteten Entlassungsaktionen durch Einwirkung des Senats beim Vulkan-Vorstand forderte (der Bremer Senat hält 25,1 Prozent des Aktienkapitals der Vulkan-Werft). Dieser Antrag wurde nicht nur mit den Stimmen von CDU, FDP, sondern auch denen der SPD abgelehnt!

Zuvor hatte die BGL den Antrag gestellt, die auf der Zuhörertribüne anwesenden Delegationen des Vulkan-Betriebsrates vor der Bürgeschaft als Sachverständige sprechen zu lassen (dies ist nach Bremischem Landesrecht möglich). Auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der in Bremen regierenden SPD abgeschmettert!

Die Solidaritätsbeteuerungen der SPD-Senatoren gegenüber der Vulkan-Belegschaft sind also nichts als Heuchelei!

Besonders bezeichnend ist es, daß zu den SPD-Bürgerschaftsabgeordneten, die gegen die genannten Anträge der Grünen stimmten, auch ein gewisser Arno Weinkauf zählt, seines Zeichens zugleich auch 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Bremen.

Selbiger Arno Weinkauf wollte auf einer Vertrauensleutesitzung bei der Vulkan den Kollegen einreden, über die von Henke angekündigte Akkordkürzung um 20 Prozent brauchten sie sich keine Sorgen zu machen, denn Henke könnte doch so etwas gemäß dem Lohnrahmentarifvertrag gar nicht machen. Demgegenüber äußerten die Kollegen massive Zweifel, daß Henke die Absicht habe, sich an Tarifverträge zu halten. Weinkauf reagierte auf diese nur zu berechtigten Einwände mit folgendem üblen Schachzug: Er beantragte eine Abstimmung, in der festgestellt werden sollte, ob die Vertrauensleute der Meinung seien, daß der Lohnrahmentarifvertrag außer Kraft gesetzt werden soll.

Die auf diese Weise von Weinkauf bewußt herbeigeführte Verwirrung konnte nur noch dadurch beseitigt werden, daß ein Betriebsratsmitglied aufstand und entlarvte: Weinkauf wollte mit seinem Vorgehen den Vertrauenskörper spalten. Der Antrag, den dieser Betriebsratskollege dann stellte, daß die von Weinkauf geforderte „Abstimmung" abzulehnen sei, wurde mit stürmischem Beifall angenommen.

Nicht weniger zwielichtig als dieser saubere IGM-Bevollmächtigte mit dem ahnungsvollen Namen Wein*kauf* ist auch der Hamburger IGM-Bezirksleiter Otto vom Steeg. Er versuchte die Vulkan-Betriebsräte zu erpressen, indem er erklärte: *„Wenn ihr den Entlassungen nicht zustimmt, seid ihr schuld, wenn die Werft kaputtgeht."*

Und in einem Interview, das Otto vom Steeg der Zeitung „Weser Kurier" gab, äußerte er mit keinem Wort etwas über die notwendige Gegenwehr der Vulkan-Belegschaft gegen Henkes Angriffe. Stattdessen macht er dem Vulkan-Vorstand die folgenden seltsamen „Vorwürfe": *„Seit Jahren wird nicht rationalisiert (...). In Japan (...) beginnt jetzt der Einsatz von Industrierobotern im Schiffbau. Aber wir schlafen."*

In einem Flugblatt der Ortsgruppe Bremen der RGO heißt es zu dieser Stellungnahme des Otto vom Steeg:

„Sollen wir ‚aufwachen', um den Industrierobotern unseren Arbeitsplatz zu übergeben?

Wie lange können wir uns einen Otto vom Steeg noch leisten?

Wollen wir unsere Arbeitsplätze retten, so brauchen wir die Gewerkschaft als unseren Kampfverband und nicht als Milchkuh oder Karriereleiter für zwielichtige Gestalten wie z. B. die Neue-Heimat-Mafia."

In die gleiche Richtung wie diese Feststellung des RGO-Flugblattes, nämlich die Gewerkschaft als Kampfverband in die Pflicht zu nehmen, ging auch ein Antrag, der auf der Vertreterversammlung der IGM Bremen am 27. September eingebracht wurde (also zu einem Zeitpunkt, als gleichzeitig der Proteststreik auf der Vulkan im Gang war). Und zwar forderte dieser Antrag die Legalisierung und Finanzierung des Vulkan-Streiks durch die IG Metall. Die Ortsverwaltung unterband eine Abstimmung über diesen Antrag.

Druckerverhinderten erneut Abtransport

Die Belegschaft der Industriedruck Irm GmbH in Taunusstein gibt nicht nach. Auch in der letzten Woche verhinderten die Arbeiter des Druckbetriebes, wie schon seit Donnerstag vorletzter Woche (vgl. letzter RM, S. 2), daß eine der beiden großen Rotationsmaschinen des Betriebes in das Hauptwerk der Firma nach Essen verlagert wird. Täglich führt die Belegschaft Betriebsversammlungen in der Rotationshalle durch, um weiterhin jeden Versuch eines Abtransportes durch Blockade zu vereiteln. Durch die Verlagerung würden unmittelbar 30 der etwa 100 Arbeitsplätze in dem Zweigbetrieb vernichtet. Die Kollegen befürchten jedoch, daß im Zuge der Verlagerung letztlich der gesamte Betrieb in Taunusstein dichtgemacht werden soll. Das Foto zeigt die erste Blockade-Aktion in der vorletzten Woche: Eines der vier Druckwerke der Maschine war bereits auf dem Verladeschlepper aufgebaut worden, da setzten sich die Kollegen um den Schlepper und blockierten ihn. Die Arbeiter des beauftragten Spezial-Transportunternehmens solidarisierten sich daraufhin mit den Druckereiarbeitern und fuhren auf eigene Faust zurück nach Stuttgart, wo ihre Firma beheimatet ist.



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.) Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD**, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6**, Margarethenstr. 58, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr; Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.

Klausurtagung des IGM-Vorstands

35-Stunden-Woche hat Vorfahrt

Tarifexperte Hans Janßen zurückgetreten

Bekanntlich hat der offen sozialpartnerschaftliche Flügel im IGM-Funktionärsapparat seit geraumer Zeit massiv versucht, noch rechtzeitig vor dem Auslaufen der entsprechenden Tarifverträge Ende 1983 die 35-Stunden-Woche als gewerkschaftliche Forderung vom Tisch zu wischen. Damit sind diese Kräfte jetzt voll auf den Bauch gefallen.

Nach dreitägigen Beratungen (vom 20. bis 22. September) hat die Mehrheit des Vorstands der IG Metall auf einer Klausurtagung in Ludwigsburg nun folgendermaßen entschieden: In der kommenden Tarifrunde wird sich die IG Metall ausschließlich auf das Ziel der Sicherung der Reallöhne konzentrieren. In der Tarifbewegung 1984 soll dann der Schwerpunkt der Tarifpolitik auf die 35-Stunden-Woche gelegt werden.

Die vor allem von den IGM-Bezirksleitungen Köln und München (vertreten durch die Bezirksleiter Bräuer und Schleinkofer) eingenommene Position, die Tarifrente solle das vorrangige Ziel unter den verschiedenen Formen der Arbeitszeitverkürzung sein, wurde eindeutig zurückgewiesen. Stattdessen soll vorrangig (vom Kampf für die 35-Stunden-Woche abgesehen) die gesetzliche Herabsetzung des Rentenalters angestrebt werden.

In der Einschätzung dieses Beschlusses stimmen wir völlig mit dem überein, was die Zeitung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition „RGO-Nachrichten" hierzu in ihrer neuesten Nummer (Oktober-Ausgabe) ausführt. Da heißt es:

„Die IGM-Führung hat sich damit weitgehend den zahlreichen Resolutionen und Protesten der Basis beugen müssen. Daß ihr das nicht leicht fiel, zeigt einmal die Länge der Beratungen, vor allem aber die Tatsache, daß der Tarifexperte des IGM-Vorstands, Hans Janßen, daraufhin von seinem Posten zurücktrat.

Janßen hatte seit langem den Kurs verfochten, statt der 35-Stunden-Woche die Tarifrente zu fordern. Er wollte dadurch mit allen Mitteln eine Konfrontation mit den Unternehmern vermeiden, die die 35-Stunden-Woche in ihrem Tabukatalog festgeschrieben haben, die Tarifrente aber nicht.

Insofern kann das Ergebnis der Klausurtagung auch als Niederlage für die offen sozialpartnerschaftliche Fraktion in der IGM-Führung gewertet werden. Zweifellos nämlich — und das ist auch denjenigen im Vorstand klar, die diesen Beschluß gefaßt haben — wird keine dieser Forderungen gegen die Unternehmer durchgesetzt werden können, ohne daß es zu längerfristigen und breit angelegten Streiks kommt. Das gilt schon in der kommenden Tarifrunde, wenn es um die Sicherung der Reallöhne geht. Noch mehr aber gilt dies für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, die auf dem Tabukatalog der Unternehmer ganz oben steht. Die Durchsetzung dieser Forderung — und sei es auch nur schrittweise — paßt den Bossen ganz und gar nicht in ihr strategisches Konzept, mit dem sie die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung immer weiter in die Defensive drängen wollen.

Geht es bei der Sicherung der Reallöhne noch um die Abwehr



der Unternehmerangriffe, so bedeutet der Kampf um die 35-Stunden-Woche einen Angriff auf die Unternehmerpositionen und damit die Gefahr für die Unternehmer, daß die Arbeiterschaft wieder in die Offensive kommt. Das werden sie unter allen Umständen zu verhindern suchen.

Wenn wir 1984 bei der 35-Stunden-Woche einen Durchbruch erzielen wollen, müssen wir schon jetzt bei der Sicherung der Reallöhne Anlauf nehmen. Eine weitere kampflose Hinnahme von Reallohnabbau in dieser Lohnrunde könnte sich als gewaltiger Bremsklotz im Kampf um die 35-Stunden-Woche erweisen."

„RGO-Nachrichten" lesen!

Die „RGO-Nachrichten" — Monatszeitung der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO), werden vom Vorstand der RGO herausgegeben. Die Zeitung kostet pro Exemplar 50 Pfennig. RGO-Mitglieder erhalten die „RGO-Nachrichten" kostenlos im Zeitungspostversand zugeschickt. Wer noch nicht RGO-Mitglied ist, kann die Zeitung bestellen beim:

Vorstand der RGO, Postfach 103028, 3500 Kassel. Postscheckkonto, Postscheckamt Frankfurt/Main, Thomas Scheffer, Kto.-Nr.: 267380-601. Tel.: 0561/895240.



„Neue-Heimat-Sanierung"

Keine Mitgliedsbeiträge für Profitgeier!

Wie vor längerem im „Roten Morgen" berichtet, verlangt der DGB-Bundesvorstand, daß die Einzelgewerkschaften zum Ausgleich für die hohen Verluste des DGB-eigenen Wohnungsbau-Konzerns Neue Heimat mit 400 Millionen Mark in die Bresche springen sollen. Inzwischen wurde bekannt, daß mehrere Gewerkschaften sich weigern, diesen Forderungen nachzukommen.

Mit mehr als einer halben Milliarde Mark wird der Verlust der Neuen Heimat Städtebau (NHS) für 1981 angegeben: 560 Millionen lautet die genaue Zahl.

Teilweise sind diese Verluste erwiesenermaßen durch obskure Spekulationsgeschäfte des gefeuerten Exkonzernchefs Albert Vietor zustandegekommen. Der DGB-Bundesvorstand verlangt nun von den Einzelgewerkschaften, daß sie diesen Verlust entsprechend ihrem Gesellschafteranteil sofort und bedingungslos ausgleichen helfen. Insgesamt 400 Millionen Mark sollen die Einzelgewerkschaften in den kapitalistischen Klotz am Bein hineinbuttern. Eine Summe, mit der zum Beispiel der dringend notwendige Massenstreik für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche finanziell zumindest teilweise abgestützt werden könnte!

Die Empörung unter den Gewerkschaftsmitgliedern über diesen Mißbrauch ihrer sauer abgesparten Mitgliedsbeiträge ist jedoch inzwischen derart groß, daß eine Reihe von Einzelgewerkschaften sich nun weigert, den Geldforderungen der DGB-Spitze nachzukommen.

Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die 15,9 Millionen Mark hinblättern soll, verweigert bereits seit über einem Jahr jede Zahlung an die Neue Heimat. Die IG Druck und Papier hat sich lediglich bereit erklärt, 3,6 Millionen statt der geforderten 11,6 Millionen zu bezahlen. Die Gewerkschaft Textil und Bekleidung lehnt mit Rücksicht auf ihren Gewerkschaftstag Mitte Oktober bislang konkrete Zusagen über die Erfüllung der Geldforderung ab. Ähnlich verhält sich auch die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten.

Auf dem jüngst stattgefundenen außerordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV wurde immerhin ein Antrag verabschiedet, der festlegt, daß die Zahlung seitens der ÖTV nur unter folgenden Bedingungen erfolgen dürfen:

Erstens: „Konsequente Zurückführung der Neuen Heimat auf ihre ‚ursprüngliche Aufgabenstellung' (preiswerte Wohnungen für Arbeitnehmer zu bauen)". Und zweitens: „Sicherstellung einer ausreichenden Kontrolle des Managements".

Wir Kommunisten sind der Meinung: Das einzig Konsequente ist es, wenn sich unsere Gewerkschaften von dem kapitalistischen Klotz am Bein, den das gesamte DGB-eigene Wirtschaftsimperium darstellt, so schnell es geht befreien.



Stahlarbeiter von Thyssen in Duisburg im Streikwinter 1978/79

Den Kampf für 35-Stunden-Woche jetzt vorbereiten!

„Ganz sicher nur durch Streik"

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist heute einer der dringlichsten gewerkschaftlichen Forderungen überhaupt. Darüber sind sich inzwischen alle aufrechten Gewerkschafter einig.

Durch den Beschluß des IGM-Vorstandes auf seiner Klausurtagung vom 20. bis 22. September in Ludwigsburg (siehe oben) hat sich diese Position nun endlich auch auf der Vorstandsebene in der größten und wichtigsten Einzelgewerkschaft des DGB durchgesetzt. Die Versuche rechter DGB-Führer (einschließlich solcher IGM-Bonzen wie Loderer und Hans Janßen), mittels der Tarifrentenforderung die 35-Stunden-Woche aus einer aktuellen Kampflosung in einen frommen Spruch für Sonntagsredner zu verwandeln, haben damit einen entscheidenden Dämpfer erhalten.

Natürlich wäre es völlig falsch, jetzt darauf zu warten, daß der IGM-Vorstand aus eigenem Antrieb die praktischen Konsequenzen aus seinem Beschluß zieht: Nämlich alles Nötige und Mögliche zu tun, um mit Volldampf den Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche vorzubereiten. Dazu gehört vor allem auch, daß sofort damit begonnen wird, eine äußerst breite Diskussion an der gewerkschaftlichen Mitgliederbasis (also vor allem in den Betrieben) darüber zu entfachen, mit welchen Mitteln und auf welche Weise diese Forderung gegen den mit Sicherheit unerhört erbitterten Widerstand der Unternehmer durchgesetzt werden kann. Schließlich steht die 35-Stunden-Woche im Tabukatalog der Kapitalistenverbände ganz weit oben!

Dies ist selbstverständlich von der Gewerkschaftsführung mit allem Nachdruck zu verlangen! Aber gleichzeitig müssen die klassenkämpferischen Kollegen selbständig damit beginnen, diese Diskussion von unten her in Gang zu bringen. Als eine Anregung in dieser Richtung veröffentlichen wir im folgenden einige diesbezügliche Stellungnahmen bzw. Resolutionen betrieblicher Gewerkschaftsfunktionäre zum Thema: 35-Stunden-Woche, wie kann sie erkämpft werden?"

„Den Strategien der Unternehmer offensiv entgegentreten"

Im „INFO" des Vertrauenskörpers bei SEL in Stuttgart wurde im August dieses Jahres eine einstimmig verabschiedete Entschließung der Vertrauensleute des Bereichs Hauptverwaltung und Entwicklung (SEL/CS) abgedruckt und zur Diskussion gestellt. Überschrift: „Für Arbeitszeitverkürzung und menschlichere Arbeitswelt, gegen Entlassungen und Arbeitshetze". Darin heißt es:

„Die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche ist für uns Vertrauensleute der wichtigste Punkt der Arbeitszeitverkürzung, da durch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit kaum Arbeitsplätze in dem benötigten Umfang geschaffen werden.

In den Betrieben sind Überstunden und Schichtarbeit weit verbreitet. Die Unternehmer behaupten, ein Verbot von Überstunden gefährde Arbeitsplätze, nur Betriebe, die sich durch Überstunden anpassen könnten, seien wettbewerbsfähig. Wir müssen den Strategien der Unternehmer offensiv entgegentreten und unterstützen unsere Gewerkschaft IG Metall, die Beschlüsse des Gewerkschaftstages umzusetzen.

Wir werden:

- *Die Forderung nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich in den Betrieben und der Öffentlichkeit diskutieren.*

Die IG-Metall-Mitglieder appellieren an die betrieblichen Funktionsträger, Überstunden zu verweigern und Schichtarbeit sowie nicht vermeidbare Mehrarbeit nur bei Ausgleich durch zusätzlichen Urlaub bzw. Freischichten zuzulassen. (...)

Der Vertrauenskörper der SEL/CS wendet sich strikt gegen die Entlassungspläne der Geschäftsleitung und fordert alle Betriebsräte auf, keiner Entlassung zuzustimmen. Die Arbeit muß neu aufgeteilt und die Arbeitszeit verkürzt werden.

Der Betriebsrat muß deshalb mit der Geschäftsleitung entsprechend den Gewerkschaftsbeschlüssen Vereinbarungen abschließen. Diese Betriebsvereinbarungen sollten als Muster veröffentlicht werden, damit bis 1984, zu den Tarifverhandlungen um die Arbeitszeitverkürzung, bereits Fakten in den Betrieben geschaffen worden sind."

„Unverzüglich umfassende Vorbereitung

Die folgende Resolution mit dem Titel „Vorwärts zur 35-Stunden-Woche" verabschietete die Vertrauensleute-Versammlung im BMW-Werk Berlin-Spandau am 28. September 1982:

„Die Ortsverwaltung und der Vorstand der IG Metall sollen unverzüglich umfassende Vorbereitungen für den Kampf um die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ab 1984 treffen.

Die Gewerkschaftstage der IG Metall 1977 und 1980 sowie der letzte DGB-Bundeskongreß haben die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausdrücklich herausgehoben gegenüber anderen Formen der Arbeitszeitverkürzung.

Die 35-Stunden-Woche gilt unbestreitbar als die beschäftigungswirksamste Form der Arbeitszeitverkürzung und würde rein rechnerisch ca. 1,5 Millionen Arbeitsplätze freimachen, wobei der volle Personalausgleich und festgelegte Arbeitsbedingungen von den Arbeitgebern gefordert werden müssen.

In einer Zeit, in der die Massenarbeitslosigkeit mittlerweile einen Stand von fast 2 Millionen registrierten Arbeitslosen und eine hohe Zahl nichtregistrierter Arbeitsloser erreicht hat, muß eine wirksame Beschäftigungspolitik für die Gewerkschaften absoluten Vorrang haben.

Der Stahlarbeiterstreik 78/79 um ein Einstieg in die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, wie hart der Kampf werden wird. Deshalb muß sofort mit den Vorbereitungen der gesamten IG Metall auf allen Ebenen angefangen werden. Nichts darf dem entgegengestellt werden! Nichts darf das behindern! Vorwärts zur 35-Stunden-Woche!"

„35-Stunden-Woche nur durch Streik"

Am 18. September fand in Westberlin eine gewerkschaftliche Veranstaltung statt unter dem Thema: „Grundsätze zukünftiger Tarifpolitik der IG Metall". Der (inzwischen von seinem Posten als Leiter des Bereichs Tarifpolitik im geschäftsführenden Hauptvorstand der IGM zurückgetretene) Hans Janßen hielt das Referat. Ein betrieblicher IGM-Funktionär nahm in der Diskussion zu Janßens Ausführungen unter anderem wie folgt Stellung:

„Die 35-Stunden-Woche werden wir ganz sicher nur durch Streik erkämpfen können. Solch eine Niederlage, wie beim Stahlarbeiterstreik 1978/79 darf es dabei nicht noch einmal geben. Obwohl eine breite Solidarität in der Bevölkerung für diesen Streik vorhanden war, wurde der Streik nicht erfolgreich beendet, und die betroffenen Kollegen haben sich verraten gefühlt.

Ganz deutlich gesagt: Wenn wir bisher im Tarifkampf nicht gestreikt haben, um die Gewerkschaftsgelder zu sparen, um uns nicht „ausbluten" zu lassen, dann sollte dem IG-Metall-Vorstand aber klar sein, daß wir nicht Gewerkschaftsbeiträge zahlen, um dann Millionen Mark an die Neue Heimat bzw. Neue Heimat Städtebau zu zahlen, sondern damit wir Geld zu dem notwendigen Streik für die 35-Stunden-Woche haben. Wenn wir nicht für diesen Kampf das Geld gespart haben. wofür denn sonst?!"

Bonner Machtwechsel macht gewerkschaftliche Gegenmacht notwendiger denn je!

Mit allen Mitteln den Sozialabbau stoppen!

Der vom Großkapital inspirierte Sturz der sozialliberalen Regierung wurde unter der Fahne einer Wende in der Sozialpolitik betrieben. Die Strauß, Kohl, Lambsdorff, Genscher und Co. wollen „endlich Nägel mit Köpfen machen". Die bereits unter Helmut Schmidt eingeleitete soziale Demontage soll ohne die bisherigen taktischen Rücksichtnahmen auf die Gewerkschaften und die Wählerbasis der SPD beschleunigt und radikal vorangetrieben werden. Keine Frage: Ein konsequent geführter Kampf der Gewerkschaften gegen den Sozialabbau wird damit noch mehr als zuvor zur brennenden Notwendigkeit.

Der Horror-Katalog des Grafen Lambsdorff, der zum Auslöser des Bonner Machtwechsels wurde, zeigt deutlich genug, was jetzt auf uns zukommt. Der Schlachtruf der Unternehmer und Banken, „die Armen sollen zahlen, damit die Profite der Reichen trotz Krise weiter steigen", wird nun zur offiziellen Philosophie des Bonner Staates erhoben. Mit welcher Unverschämtheit den arbeitenden Menschen jetzt das Fell über die Ohren gezogen werden soll, deutet sich bereits in dem gemeinsamen „Sachprogramm" an, auf das sich die Spitzen von CDU/CSU und FDP kurz nach dem Bruch der Bonner Koalition einigten. Da will man beispielsweise per Gesetz den Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen Reallohnabbau von bisher noch nicht dagewesener Schärfe aufzwingen. Unabhängig von der Höhe der Teuerungsrate sollen die Personalausgaben für 1983 auf 2 Prozent Steigerung ab 1. Juli 1983 begrenzt werden!

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat zu der neuen Regelung in Bonn geäußert: „Wenn für diese Politik etwa die Vorstellungen des Grafen Lambsdorff maßgebliche Leitfäden werden sollten, kann man Kämpfe, auch Arbeitskämpfe, nicht ausschließen."

Dazu ist festzustellen: Erstens kann überhaupt nicht daran gezweifelt werden, daß der Horror-Katalog des alten und neuen Wirtschaftsministers den Leitfaden für die Sozialpolitik der Regierung Kohl abgibt. Zweitens ist es gar keine Frage, daß die vom Großkapital und seiner Seilschaft in den Führungen von CDU/CSU und FDP anvisierte „radikale Wende" nur verhindert werden kann, wenn die Gewerkschaften alle ihre Möglichkeiten zu wirksamer Gegenwehr, d.h. alle ihre Kampfmittel bis hin zu großen Massenstreiks, nutzen und konsequent einsetzen. Alles andere sind Illusionen!

Die Frage steht also nicht so, daß die Gewerkschaften Arbeitskämpfe „nicht ausschließen können", bzw., daß wir hoffen könnten, allein durch Drohungen mit Streik die neuen Herren in Bonn und ihre Hintermänner zum Rückzug zu bewegen.

Die Frage steht heute vielmehr ganz klar so: Wenn die reaktionäre Wende in der Sozialpolitik, also die Zerstörung des sogenannten sozialen Netzes, noch aufgehalten werden soll, dann gilt es jetzt, die Gewerkschaften auf große Streikkämpfe vorzubereiten, die in absehbarer Zeit geführt werden müssen.



Dazu ist es notwendig, jetzt sofort aus voller Kraft für die angesetzten regionalen Großdemonstrationen des DGB zu mobilisieren. Dazu ist es weiter notwendig, daß diese Großdemonstrationen als vorbereitende Aktionen für weitergehende Kampfmaßnahmen, d.h. Streiks, begriffen und entsprechend ausgerichtet werden. Dazu ist es drittens notwendig, parallel zu diesen Großdemonstrationen, vor allem in den Betrieben, gewerkschaftliche Protestaktionen sowie intensive Aufklärungskampagnen durchzuführen. Kurzum: Es muß alles Mögliche getan werden, was geeignet ist, die Bewegung unter den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung voll ins Rollen zu bringen.

Die DGB-Führung hat die Pläne der neuen Regierung als „sozial noch weniger ausgewogen und beschäftigungspolitisch keineswegs überzeugender" bezeichnet. Damit ist aber keine konsequente gewerkschaftliche Frontstellung gegen die angestrebte „radikale Wende" markiert. Nicht „mehr Ausgewogenheit" muß unsere Forderung lauten, sondern nötig ist ein kompromißloses „Nein" zu **jeglichem** sozialen Abbau, zu jedem Versuch, die Lasten der Krise auf das arbeitende Volk abzuwälzen.

Nicht „überzeugendere beschäftigungspolitische Konzepte" kann unsere Parole heißen; stattdessen ist zu fordern: Schluß mit der bisherigen staatlichen Politik der Begünstigung der Arbeitsplatzvernichtung durch die Unternehmer und Bankherren! Schluß damit, daß der Staat durch die antisoziale Rotstiftpolitik selbst Arbeitsplätze vernichtet! Her mit einer Politik, die durch gesellschaftlich nützliche Projekte und soziale Reformen neue Arbeitsplätze schafft! Die Reichen sollen die Krise bezahlen! Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn!

Es ist klar, daß all die jetzt genannten, für die Entfaltung einer tatsächlichen gewerkschaftlichen Gegenmacht notwendigen Punkte mit dem Sozialpartnerschaftskurs der Breit und Konsorten nicht auf einen Nenner zu bringen sind. Deshalb kann auch jetzt, wo das Argument der Rücksichtnahme auf eine angeblich „arbeitnehmerfreundliche" sozialliberale Regierung in Bonn entfällt, von der DGB-Führung keineswegs erwartet werden, daß sie einen konsequenten Kampf anstrebt. Im Gegenteil, sie wird nach wie vor einen solchen Kampf mit allen möglichen Mitteln und Methoden sabotieren.

Umso mehr ist es wichtig, daß die klassenkämpferischen Kräfte in Betrieb und Gewerkschaft von unten her noch stärkere Initiativen entwickeln. Schon die jetzt angesetzten Großdemonstrationen des DGB gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung kamen in Wirklichkeit gegen den Willen der rechten Gewerkschaftsführer durch Druck von unten zustande. Als nächste wichtigste Aufgabe gilt es jetzt für alle klassenkämpferischen Kollegen mit aller Kraft im Betrieb für die DGB-Demonstrationen zu mobilisieren, dabei zugleich aber auch ihre politische Vorbereitung nicht aus den Augen zu verlieren.

Aufruf der Initiative Soziale Sicherheit

Gemeinsam gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit!

Wie bereits im vorletzten „Roten Morgen" berichtet, hat die Initiative Soziale Sicherheit (ISS) beschlossen, sich am 23. Oktober an den Demonstrationen des DGB gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung zu beteiligen. Damit verzichtete die ISS auf die Durchführung einer eigenständigen Demonstration mit gleicher Stoßrichtung, die, die ISS noch vor dem Bekanntwerden der DGB-Demonstration für den gleichen Termin in Gelsenkirchen geplant hatte. Unsere Partei hält diese Entscheidung für richtig und unterstützt auch die Absicht der ISS, mit eigenen Aussagen auf den DGB-Demonstrationen in Erscheinung zu treten. Im folgenden geben wir den diesbezüglichen Aufruf der ISS „Gemeinsam gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit!" im vollen Wortlaut wieder. Unserer Auffassung nach hat dieser Aufruf eine richtige Stoßrichtung, und wir halten ihn im großen und ganzen für gut geeignet, die Bewegung gegen den Sozialabbau vor allem auch in Betrieb und Gewerkschaft voranzutreiben.

Der Lack ist ab vom „Modell Deutschland"!

Auch wenn es einigen von uns vielleicht noch besser geht als „unseren Nachbarn", so geht es vielen schon schlecht genug:

- *Seit 1975 hatten wir fast in jedem Jahr 1 Million Arbeitslose, seit Beginn der 80er Jahre sind es mehr als 2 Millionen.*
- *Über 1 Million Menschen sind auf die viel zu niedrigen Sozialhilfesätze angewiesen.*
- *Hunderttausende trauen sich nicht zum Sozialamt, weil sie sich ihrer Armut schämen.*
- *Jeder 3. Rentner in der BRD muß heute bereits mit weniger als mit 600 DM im Monat auskommen.*
- *Arbeitslosen, Kranken, Kleinrentnern, Frühinvaliden, Behinderten, Auszubildenden, Schülern und Studenten werden zusätzliche Lasten aufgebürdet.*

Aber nicht nur diese sogenannten Problemgruppen sind von Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung betroffen, alle Arbeiter- und Angestelltenfamilien, kleinere und mittlere Beamtenhaushalte spüren es täglich:

- *Niedrigeren Einkommen stehen Preissteigerungen und Gebührenerhöhungen in fast allen Bereichen gegenüber.*
- *Die Erziehung und Ausbildung der Kinder wird für viele unerschwinglich.*
- *Immer mehr Frauen werden aus dem Berufsleben gedrängt.*
- *Hunderttausende von Jugendlichen finden weder Ausbildungs- noch Arbeitsplatz.*

Nicht Ölkrise, zu hohe Zinsen oder „die Ausländer" sind schuld, sondern das Wirtschaftssystem: nicht die Bedürfnisse der Menschen sind entscheidend, sondern der Unternehmergewinn. Der alte, nur scheinbar beseitigte Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit tritt wieder zu Tage. Für ihre Gewinne nehmen die Unternehmer alles in Kauf: Arbeitslosigkeit und Massenarmut, Arbeitshetze und Raubbau an der Gesundheit der Kollegen, Umweltzerstörung und hemmungslose Aufrüstung.

Die Politiker der Bonner Parteien zeigen mit ihren sogenannten „Sparmaßnahmen", auf welcher Seite sie stehen: Statt die Unternehmen und die gut Verdienenden höher zu besteuern, werden die Opfer der Krise wieder zur Kasse gebeten. Statt Arbeitsplätze durch gezielte Beschäftigungsprogramme (Fernwärme, Wohnungsbau, Soziale Dienste) zu schaffen, werden den Unternehmern mit Investitionsbeihilfen weitere Rationalisierungen finanziert. Statt das Soziale Netz — die Existenz von Millionen — zu sichern, werden Milliarden für die Aufrüstung der NATO, für den Schnellen Brüter und andere sinnlose Großobjekte verschleudert.

Die Interessen der Unternehmer sind nicht unsere Interessen. Damit sich niemand wehrt, wird einer gegen den anderen ausgespielt: Arbeitslose gegen Beschäftigte, Ausländer gegen Deutsche, Jung gegen Alt, Frauen gegen Männer.

Gegenwehr ist nötig! Nur gemeinsam sind wir stark! Gegen den Klassenkampf der Unternehmer müssen wir antreten! Nutzen wir unsere Gewerkschaften, Organisationen, Verbände und Initiativen zum Widerstand!

Wir fordern:

- *die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich;*
- *sofortige Umsetzung des DGB-Beschäftigungsprogramms;*
- *Schaffung neuer Arbeitsplätze unter sozialen und ökologischen Gesichtspunkten;*
- *die Rücknahme der Kürzungen im Sozialbereich;*
- *keine bürokratische Bevormundung der Betroffenen;*
- *den Ausbau der sozialen Sicherung;*
- *gegen Ausländerfeindlichkeit: für soziale und politische Gleichberechtigung.*

Deshalb rufen wir auf zur bundesweiten Demonstration, Samstag, den 23. Oktober 1982.

Wenn wir selbst uns nicht bewegen, bewegt sich nichts!

DGB-Demonstrationen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung

Im folgenden eine Übersicht über bisher geplante Aktionen und Veranstaltungen des DGB gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung auf Landesbezirks- und Kreisebene.

Nordrhein-Westfalen:

23. Oktober in Dortmund. Demonstration und Kundgebung des Landesbezirks NRW des DGB. Abmarsch gegen 9.30 Uhr an der Westfalenhalle. Von dort aus führt der Demonstrationszug durch die Stadt zum Alten Markt. Die Abschlußkundgebung beginnt um 11.00 Uhr. Es sprechen: Michael Geuenich, DGB-Landesbezirksvorsitzender und Rudolf Judith, Mitglied im geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall.

Hessen/Rheinland-Pfalz:

23. Oktober in Frankfurt. Gemeinsame Großkundgebung der DGB-Landesbezirke Hessen und Rheinland-Pfalz. Hauptredner ist der DGB-Vorsitzende Ernst Breit. Offizielles Motto der DGB-Veranstaltung: „Gegen Sozialabbau und Rüstungswahnsinn — für Vollbeschäftigung und Mitbestimmung".

Bayern:

23. Oktober in Nürnberg. Vor der Kundgebung des DGB-Landesbezirks Bayern auf dem Nürnberger Hauptmarkt wird in Demonstrationszügen hin zum Kundgebungsplatz demonstriert.

Baden-Württemberg:

30. Oktober in Stuttgart. Treffen zu den drei Marschsäulen um 11.00 Uhr an der Liederhalle, am Schillerplatz und am Güterbahnhof. Die Abschlußkundgebung beginnt um 12.30 Uhr auf dem Schloßplatz in der Innenstadt. Redner: DGB-Landesbezirksvorsitzender Siegfried Pommerenke; IGM-Bezirksleiter Franz Steinkühler; Monika Wulf-Mathies, Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV.

Niedersachsen:

30. Oktober in Hannover. Protestveranstaltung des Landesbezirks Niedersachsen des DGB.

Schleswig-Holstein:

20. Oktober in Kiel. Demonstration und Kundgebung des DGB.

Bremen:

4. November. Demonstration des DGB-Kreises Bremen.

Hamburg:

6. November. Demonstration und Kundgebung des DGB-Landesbezirks Nordmark in Hamburg.

Neuer Brokdorf-Prozeß

Jetzt sollen zwei Gewerkschafter den Kopf hinhalten

ITZEHOE. — Nach den ersten Prozeßtagen im Verfahren gegen die Hamburger Gewerkschafter Kay Seligmann (IG DruPa) und Uwe Zabel (IGM) wird immer deutlicher, daß die Staatsanwaltschaft Itzehoe und die schleswig-holsteinische Landesregierung, an deren Weisungen sich das Prozeßverhalten der Ankläger orientiert, hier erneut ein Exempel statuieren wollen. Ungeachtet der sich widersprechenden Aussagen von Polizeizeugen, der offensichtlichen Geheimhaltung entscheidender Informationen durch staatliche Stellen organisiert das Gericht hier einen umfangreichen Musterprozeß, der begleitet wird von schikanösen Maßnahmen gegen Prozeßbesucher und selbst gegen die angeklagten Kollegen und ihre Verteidiger.

Kay und Uwe waren beim Rückweg von der großen Demonstration gegen den Bau des Atomkraftwerks Brokdorf am 28. Februar vergangenen Jahres festgenommen worden, nachdem die Polizei den Gewerkschafterblock im Demonstrationszug und dabei den Lautsprecherwagen des „Aktionskreises Leben — Gewerkschafter gegen Atom" überfallen hatte.

Dieser Überfall muß ebenso wie die sich nun anschließenden juristischen Verfolgungsmaßnahmen gegen die beiden Kollegen als ein gezielter, von der Stoltenberg-Regierung angeordneter Gewaltakt begriffen werden. Der Arbeitskreis Leben (AKL) hatte durch seine Klage beim Oberlandesgericht in Schleswig gegen das damals verhängte Demonstrationsverbot für die gesamte Region Wilstermarsch die polizeilichen Vorbereitungen nach Aussagen des Innenministers Uwe Barschel „empfindlich gestört". Das verlangte nach Vergeltung. Verschiedene Polizisten bestätigten, daß die Weisung für diesen Überfall direkt aus Kiel kam. Zudem — und hier zitieren wir eine sehr zutreffende Stellungnahme des AKL — war dies „auch der Versuch, gerade dem Teil der Anti-AKW-Bewegung, der zum damaligen Zeitpunkt eine neue politische Kraft darstellte — den innergewerkschaftlichen Widerstand gegen das Atomkraftwerk Brokdorf und das Atomprogramm der Bundesregierung — von Anfang an einen Denkzettel zu verpassen und ihn zu kriminalisieren. Nichts paßte weniger in die allgemeine Hetze, als ein geschlossener gewerkschaftlicher Block auf der Anti-AKW-Demonstration in Brokdorf."

Der Arbeitskreis Leben stellte sich auf Einladung des „Roten Morgen" auch auf unserem Pressefest vor. Mit einer eigenen kleinen Veranstaltung, auf der auch ein Videofilm über das Verfahren gegen Markus Mohr und Michael Duffke gezeigt wurde, informierte er über das laufende Verfahren. Kay Seligmann beleuchtete die Hintergründe des gegen ihn und Uwe Zabel gerichteten Verfahrens und unterstrich besonders die Notwendigkeit, daß sich die Gewerkschaften voll hinter die Angeklagten stellen. Dazu gibt es bereits Ansätze. Der Ortsverein Hamburg der IG DruPa etwa fordert in einer Presseerklärung vom 10. September die nachträgliche Aufhebung des Demonstrationsverbotes für den 28.2.81, die Einstellung des Prozesses gegen Kay und Uwe, die Aufhebung der bereits ausgesprochenen Urteile und „erneute Verhandlungen unter Bedingungen, die in allem rechtsstaatlichen Verfahren genügen" sowie die Einstellung aller Verfahren, auch gegen den Vorsitzenden der BBU, Josef Leinen. Resolutionen allein allerdings reichen nicht. Hinzukommen muß das aktive Werben in den Betrieben und Gewerkschaftsgruppen für die praktische Unterstützung der verfolgten Kollegen. Nur durch breiten öffentlichen Widerstand wird die Strategie des Staates zu durchkreuzen sein, wird man eine harte Verurteilung von Kay und Uwe verhindern, wird man die Terrorurteile gegen Markus und Michael zu Fall bringen können.

Es geht nicht allein um den Widerstand gegen AKWs, der hier verfolgt wird, sondern um die Demonstrationsfreiheit überhaupt. Die Gewerkschaften, so stellte Kay klar, haben erst das Demonstrationsrecht durchgesetzt, in harten Kämpfen, und sie sind direkt bedroht. Heute verfolgt man Gewerkschafter, die gegen AKWs sind, in der geschilderten Weise. Dabei wird es nicht bleiben. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn sich auch andere Gewerkschaften und Gewerkschaftsgruppen der Erkenntnis der Hamburger IG DruPa anschlössen: „Wir sehen darin einen weiteren Abbau demokratischer Rechte, der letzten Endes auch vor dem Koalitions- und Streikrecht und anderen gewerkschaftlichen Rechten nicht haltmacht, wenn man seine Befürworter gewähren läßt" und wenn sie daraus die entsprechenden notwendigen Konsequenzen zögen. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß das tatsächlich geschieht.

Zu der notwendigen gewerkschaftlichen Unterstützung gehört auch, daß die IGM endlich den vollen Rechtsschutz für Uwe Zabel übernimmt, was bei Redaktionsschluß noch immer nicht der Fall war, obwohl es von zahlreichen Metallern — unter anderem von der Hamburger Funktionärsversammlung vom 25.9. — mit Nachdruck gefordert wurde.

„Widerstand gegen die Staatsgewalt", das soll den Angeklagten angehängt werden. Sie sollen sich der Durchsuchung des Wagens widersetzt haben und einfach weitergefahren sein, auf die Polizisten zu; einer will die Worte „Gib Gas!" gehört haben. Inzwischen gibt es auch hierzu eine andere Version. Ein Beamter sagte aus, er habe nicht das genannte Kommando gehört, sondern die Worte: „Laß uns anhalten. — Das geht jetzt nicht. — Dann fahr weiter, Kay". Das ist nicht der einzige Gegensatz in den Aussagen. Widersprüchlich ist auch die Schilderung, wie es zu der Durchsuchung kam, bei der die Festnahmen erfolgten. Der zuständige Polizeioffizier Röper sagte aus, der Wagen sei plötzlich in der Sperrzone aufgetaucht. Nicht gewußt haben will er, daß der Wagen bereits vorher an einer Sperre angehalten worden war und vom dortigen Einsatzleiter nach Rücksprache mit der Einsatzleitung durchgelassen worden war. Auch Röper hatte aber natürlich Kontakt zur Einsatzleitung. Zwei verschiedene Aussagen also; das fehlende Bindeglied könnte sich nur aus der Offenlegung des Funkverkehrs beider Zeugen mit der Zentrale ergeben. Beide aber hatten keine Aussagemöglichkeit dafür, wer der Beamte in der Zwischenstation war, über den ihr Kontakt zu dieser Zentrale gelaufen ist. Und die Protokolle des Funkverkehrs werden ebenfalls nicht freigegeben. Gericht und Staatsanwalt haben an dieser Art der offensichtlichen Verschleierung verfahrenswichtiger Tatsachen nichts auszusetzen. Der Antrag, das Verfahren einzustellen, wurde selbstverständlich abgelehnt, wobei Staatsanwalt Wieduwilt deutlich zu erkennen gab, daß ihm für solche Entscheidungen aus Kiel die Hände gebunden sind.

Das sind nur einige von vielen Beispielen dafür, wie hier politische Justiz geübt wird. Hinzu kommen die Schikanen gegen Prozeßbesucher, Angeklagte und Rechtsanwälte. Dazu gehören die Durchsuchungen, bei denen die Polizisten auch nicht vor den Angeklagten Halt machen, bei denen sie sogar Verteidigungsunterlagen einsehen wollten. An einem Prozeßtag wurde ohne die Angeklagten verhandelt, die sich einer Leibesvisitation unterziehen sollten, was sie selbstverständlich ablehnten. Das Gericht weigerte sich, auf Antrag der Verteidigung die Verhandlung solange auszusetzen, bis die Durchsuchungsmaßnahme gerichtlich geklärt sei.

Diese Fakten unterstreichen die Notwendigkeit, außerhalb des Gerichtssaals für Druck zu sorgen.

Wir fordern unsere Leser auf, die Solidaritätsveranstaltungen und -konzerte (siehe Kästen auf dieser Seite) zu unterstützen.

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG
Curio Haus Hamburg
Rothenbaumchaussee

Es sprechen:
Manfred Goll, Vorsitzender der IG Druck und Papier Ortsverein Hamburg
Gerd Baisch, Rechtsanwalt, Verteidiger von Michael Duffke
Angeklagte und Rechtsanwälte des Aktionskreis Leben

Mittwoch, den 20. Oktober
18.30 Uhr Großer Saal
Solidaritätsbeitrag: 7.-DM (Auszubildende, Schüler, Studenten 5.-)

Karten im Vorverkauf über das Büro des Aktionskreis Leben, Kleine Rainstraße 21, 2000 Hamburg 50 oder an der Abendkasse

es spielen und singen:
Künstler des Schauspielhauses aus Hamburg
Chor Hamburger Gewerkschafter
Ina Deter + Band

Zur Veranstaltung rufen auf:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft · IG Druck und Papier · Aktionskreis Leben



Keine Freiheit für die Volksverhetzer!

Bochum-Wattenscheid, Günningfelder Straße 101 a: Hier befindet sich die Zentrale der faschistischen NPD, gleichzeitig die Leitstation für die Bürgerinitiativen „Ausländerstopp", über die die Nazis ihre Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen und Mitbürger unters Volk tragen, die den Boden bereiten helfen, aus dem solche brutalen Mordtaten wie auf dem Oktoberfest oder unlängst in Nürnberg hervorbrechen. Die Günningfelder Straße war vor kurzem Schauplatz einer antifaschistischen Aktion, die in allen umliegenden Städten großes Aufsehen erregte: Unter dem Motto: „Keine Freiheit für die Volksverhetzer" wurde die Nazi-Zentrale vom 19. bis zum 24. September belagert. Nach Auflagen der Behörden mußte diese Belagerung auf der gegenüberliegenden Straßenseite stattfinden; die Straße ist allerdings nicht sehr breit. Aufgerufen zu dieser Aktion hatte eine ganze Reihe von Einzelpersonen, darunter sehr viele Gewerkschafter. Rund um die Uhr waren während der ganzen Woche zwischen 30 und 400 Antifaschisten vor Ort. Die Nazis hatten zeitweise um die100 Leute in ihrem Büro und auf dem Hof des Hauses zusammengezogen. Von Sonntag bis Freitag fanden jeden Tag Veranstaltungen statt, den Abschluß bildete ein „Freundschaftsfest gegen Völkerhaß". Selbst der Oberbürgermeister von Bochum erklärte sich mit der Aktion einverstanden, versuchte allerdings glauben zu machen, er könne gar nichts gegen die Faschistenzentrale in der Stadt tun, das sei Sache des Bundes. So einfach ist das nun doch wieder nicht, da muß man ihn und alle Bochumer Politiker wesentlich mehr fordern. Die Antifaschisten forderten während der Belagerung immer wieder die Schließung des NPD-Büros und das Verbot der NPD (dafür ist allerdings der Bund zuständig!) und erweiterten damit die Forderung des offiziellen Aufrufs, der so klar nicht Stellung nimmt. In dieser Richtung muß und wird weitergearbeitet werden. Die Bochumer Aktion hat vor Ort zum Zusammenschluß von Antifaschisten, zum gemeinsamen Handeln von Deutschen und Ausländern gegen Faschisten und Volksverhetzung geführt. Sie ist ein anspornendes Beispiel für Antifaschisten im ganzen Bundesgebiet.

Empfang für faschistische Militärs verhindert

(Leserbericht aus Hannover)

Nach fast genau zwei Jahren Terrordiktatur der türkischen Faschisten sollte auf Einladung des Rates der Landeshauptstadt Hannover ein Treffen zum Meinungsaustausch zwischen Offizieren der Heeresoffiziersschule Hannover und etwa 20 faschistischen Offizieren aus Ankara im Rathaus stattfinden.

Worin dieser „Meinungsaustausch" bestehen sollte, wird dann klar, wenn man erkennt, daß die Offiziere sämtlichst Angehörige des türkischen Geheimdienstes MIT sind. Dieser Geheimdienst, der erst vor einigen Tagen den Arzt Dr. Cemil Tanriverdi erschoß, weil er Atteste über Folterungen politischer Gefangener veröffentlicht hatte, läßt seit langem seine Mörder vom CIA, in NATO-Schulen und in der BRD ausbilden. So sollte auch in Hannover das Hauptgesprächsthema der Offiziere „innere Sicherheit" sein. Man wollte mit den Erfahrungen der deutschen Geheimdienste MAD und VS in der Unterdrückung und Bespitzelung fortschrittlich denkender Menschen den Terrorapparat in der Türkei noch perfektionieren.

Nachdem dieser Empfang öffentlich bekannt wurde, organisierten eine große Zahl von türkischen und deutschen Antifaschisten für Mittwoch, den 15.9.1982 eine Kundgebung vor dem Rathaus und eine Demonstration durch die Innenstadt, die auch erlaubt wurden. Am Morgen des Mittwochs war aber in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung" eine Erklärung des hannoverschen Oberbürgermeisters Herbert Schmalstieg (SPD) zu lesen, in der er verlautbarte, er habe Verständnis dafür, „daß die Gastgeber ihre türkischen Gäste vor der Peinlichkeit einer angekündigten Demonstration bewahren wollten".

Weiterhin rechtfertigte er die Zusammenarbeit zwischen deutschen und türkischen Militärs, die zwischen den hannoverschen Offizieren und Offizieren aus Ankara schon seit acht Jahren besteht, mit der Verpflichtung der BRD, einem NATO-Partner zu helfen. Selbstverständlich werde er aber bei Empfängen seine Position zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung deutlichmachen.

Trotz der Absage des Empfangs durch die deutschen Offiziere versammelten sich ca. 400 deutsche und türkische Antifaschisten am Rathaus, darunter auch die KPD und die *Volksfront*. Nach einer Kundgebung zu den neuesten Entwicklungen in den türkischen Gefängnissen und einer Schweigeminute für die ermordeten Genossen löste sich die Kundgebung auf. Gerüchten zufolge soll das Treffen der Militärs in der Heeresoffiziersschule oder in Celle stattgefunden haben, diese Meldungen sind aber bis dato nicht bewiesen.

SOLIDARITÄTSKONZERTE
Für die Aufhebung der Urteile im Brokdorf-Prozeß
Einstellung aller Strafverfahren

Hamburg, 19/20. November
Neumünster Holstenhalle 21.November anschl. Demonstration zur Justizvollzugsanstalt
Bremen 22. November Stadthalle

Es spielen:
Schmetterlinge ● Ton Steine Scherben ● Ina Deter + Band ● Gebrüder Engel ● Misty Roots ● Acapulco Gold ● Averlikers ● Blues Kommission ● Treibstoff ● Heatwave ● Knut Kiesewetter ● Die drei Tornados

Auftaktveranstaltung am 31. Okober (Fabrik) mit:
Abi Wallenstein ● Bauer Garn & Dyke ● Averlikers ● Fiasko

Sozialismus hat Zukunft

Auszüge aus der Rede von Ernst Aust auf dem RM-Pressefest

In seiner Rede auf dem Pressefest ist Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD, ausführlich auf die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Krise eingegangen und hat dann die sozialistische Alternative erläutert. Im folgenden drucken wir — leicht gekürzt — den zweiten Teil seiner Rede ab.

Krisen gehören zum Kapitalismus wie der Deckel zum Topf. Krisen kann man nicht abschaffen, ohne den Kapitalismus selbst abzuschaffen. Die einzige Alternative zur permanenten Krise ist die sozialistische Planwirtschaft, eine Wirtschaft, in der nach den Bedürfnissen der Menschen geplant und produziert wird.

In einer solchen Planwirtschaft gibt es auch keine Überproduktionskrisen. Oder eine steigende Arbeitslosigkeit durch Rationalisierung. Wir sind doch nicht gegen die Erneuerung der Technik, nicht gegen die Einführung beispielsweise der Mikroprozessoren. Nur: Im Kapitalismus ist ein solcher Prozeß eben begleitet von wachsender Arbeitslosigkeit; im Sozialismus ist er eine Bedingung für die Senkung der Arbeitszeit, für ein besseres Leben. Das ist der Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus.

Und deswegen sagen wir auch: Wir wollen den Sozialismus! Deswegen verbinden wir auch den Kampf um Reformen, den Kampf um die 35-Stunden-Woche usw. mit dem Kampf für den Sozialismus. Was wir wollen ist nicht die Herrschaft einer kleinen Minderheit von Kapitalisten, was wir erstreben ist vielmehr die Herrschaft der Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats. Aber da fängt das Problem schon an: Mit Recht stellen sich die Arbeiter die Frage, wo es denn so eine Herrschaft der Arbeiterklasse gebe. Etwa in der Sowjetunion, in der DDR oder gar in Polen, wo eine Militärdiktatur gegen die Arbeiterklasse errichtet wurde, weil die ihre Klassenrechte wahrnehmen wollte?

Vor 1933, während der großen Weltwirtschaftskrise, hatte die Arbeiterklasse in Deutschland und in den übrigen kapitalistischen Ländern noch ein Vorbild vor Augen. Das war die sozialistische Sowjetunion unter der Führung von Stalin. Die Tatsache, daß ein solcher wirklicher Arbeiterstaat existierte, hatte auch einen Einfluß auf die damaligen Wahlen. 1932 erhielt die KPD sechs Millionen Wählerstimmen.

Sowjetunion heute — sozialfaschistische Diktatur

Die Sowjetunion von damals, die Sowjetunion Lenins und Stalins, gehört inzwischen längst der Vergangenheit an. So wie die DDR und die anderen Staaten in Osteuropa ist sie völlig entartet. Es gibt dort heute keine Herrschaft der Arbeiterklasse mehr, sondern dieser angebliche Sozialismus ist in Wahrheit ein System des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Eine neue Bourgeoisie ist entstanden. Es gibt zwar kein Privateigentum an Produktionsmitteln im westlichen Sinne. Aber diese neue Herrenklasse, die sich aus Parteimanagern, Staatsbürokraten usw. gebildet hat, konnte sich dort in den Besitz der Produktionsmittel setzen. Und diese neue Bourgeoisie beutet genauso wie die Kapitalistenklasse im Westen die Arbeiter aus.

Die Bosse im Osten leben auch nicht schlechter als ihre Klassenbrüder im Westen. Sie haben ihre Sommer- und Winterdatscha, ihre Dienstboten und Butler. Sie gehen auf Auslandsreisen, was die einfachen Menschen nicht können; ihre Frauen lassen sie nach der neuesten Pariser Mode einkleiden. Sie haben ihre exklusiven Krankenhäuser und Kliniken, in die ein normaler Sterblicher nie hinein kommen würde, genau so wenig wie in die Clubs, die nur der privilegierten Schicht vorbehalten sind. Diese Leute haben auch, wie ein Strauß oder Kohl im Westen, ihre privaten Leibwächter, ihre Gorillas, die sie vor der „Liebe" des Volkes behüten müssen.

All dies zeigt, daß der sowjetische Staat mit Sozialismus überhaupt nichts mehr zu tun hat, daß er vollkommen entartet ist. Und auch die Wirtschaftskrise hat die Länder in Osteuropa längst erfaßt: Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit. Das dürfte es doch im Sozialismus eigentlich nicht geben. Aber dort sind diese Erscheinungen nicht mehr zu verbergen. Man macht zum Teil ja nicht einmal einen Hehl daraus.

Und wer gegen dieses System der Korruption, der Vetternwirtschaft usw. aufmuckt, der wandert ins Gefängnis. Nicht umsonst sind in der DDR ebenso wie in der Sowjetunion die Gefängnisse überfüllt, aber nicht mit Gaunern und Schiebern, sondern mit Arbeitern, die es gewagt haben, ihren Mund aufzumachen, die in irgendeiner Form gegen dieses System angegangen sind.

Was drüben herrscht, ist kein Sozialismus, sondern eine sozialfaschistische Diktatur — Sozialismus in Worten, Faschismus in Taten. Kein Wunder, daß die Arbeiter hier bei uns sagen: Bleibt mir weg mit dem Sozialismus! Da habe ich doch hier noch mehr Freiheit. Hier kann ich wenigstens noch streiken oder meinen Mund aufmachen. Hier kann ich mich in der Gewerkschaft organisieren.

Natürlich kann man das alles in diesem Land, allerdings nicht immer. Wenn es zum Faschismus kommt, dann werden all diese Rechte liquidiert. Und auch jetzt schon: Der Machtantritt von Kohl bedeutet mit Sicherheit eine weitere Einschränkung unserer demokratischen Rechte.

Aber wenn die Kollegen ihre Vorbehalte gegen den Sozialismus haben, dann trifft das nicht unseren Sozialismus, nicht das, was wir unter Sozialismus verstehen. Man sehe nur auf das einzige wirklich sozialistische Land, auf Albanien. Dort gibt es keine Krise, keine Arbeitslosigkeit, keine Preissteigerungen, im Gegenteil: Vor wenigen Monaten sind dort die Preise von wichtigen Konsumgütern gesenkt worden. Die niedrigsten Löhne stehen zu den höchsten im Verhältnis von nur eins zu zwei. Die Partei ist dort eng mit den Massen verbunden. Und das ist auch eine ganz andere Partei als beispielsweise in der DDR.

Denn wie ist es dort? Wer Karriere machen will, der braucht das Parteibuch. Diese Partei ist offen für alle korrupten Elemente, für alle Karrieristen. Und das ist ja nicht anders als hier in der Bundesrepublik. In Bonn tauschen jetzt schon einige Leute ihr SPD-Parteibuch gegen eines der CDU um.

Ganz anders in Albanien. Zunächst einmal ist es dort sehr schwer, überhaupt Parteimitglied zu werden. Und wenn man es ist, dann heißt das nur: Opfer zu bringen, Vorbild zu sein, bei besonderen Einsätzen voranzugehen. Und das alles bringt keinerlei Vorteile. Und wenn jemand in Albanien in die Partei eintreten will, werden die Menschen, mit denen er tagtäglich zusammenarbeitet, erst darüber befragt. Da kommen dann die Genossen von der Partei und fragen: Hier haben wir den Antrag auf Parteimitgliedschaft von eurem Kollegen. Was meint ihr dazu; ist er in Ordnung? So werden also die Arbeiter darüber befragt, ob sie jemanden für würdig halten, in die Partei einzutreten.

Und weil die Partei so an die Dinge herangeht, ist auch ihre Bindung zu den Massen eng und unangreifbar. Die Arbeiterklasse in Albanien bestimmt die Pläne mit. Und — was auch sehr wichtig ist — die Arbeiter und Bauern in Albanien sind bewaffnet. Das ist eine Grundvoraussetzung für die Erhaltung des Sozialismus. Eine Regierung, die das Volk bewaffnet, das muß schon eine Regierung sein, zu der das Volk vollstes Vertrauen hat.

Aber was werden die Kollegen sagen? Sie werden sagen: Ihr könnt uns viel erzählen über Albanien. Und wenn das stimmt, ist Albanien doch ein kleines Land mit besonderen Bedingungen. Und dann fragen sie: Wer garantiert denn dafür, daß es dort nicht genauso kommt wie in der Sowjetunion, wenn einmal Enver Hoxha nicht mehr da ist?

Sozialismus ohne Arbeiterdemokratie ist undenkbar

Die Kollegen sind skeptisch. Und diese Skepsis sitzt sehr tief in der Arbeiterklasse. Das ist auch verständlich nach dem Verrat der SPD, nach dem Verrat unserer alten Partei, der früheren KPD und drüben der SED. Die Kollegen werden immer wieder das sagen, was man bei unseren Versammlungen ja stets zu hören bekommt. Ich habe das gerade neulich bei einer Versammlung mit Bauern in Schleswig-Holstein erlebt. Die haben gesagt: Alles richtig, was du erzählt hast, aber ihr seid ja gar keine Kommunisten. Das heißt, sie hatten eine ganz falsche Vorstellung vom Kommunismus. Und dann kamen sie auf die Frage: Wer garantiert uns denn, daß ihr nicht morgen genau das gleiche macht, was ihr heute noch bekämpft.

Und diese Frage, Genossen und Genossinnen, ist legitim. Trotzdem gibt es keinen anderen Weg, es geht nicht anders. Es liegt an uns ganz allein, ob wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen. Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut. Und daß es Rückschritte gibt in der Menschheitsgeschichte, daß es Rückschläge auch beim Sozialismus geben wird, hat Lenin schon vorausgesagt. Er hat darauf hingewiesen, daß es in der gesellschaftlichen Entwicklung oft Riesensprünge zurück gibt. Und solch einen Riesensprung haben wir leider durch den Verrat der modernen Revisionisten — wie wir sie nennen — erleben müssen. Unsere Aufgabe als Kommunisten ist es, daraus zu lernen.



Veranstaltung „Sozialismus hat Zukunft".

Einen Sozialismus ohne Freiheit für die Arbeiter, für die Werktätigen insgesamt, kann es nicht geben. Einen Sozialismus ohne Demokratie für die Arbeiterklasse und die Werktätigen, kann es nicht geben. Was heißt denn Diktatur des Proletariats? Das heißt doch nicht, daß die Arbeiterklasse nichts zu sagen hat, daß ihr eine kleine Clique von Partei- und Staatsfunktionären im Nacken sitzt. Diktatur des Proletariats bedeutet die Unterdrückung derjenigen, die den Kapitalismus wieder herstellen wollen. Aber das sind doch nur sehr wenige, das ist nur eine kleine Minderheit.

Es gibt jedoch noch viele andere. Solche zum Beispiel, die den Sozialismus wollen, aber andere Vorstellungen davon haben als wir. Für diese Menschen muß es Freiheit geben. Und dazu gehören auch Organisationsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit. Das hat Lenin auch gemeint, als er sagte, Sozialismus ohne Freiheit für die Arbeiterklasse ist undenkbar.



Ernst Aust bei seiner Reder auf dem Pressefest.

Und was ist die Aufgabe der Partei im Sozialismus? Ist es ihre Aufgabe, zu administrieren, zu befehlen? Nein, ihre Aufgabe bleibt die gleiche, wie im Kapitalismus. Sie muß zum einen Avantgarde der Arbeiterklasse sein, zum anderen aber auch ein Teil der Klasse und mit ihr eng verbunden. Wenn sie sich im Sozialismus von der Arbeiterklasse entfernt, dann ist das der erste Schritt hin zur Entartung. Der Fisch beginnt bekanntlich am Kopf zu stinken. Und die Entartung im Sozialismus hat immer ihren Ausgang von der Partei genommen. Wenn diese Partei erst ihre Farbe wechselt, wenn dort das Administrieren, dann Korruption und Vetternwirtschaft einreißen, ist die Sache zumeist schon gelaufen.

Im Sozialismus muß die Arbeiterklasse die Möglichkeit haben, ihre Herrschaft auch ausüben zu können. Auch dann, wenn etwas schiefläuft, muß sie in der Lage sein, wirksam einzugreifen. Deshalb sind wir auch dafür, daß es im Sozialismus das Streikrecht gibt. Auch dieses Kampfmittel muß der Arbeiterklasse zur Verfügung stehen. Natürlich werden zunächst einmal andere Mittel eingesetzt, beispielsweise die Arbeiterkontrollen, wenn es darum geht, Mißstände im Sozialismus zu beseitigen. Diese Arbeiterkontrollen dürfen natürlich nicht von der Partei eingesetzt werden. Sie müssen von den Kollegen im Betrieb gewählte Organe sein, die auch tatsächlich das Recht haben, alles zu kontrollieren — von irgendeiner Kleinigkeit im Betrieb bis hin zum Staatsapparat.

In Albanien ist das auch so. Ich habe das im Hafen von Durres erlebt. Dort lagen Eisenträger herum und verrosteten. Als alle Kritik an den Verantwortlichen nicht fruchtete, haben die Arbeiter den Verkehrsminister in Tirana angerufen. Der mußte dann kommen, die Beschwerden der Arbeiter anhören und dafür sorgen, daß diese Träger in ein Lagerhaus transportiert wurden. Dieses Beispiel zeigt, daß es im Sozialismus darauf ankommt, ob die Arbeiter auch tatsächlich etwas zu sagen haben.

Vor uns als Kommunisten stehen viele noch ungelöste Aufgaben. Die eine Sache ist, gründlich zu untersuchen, wie es zu dieser Entartung einiger kommunistischer Parteien kommen konnte, um daraus die notwendigen Lehren zu ziehen. Zweitens: Wie kann man verhindern, daß sich in Zukunft wieder solch eine Entwicklung anbahnt. Das zu untersuchen ist eine wichtige Aufgabe. Denn die Arbeiter verlangen von uns Antworten.

Es gibt auch andere Genossen, die sich wie wir Gedanken darüber machen, zum Beispiel die Genossen der MLPD. Sie halten die Kulturrevolution, wie sie in China stattgefunden hat, für ein geeignetes Mittel, um eine derartige Entwicklung wie in der Sowjetunion zu verhindern. Wir sind nicht der Meinung, daß es ein geeignetes Mittel ist. Aber wir sind sehr wohl der Meinung, daß es legitim ist, sich solche Gedanken zu machen und daß es richtig ist, darüber zu diskutieren, auch mit anderen Organisationen. Wir halten uns nicht für den Nabel der Welt; wir wissen, daß es außerhalb der Partei viele Menschen gibt, die für den Sozialismus sind, auch wenn sie andere, unserer Meinung nach falsche, Vorstellungen davon haben. Wir wissen, daß es außerhalb unserer Partei revolutionäre Organisationen gibt. Und wir halten es für notwendig, daß man sich zusammensetzt, daß man sich über die hier angesprochenen Fragen unterhält. Daß man — was eine genauso wichtige Frage ist — auch darüber diskutiert, wie wir an die sozialistische Revolution herankommen. Dazu brauchen wir die Einheit aller revolutionären Menschen, dazu brauchen wir die Einheit der Arbeiterklasse.

Natürlich gibt es auch die Frage, wo denn die Grenzen einer solchen Einheit der Revolutionäre liegen. Es wird beispielsweise in der Frage des Sozialismus nur schwer möglich sein, uns mit den Genossen von der DKP zu verständigen. Wir lassen uns nicht den „realen Sozialismus" aufs Auge drücken. Trotzdem können wir uns mit ihnen über tausend Fragen des Klassenkampfs unterhalten.

Und wir können uns auch nicht in einer Einheit bewegen mit den sogenannten Vaterlandsverteidigern. Der Genosse vom BWK hat vorhin auch dazu Stellung genommen. Was heißt denn Vaterlandsverteidigung? Für uns ist die kapitalistische Bundesrepublik nicht unser Vaterland, genauso wenig wie die DDR für unsere Genossen drüben, die dort zu Gefängnisstrafen bis zu acht Jahren verurteilt wurden, nur weil sie für Freiheit und Sozialismus eintraten. Das sind nicht unsere Vaterländer. Unser Vaterland ist das kommende, vereinigte, unabhängige, sozialistische Deutschland! Trotz alledem — Der Sozialismus hat Zukunft!

Es lebe die sozialistische Revolution!

Rot Front!

Glückwünsche für den „Roten Morgen"

15 Jahre „Roter Morgen" — das war ein Anlaß zum Feiern und zum revolutionären Ausblick nicht nur für die KPD und nicht allein für *deutsche* Kommunisten, Antifaschisten und Demokraten. Das kam auf dem Pressefest in den zahlreichen internationalistischen Beiträgen mit Teilnehmern verschiedener Nationalitäten deutlich zum Ausdruck. Zum Ausdruck kommt es auch in den verschiedenen Grußadressen, die uns auf dem Fest selbst und in den folgenden Tagen erreichten, in denen befreundete Parteien und Organisationen ihre Kampfverbundenheit mit der KPD und ihrem Zentralorgan bekunden.

Bereits auf dem Pressefest, im Rahmen unserer Großveranstaltung „Sozialismus hat Zukunft", hatte der Genosse Detjen vom Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) eine Grußadresse seiner Organisation verlesen und dabei verschiedene Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Klärung strittiger Fragen gemacht. Um den Freunden des „Roten Morgen" auch die Grußbotschaften der ausländischen Organisationen, die dort nicht vorgetragen werden konnten, bekanntzumachen, drucken wir sie hier im vollen Wortlaut ab.

Wir danken für all die guten Wünsche zu unserem Jubiläum. Wir werden alles tun, die in unsere Partei gesetzten revolutionären Erwartungen zu erfüllen.

Arbeiterpartei der Niederlande (Aufbauorganisation)

Liebe Genossen,
im Namen des Zentralkomitees der Arbeiterpartei der Niederlande (Aufbauorganisation) übermittle ich unsere wärmsten Grüße dem Zentralkomitee der KPD, den Herausgebern und allen Mitarbeitern des „Roten Morgen" zu diesem Fest der revolutionären Presse.

Das 15. Jubiläum des „Roten Morgen" ist ein Meilenstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands und ihrer organisierten marxistisch-leninistischen Vorhut.

Es markiert den Sieg der revolutionären Kräfte über den Verrat des modernen Revisionismus in jeglicher Form. Es ist ein direkter Schlag ins Gesicht der Bourgeoisie, die mit aller Gewalt versucht hat, die Stimme der Arbeiterklasse zu unterdrücken.

Es ist von unschätzbarem Wert für die Arbeiterklasse, eine revolutionäre Presse zu ihrer Verfügung zu haben, um in der Lage zu sein, ihren Kampf zu propagieren, die Einheit der Vorhut mit der gesamten Klasse zu verwirklichen,um durch ihre Propaganda und Agitation all die Betrügereien und Entstellungen der Wahrheit durch die Bourgeoisie und ihre Marionetten der reformistischen und revisionistischen Organisationen bloßstellen zu können.

Besonders unter den Bedingungen der Krise des Imperialismus kann man beobachten, daß der Revisionismus aktiv bemüht ist, den Kampfgeist des Proletariats abzutöten und versucht, Illusionen zu verbreiten.

Die Revisionisten haben es übernommen, die Krisenpolitik der Reichen zu verkaufen, die keinem anderen Ziel dient, als dem, die Arbeiter die Kosten der Krise bezahlen zu lassen. Ihr Kampf ist nicht gegen die Bourgeoisie gerichtet, um sie zu zwingen, ihre Krisenpolitik und die imperialistischen Kriegsvorbereitungen zu stoppen, sie kämpfen vielmehr gegen die revolutionären Kräfte.

Die revolutionäre Presse ist daher eine schlagkräftige Waffe in den Händen der Arbeiterklasse, um die Ideologie des Marxismus-Leninismus zu verbreiten und zu verteidigen.

Auch in den Niederlanden haben sich die Marxisten-Leninisten organisiert, in einer Aufbauorganisation, die die Gründung der marxistisch-leninistischen Vorhutpartei vorbereitet.

Wir arbeiten auch an der Stärkung unserer revolutionären Presse. Der „Rote Morgen" hat einen wichtigen Beitrag zur Bildung der Arbeiterpartei (AO) geleistet und hat uns angespornt, indem er uns bewiesen hat, daß der Marxismus-Leninismus noch immer quicklebendig ist, während die Bourgeoisie versucht, das Gegenteil zu beweisen.

Die marxistisch-leninistische Bewegung ist sehr aktiv und wird mit jedem Tag stärker. Es ist unsere Aufgabe, sie zu neuen Höhen zu führen, die Revolution herbeizuführen und den Sozialismus zu verwirklichen.

Wir werden mit Sicherheit erfolgreich sein, wenn wir vorwärts marschieren auf dem richtigen Weg, der durch die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin gewiesen wird, angespornt durch das Beispiel, das uns die einzige sozialistische Nation der Welt gibt: Albanien.

Genossen, die Zeit ist reif. Kapitalismus und Imperialismus stecken in der Krise. Wir werden unsere Chance nutzen.

Lang lebe der Marxismus-Leninismus!
Hoch die internationale Solidarität!

Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei

Liebe Genossen, liebe Freunde!

Heute feiern wir den 15. Jahrestag des ersten Erscheinens des „Roten Morgen". Wir wünschen dem „Roten Morgen", der sicherlich eines der wichtigsten Instrumente unserer Bruderpartei, der KPD, ist, ein wichtiges Instrument in ihrem Kampf, auch für die kommenden Jahre,das Beste.

Der „Rote Morgen" begeht seinen 15. Geburtstag zu einer Zeit, in der sich die Krise in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern zusehends verschärft. Diese Jahre, die wir heute durchleben, sind Jahre, in denen alle Revisionisten, allen voran die sowjetischen Sozialimperialisten, die Maoisten, die Trotzkisten, ihre gemeinsamen Angriffe mit der Monopolbourgeoisie verschärfen, um den Marxismus-Leninismus wirkungslos werden zu lassen.

Die sich im Weltmaßstab verschärfende Krise der kapitalistischen und revisionistischen Welt findet natürlich ihr wirtschaftliches und politisches Echo auch in massiver Weise in der Bundesrepublik. Die Monopolbourgeoisie forciert in jeder nur erdenklichen Weise ihre Angriffe, um die Lasten der Krise auf die Schultern der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes abzuwälzen. Der Hegemoniekampf zwischen den Imperialisten und Sozialimperialisten, besonders zwischen den beiden Supermächten, entwickelt sich immer schneller auf einen neuen imperialistischen Aufteilungskrieg zu. Aber die deutsche Arbeiterklasse, die auf eine ruhmreiche Tradition des Kampfes verweisen kann, kämpft stark gegen den imperialistischen Krieg, den Faschismus und die Reaktion, gegen die ökonomischen und politischen Angriffe der Monopolbourgeoisie. Um diesen Kampf zu verhindern, um die Arbeiterklasse und das werktätige Volk zu spalten, läßt die Monopolbourgeoisie nichts unversucht.

Genossen, Freunde!

Der wilde Terror der faschistischen Generale in unserer Heimat Türkei geht unvermindert weiter. Auf der einen Seite: Millionen von Arbeitslosen, dem Hunger und Elend ausgesetzte Arbeiter, Bauern und das werktätige Volk, Dutzende von Todesurteilen, mehr als hunderttausend Kommunisten, Antifaschisten, fortschrittliche Menschen, die man in die Gefängnisse sperrte. Auf der anderen Seite: Eine Kompradorenbourgeoisie, die heute Profite verbucht, wie in all den Jahren zuvor niemals dagewesen, Großgrundbesitzer, die sich zu ihrem Reichtum weiteren aneignen. In den vergangenen Monaten haben die Generale versucht, durch ihre Demagogie von der „Verfassung" und dem „Übergang zur Demokratie" der faschistischen Diktatur einen legalen Anstrich zu geben, sie zu verewigen. Unter solchen Bedingungen versucht unsere Partei mit Geduld und kommunistischer Entschlossenheit ihre Wunden, die ihr in der jüngsten Vergangenheit zugefügt wurden, zu heilen, die Arbeiterklasse und das werktätige Volk, das voller Haß gegen die faschistische Junta ist, zu organisieren und sie für den schweren Kampf, der vor uns liegt, vorzubereiten.

Freunde und Genossen!

Die Auslandsorganisation unserer Partei versucht einerseits die in Europa lebenden fast zwei Millionen Arbeiter und Werktätigen aus der Türkei für die Revolution in der Türkei vorzubereiten, und auf der anderen Seite versuchen wir massiv zu gewährleisten, daß sie sich auch mächtig am Klassenkampf des Landes beteiligen, in dem sie leben. Unsere Partei wertet es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, gemeinsam mit den deutschen Arbeitern und den Arbeitern anderer Nationen Schulter an Schulter gegen die Einschränkungen der wirtschaftlichen und demokratischen Rechte, gegen den imperialistischen Krieg, den Faschismus, die Reaktion, den Kapitalismus und gegen die Ausländerfeindlichkeit zu kämpfen. Die Bemühungen der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die Ausländerfeindlichkeit anzuheizen und die Arbeiterklasse zu spalten, werden von der faschistischen Junta in der Türkei und ihren Handlangern im Ausland unterstützt. Denn auch die faschistische Junta wünscht sich nichts sehnlicher, als daß die Arbeiter aus der Türkei Sklaven sind, die den Kopf gesenkt halten und mit denen man alles machen kann. Denn auch sie meint, daß sie ihre Ausbeutung und Unterdrückung auf diese Weise am besten verwirklichen kann. Wir verhalten uns ganz bewußt, denn wir sind der Überzeugung, daß die Teilnahme an den verschiedenen Kämpfen, und das möglichst stark, der beste Weg ist, das Spiel sowohl der faschistischen Junta, als auch das der westdeutschen Monopolbourgeoisie wirkungslos werden zu lassen.

Die heutige Lage in der Welt und in den einzelnen Ländern bürdet den marxistisch-leninistischen Parteien schwere, aber auch ruhmreiche Aufgabe auf. Unsere Überzeugung darin, daß unsere marxistisch-leninistischen Parteien diese Aufgaben meistern werden, wenn sie den vom Marxismus-Leninismus aufgezeigten Weg beschreiten, ist unerschütterlich.

Unserer Bruderpartei KPD und dem „Roten Morgen" überbringen wir die Grüße der Kommunisten aus der Türkei und ihre besten Wünsche für den erfolgreichen Kampf.
Es lebe der Marxismus-Leninismus!
Es lebe die KPD!
Es lebe der „Rote Morgen"!
Es lebe der proletarische Internationalismus!

Zentralkomitee der
Revolutionären
Kommunistischen Partei
der Türkei

TKP/ML-Bewegung in Deutschland

Werte Genossen!

Mit tiefer Freude und herzlichen Grüßen von Genossen zu Genossen grüßen wir Kommunisten aus der Türkei den „Roten Morgen", der nunmehr das 15. Lebensjahr vollendet, das 16. Jahr des Kampfes beginnt. Wir grüßen dieses starke Licht der deutschen Arbeiterklasse, der der „Rote Morgen" ihren Weg des Kampfes für die Revolution, den Sozialismus und die klassenlose Gesellschaft erleuchtet, jener deutschen Arbeiterklasse, die als Teil des Weltproletariats die Welt des privaten Eigentums beseitigen, alle Klassen beseitigen und somit die Menschheit befreien wird.

Diese 15 Jahre voller Kampf, die er nunmehr hinter sich hat, sind auch ein offener Gradmesser für die Rolle, die die wahrhaft kommunistische Partei in Deutschland, die KPD, im heißen Feuer des Klassenkampfes spielt.

Der „Rote Morgen" wurde geboren im Juli 1967, gegen den modernen Revisionismus, der die Arbeiterklasse für immer in das Joch des Kapitals spannen wollte, um den Weg der Arbeiterklasse mit dem Licht des wissenschaftlichen Sozialismus zu erleuchten und um ein konsequenter Verteidiger der Klasseninteressen der Arbeiterklasse zu sein. Doch hat er sich nicht damit begnügt, einfach nur die Befreiung der Arbeiterklasse zu propagieren, sondern er hat gleichzeitig die Aufgabe übernommen, kollektiver Organisator jener Aktion zu sein, die die Welt verändern will. Anderthalb Jahre nach seinem ersten Erscheinen hat er dem Proletariat Deutschlands sowie dem Weltproletariat, den wahren Marxisten-Leninisten die Gründung der KPD, der wirklichen Klassenpartei der deutschen Arbeiterklasse kundgetan.

Das 15 Jahre dauernde Leben des „Roten Morgen" ist voll der Erfahrungen des Kampfes gegen Revisionismus, Opportunismus, gegen beengende nationalistische Gedanken und gegen jegliche Reaktion, voller Erfahrungen des massiven theoretischen und politischen Kampfes der KPD. Als Zentralorgan der KPD hat er auf theoretischer und taktischer Ebene die Arbeiterklasse geführt, mit dem Charakter eines marxistischen-leninistischen Presseorgans ist er zu einer politischen Führung geworden. Er hat bei der Lösung der täglichen politischen Fragen der Arbeiterklasse sowie bei der Verbreitung richtiger und revolutionärer Gedanken unter den Massen den Weg gewiesen und wird dieses auch weiterhin tun.

Der türkische Teil des „Roten Morgen", „Kizil Safak", ist ein Instrument, um die Klasseneinheit der Arbeiterklasse Deutschlands, die aus verschiedenen Nationen besteht, zu verwirklichen. Dieses ist ein weiteres Beispiel für die marxistisch-leninistische Politik der KPD. Das Erscheinen des „Roten Morgen" in türkischer Sprache ist ein praktischer Ausdruck dessen, daß die KPD einen richtigen Kampf führt, ein Ausdruck des richtigen Gedankens, daß sich die Arbeiterklasse gemäß ihrer Klassenstruktur organisiert, ist ein praktisches Beispiel gegen kleinbürgerliches, bürgerlich-nationalistisches Gedankengut, das versucht, nationale Barrieren zwischen den Arbeitern verschiedener Nationen aufzubauen. An dieser Stelle möchten wir noch einmal betonen, daß wir, die TKP/ML-Bewegung, die politische Führung der Arbeiterklasse der Türkei vor dem Aufbau der Partei, der Meinung sind, daß sich die in der Emigration befindlichen Arbeiter aus der Türkei in den Klassenorganisationen der Arbeiterklasse Deutschlands organisieren und sich fest zusammenschließen in der einzigen politischen Partei der Arbeiterklasse, der KPD, und möchten betonen, daß wir hierzu praktische Schritte unternommen haben. Wir rufen alle Arbeitsemigranten auf, sich in der KPD zu organisieren und ihren Platz im Kampf für die Revolution und den Sozialismus einzunehmen.

Genossen!

Wir leben heute in einer Zeit, in der sich im internationalen Maßstab die wirtschaftliche und politische Krise verschärft, die imperialistische Kriegsgefahr sich vertieft, in der sich hiergegen der antiimperialistische, demokratische und sozialistische Kampf des Weltproletariats entwickelt, aber auch in einer Zeit, in der sich antimarxistisch-leninistische Angriffe jeglicher Art gegen die von der PAA geführte internationale kommunistische Bewegung verstärken. Unter diesen Bedingungen, unter denen wir leben, ist es heute viel

Fortsetzung auf Seite 9



Redi Dron **— eine Musikgruppe der Loson aus Surinam (früher eine niederländische Kolonie) — gehörte zu den Kulturgruppen aus dem Auslnad, die unser Pressefest durch ihr Auftreten bereicherten.**

Fortsetzung von Seite 8
mehr als je zuvor, wichtig, den sich entwickelnden Kampf in verschiedenen Bereichen der Welt vereinheitlicht gegen die Weltreaktion und das Kapital anzuleiten, ist es wichtig, dem Marxismus-Leninismus in allen Bereichen des Lebens zur Vorherrschaft zu verhelfen. Die bewußte und einzige Kraft, die dieses verwirklichen kann, ist die Repräsentantin des Weltproletariats, die internationale kommunistische Bewegung. In diesem Sinne weisen wir auf die Notwendigkeit hin, die Einheit der kommunistischen Weltbewegung herzustellen, deren Reihen zu festigen, sie zu stählen und zu entwickeln.

Die Kommunisten aus der Türkei, die heute unter schwersten Bedingungen der Illegalität kämpfen, und das Zentralorgan „Ileri" der TKP/ML-Bewegung das illegal und unter sehr schweren Bedingungen erscheint, sie haben viel vom Zentralorgan der KPD, dem „Roten Morgen" zu lernen. Und wir versuchen mit allen unseren Mitteln zu lernen, von den Klassenkämpfen der anderen Länder und von den Erfahrungen der kommunistischen Parteien.

Aus Anlaß des Pressefestes, das von der KPD durchgeführt wird, beglückwünschen wir den „Roten Morgen", der 15 Jahre voll erfolgreichen Kampfes hinter sich läßt und nun das 16. Jahr des Kampfes angeht, mit kommunistischen Genossengrüßen, wünschen durch unsere Bruderpartei KPD, der Arbeiterklasse Deutschlands in ihrem Kampf für die sozialistische Revolution als Genossen Erfolg.

Es lebe die KPD!

Es lebe unser Kampf für Revolution und Sozialismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Nieder mit der Welt des Kapitals!

24.9.1982

Führende Organisation der TKP/ML-Bewegung in Deutschland

KAWA

Möge der 15. Jahrestag des kampferprobten „Roten Morgen" eine Zeit sein, in der der Kampf gegen Imperialismus, Kapitalismus, Faschismus und Reaktion, der Kampf für die Revolution und Sozialismus gestärkt wird!

Genossen,

gemeinsam feiern wir heute den 15. Jahrestag des ersten Erscheinens des „Roten Morgens", des Zentralorgans eurer Partei, der KPD, die die Avantgarde des deutschen Proletariats und ein Zweig der internationalen kommunistischen Bewegung ist.

Euer Zentralorgan hat bis heute,seit dem ersten Tag seines Erscheinens,die übernommenen Aufgaben im Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und Kapitalismus mit Erfolg erfüllt. Bis heute hat der „Rote Morgen" in der Propaganda, der Agitation und der Organisierung wertvolle Leistungen vollbracht, die in der Bedeutung für das deutsche Proletariat und die deutsche, proletarische Revolution nicht zu unterschätzen sind. Soweit wir wissen, wurde der „Rote Morgen" geschaffen, um im heißen Kampf gegen den modernen Revisionismus eine Antwort im Bereich der Presse zu geben, wurde er eine Tribüne, von der aus in diesem Kampf die Verteidigung des Marxismus-Leninismus erfolgte. Er hat bei der Verteidigung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, der Revolution, des Sozialismus und des Kommunismus, bei der Vereinigung der führenden Kräfte des deutschen Proletariats und ihrer Organisierung unter einem einzigen Dach eine führende Rolle gespielt. Somit hat der „Rote Morgen" seine Aufgabe, die Gründung der Vorhutpartei des deutschen Proletariats, der KPD, diese ideologisch-politische und organisatorische Aufgabe erfolgreich erfüllt.

Im Kampf gegen die „Drei-Welten-Theorie" und den maoistischen chinesischen Revisionismus, der kurze Zeit nach dem Verrat des Chruschtschowschen modernen Revisionismus auf die Bühne trat, war der „Rote Morgen" ein Organ, das wichtige Aufgaben erfüllte. Gleichzeitig hat er gegen sämtliche im ideologischen Bereich auftretenden bürgerlich-revisionistischen Theorien, gegen den Anarchismus, den Reformismus, den Terrorismus, sowie gegen sowjetische, jugoslawische und „eurokommunistische" Strömungen den Marxismus-Leninismus verteidigt.

Außerdem hat er im Kampf des deutschen Proletariats und des werktätigen Volkes gegen die Monopolbourgeoisie und für die Diktatur des Proletariats, in diesem Kampf um die Herrschaft den Schwerpunkt auf die politische Agitation gelegt. Er hat mit einer breiten politischen Kampagne zur Bewußtwerdung und Erklärung versucht, die werktätigen Massen mit revolutionärem Bewußtsein zu wappnen.

Mit Respekt begrüßen wir von KAWA, dem einzigen Presseorgan, das gemäß den Prinzipien des Marxismus-Leninismus in Kurdistan Propaganda und Agitation betreibt, die Erfolge des „Roten Morgen" im Bereich seines Erscheinens, seines Inhaltes und seiner Technik. Die Tatsache, daß KAWA, das Zentralorgan unserer, für ein unabhängiges, vereintes und demokratischen Kurdistan und für den Kommunismus kämpfenden revolutionären Bewegung KAWA-PSSK, etwa zur gleichen Zeit und im gleichen Land, in dem die Stimme der deutschen proletarischen Revolution, der „Rote Morgen", seinen 15. Jahrestag feiert, wieder erscheint, vermehrt nur unsere Freude.

KAWA, die als Stimme der nationalen Befreiung in Kurdistan und des Sozialismus zum ersten Mal 1978 erschienen war, wurde in seiner Pressetätigkeit gegen Ende des gleichen Jahres durch den faschistisch-kolonialistischen Druck und die Verbote unterbrochen. Ab September 1982 hat KAWA in der Bundesrepublik seine Pressetätigkeit wieder aufgenommen. KAWA versucht die Aufgaben der Agitation und Propaganda für die Unabhängigkeit unseres Landes Kurdistan, für dessen Freiheit und Einheit, für den Sozialismus und Kommunismus zu erfüllen, die führenden Kräfte des Proletariats unseres Landes unter dem Dach einer Partei zu sammeln. KAWA versucht gegen jede Form des Revisionismus, gegen den bürgerlichen Nationalismus und gegen den Chauvinismus die Reinheit der proletarischen Ideologie zu schützen und den Marxismus zu verbreiten.

KAWA versucht gleichzeitig, den nationalen und sozialen Befreiungskampf des unter der Unterdrückung und dem Elend der türkischen, iranischen, irakischen und syrischen Kolonialisten seufzenden Volkes zu entwickeln, den revolutionären Widerstand gegen die faschistischen Generale, die am 12. September 1980 mit einem Putsch in der Türkei die Führung usurpierten, zu entwickeln und zu stärken.

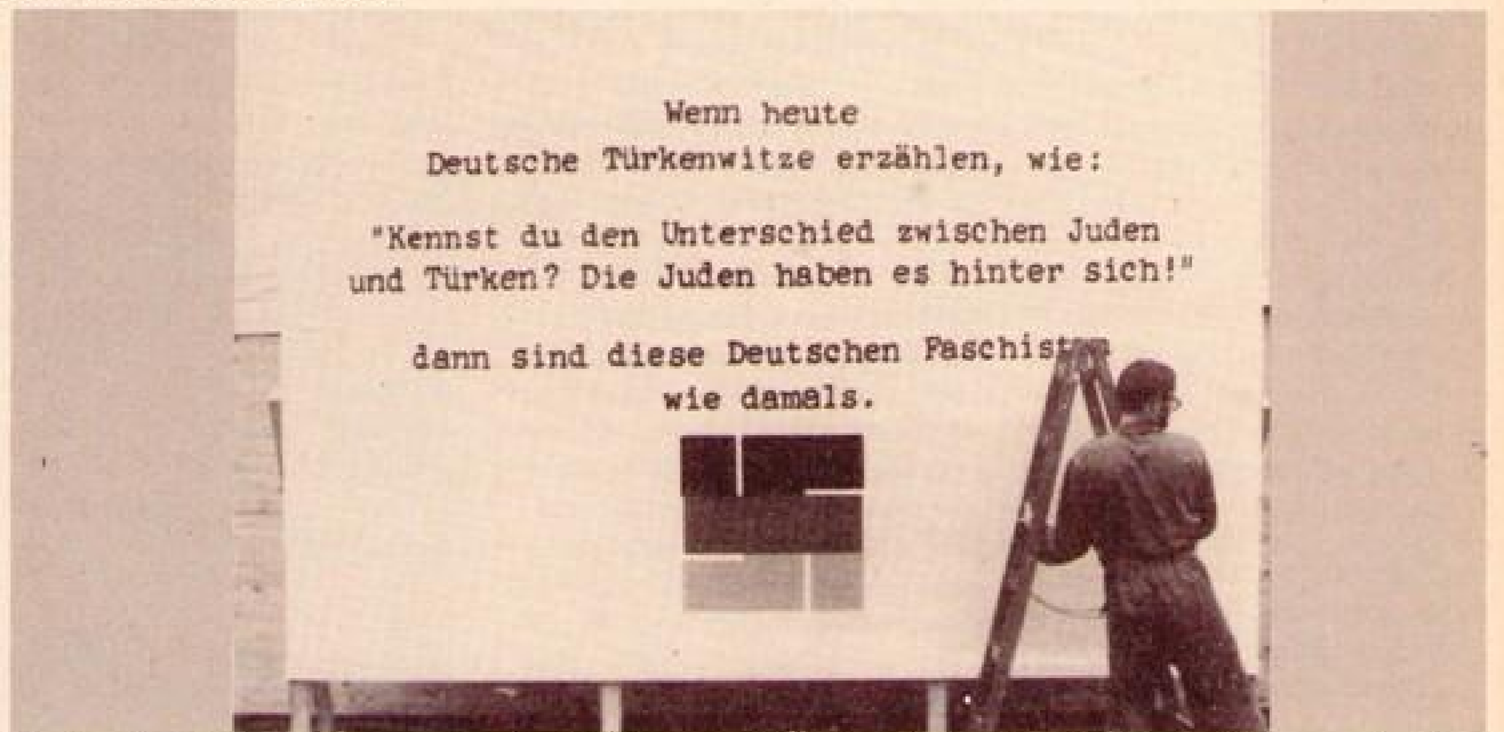
Auch wenn der „Rote Morgen" andere konkrete Aufgaben hat, so wünschen wir, daß der „Rote Morgen", mit dem wir auf der Basis gemeinsamer Endziele und der marxistisch-leninistischen Prinzipien verbunden sind, auch in Zukunft und auf der Basis der gewonnenen Erfahrungen, getreu des bisher geführten Kampfes auf dem gleichen roten Weg entschlossen weiterschreitet. Wir wünschen dem „Roten Morgen" in seinem Kampf gegen die deutsche Monopolbourgeoisie, gegen Reaktion und gegen den deutschen Faschismus, den man gerne wiederbeleben möchte, gegen Rassismus, Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit Erfolg.

Mögen die Tage vor uns für den „Roten Morgen" Tage sein, in denen der ideologische Kampf gegen den Imperialismus, Kapitalismus, Faschismus und die Reaktion verschärft wird, mögen es Tage des Kampfes sein, eine Zeit des Sieges.

Am 15. Jahrestag des „Roten Morgen" — Ehre dem „Roten Morgen"!

KAWA





Diese beiden Ausstellungstafeln gestaltete der Düsseldorfer Grafiker Manfred Spies auf dem „Roter-Morgen"-Pressefest. Diese Aktion erregte einiges Aufsehen, eine ganze Reihe von Besuchern des Festplatzes sammelte sich hier und sah der Gestaltung zu. Dabei kam es, besonders nach Fertigstellung der ersten Tafel, zu lebhaften Diskussionen — was ja auch beabsichtigt war.

Nur die wenigsten Besucher des Festes konnten dabeisein. Deshalb möchten wir allen Lesern die Möglichkeit geben, sich ihrerseits dazu zu äußern. Wir hoffen auf viele Leserbriefe!

Manfred Spies' Engagement gegen Ausländerfeindlichkeit erschöpft sich natürlich nicht in einer Aktion. Vor einigen Tagen erreichte uns ein Schreiben mit der Bitte um Unterstützung, daß wir hier auch an unsere Leser weitergeben:

„Liebe Freunde,

ich wäre Euch sehr dankbar, wenn Ihr mir bei der Suche nach Material für eine Dokumentation und Diskussion behilflich sein könntet. Thema ist die Ausländerfeindlichkeit, von offizieller Seite heruntergespielt, öffentlich aber deutlich spürbar.

Um zu dokumentieren und damit zu warnen, brauche ich Fotos von entsprechenden Wandsprays und Kritzeleien in Verkehrsmitteln, Beispiele — auch Fotokopien — von Flugblättern, Zeitungsausschnitten und anderen Veröffentlichungen zu diesem Thema. Wenn jemand ein beispielhaftes persönliches Erlebnis hat, bin ich auch für eine Mitteilung sehr dankbar.

Sicher wären auch Hinweise auf schon erschienene Dokumentationen, die ich ja nicht alle kennen kann, ganz nützlich. (...)

Nennt mir Eure Kosten und schickt das Material an Manfred Spies, Augustastraße 29, 4000 Düsseldorf 30. (...)

P.S.: Wenn die Dokumenten-Ausstellung und die beabsichtigte Dia-Schau entsprechend gut werden, kann selbstverständlich beides auch ausgeliehen werden."



Denkanstöße

Sicher interessieren sich manche „Roter-Morgen"-Leser nun dafür, was Manfred Spies sonst noch so alles macht und gemacht hat, und manchen wohl auch, *wie* etwas Derartiges zu machen ist. Antworten auf beide Fragen findet man in dem Buch „Denkanschläge", das beim Verlag Roter Morgen bestellt werden kann. Für 29,80 DM zuzüglich Versandkosten. (Nicht billig — lohnt sich aber!)

Koordinationskomitee der „Stimme des Studenten" (Auslandsabteilung)

Liebe Genossen und Freunde,

im Namen des Koordinationskomitees in der BRD „Stimme der Studenten" überbringe ich zum 15. Jahrestag des „Roten Morgen" unsere herzlichsten revolutionärsten Kampfesgrüße. Die revolutionären Genossen der „Stimme der Studenten" im Iran wie im Ausland nehmen herzlichen Anteil an eurem Fest.

Liebe Genossen und Freunde,

der heutige Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, der Kampf gegen alle revisionistischen und reformistischen Strömungen erfordert es, daß unsere Organisationen in diesem gemeinsamen Kampf wachsen und erstarken.

Wir dürfen euch heute die Grüße der Jugendlichen überbringen, die an der Februar-Revolution 1979 aktiv teilgenommen haben. Sie haben gewaltsam das faschistische Schah-Regime gestürzt und somit auch die politische, ökonomische und militärische Herrschaft des USA-Imperialismus im Iran beendet.

Nach dem Sieg der glanzvollen iranischen Revolution haben die Imperialisten ihre Verschwörung gegen das iranische Volk und seine Revolution fortgesetzt.

Hier sind zu nennen:

- Wirtschaftssanktionen,
- die direkte militärische Einmischung der USA in Tabass,
- die verschiedensten Putschversuche,
- der Überfall durch die Armee des Irak,
- das Eindringen verschiedener Gruppen in den Staatsapparat wie z.B. die revisionistische Tudeh-Partei und ihre Tätigkeit dort.

Nach drei Jahren der bürgerlichen Herrschaft wurde die Revolution verraten. Heute ist das iranische Regime eines der reaktionärsten Regime der Welt.

Das Regime vertritt die Interessen der großen Handelskapitalisten und die feudalen Großgrundbesitzer, die miteinander verwachsen. Diese Klasse hat alle ihre Rivalen von der politischen Macht ausgeschaltet und versucht die demokratische und antiimperialistische Bewegung im Blut zu ersticken.

Diese reaktionäre bürgerliche Klasse tritt die demokratischen Errungenschaften der iranischen Revolution mit Füßen. Alle gesellschaftlichen Reformen, die 1979 begonnen haben, wurden rückgängig gemacht. Das Regime vernichtet schrittweise die Unabhängigkeit des Landes und liefert so das Land mit verschiedensten Verträgen der Ausplünderung durch die Imperialisten und Sozialimperialisten aus.

Die Regierung des Iran herrscht heute mit Folter, Kerker und Erschießung. 20000 der besten Söhne des iranischen Volkes wurden hingerichtet. Mehr als 50000 politische Gefangene gibt es heute.

Was ist der Ausweg aus dieser Lage?

Alle demokratischen und antiimperialistischen Kräfte im Iran sammeln sich um das Programm des nationalen Widerstandsrates für einen unabhängigen, demokratischen und fortschrittlichen Iran.

Deswegen bitten wir Euch, daß Ihr diesen Rat, der die einzige Alternative des iranischen Volkes ist, unterstützt.

Es lebe die internationale Solidarität!

Es lebe die KPD und ihr Zentralorgan „Roter Morgen"!

Rot Front!

Roter-Morgen-Interview mit dem Chefredakteur von Zëri i popullit (II)

Das Zentralorgan der Partei im Sozialismus

Am 17. August dieses Jahres hatte unser Mitarbeiter in Tirana die Gelegenheit, mit Genossen Mehmet Elezi, Chefredakteur von „Zëri i popullit", ein ausführliches Gespräch zu führen. Den ersten Teil haben wir in unserer letzten Nummer veröffentlicht. Im zweiten und letzten Teil geht es um Fragen der Qualifikation der Journalisten, um die führende Rolle der Partei, um die Struktur der Redaktion usw.

RM: Es ging bei den freiwilligen Korrespondenten schon um Fragen der Qualifikation und eben war die Rede davon, welchen Stil „Zëri i popullit" nicht gebrauchen kann. Welche Aufgaben stellen sich heute den Journalisten in Sachen Qualifikation?

Mehmet Elezi: Der 8. Parteitag hat für das ganze Leben unseres Landes die Aufgabe gestellt, die Arbeit auf ein wissenschaftliches Niveau zu heben, die Frage der Qualität in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen. Das gilt auch für uns Journalisten, und zwar was den Inhalt als auch was die Form betrifft. Daraus ergeben sich für uns drei Hauptrichtungen:

• Erstens: ständiges Studium, neben der täglichen Arbeit natürlich, der Materialien der Partei, der Parteitagsdirektiven usw.

• Zweitens: stärkere Verbindung mit dem Leben; häufiger den Schreibtisch verlassen und an die Basis gehen, um den „Lebenssaft" aufzunehmen; jeder Redakteur, der in dieser Hinsicht träge ist, wird kritisiert.

• Drittens: das allgemeine kulturelle Niveau heben. Der Journalist darf nicht einfach registrieren, er muß über allseitige Kenntnisse verfügen, muß es verstehen, die Menschen zu begreifen, die Keime des Neuen, das noch kaum zu sehen ist, dem aber die Zukunft gehört, zu erkennen und durch seine Arbeit zu stärken; die Mängel und Schwächen rechtzeitig erkennen und sie schon im Keim ersticken; fachlich muß er sich allseitig bilden; zum Beispiel muß ein auf die Landwirtschaft spezialisierter Journalist auch zu allgemeinen Kulturfragen Stellung nehmen können; er muß die Hauptartikel unserer Presse lesen und studieren.

Ich komme nun zu den Fragen der Form. Zunächst sei bemerkt, daß man im philosophischen Sinne Form und Inhalt gar nicht trennen kann; trotzdem führe ich jetzt eine künstliche Trennung herbei, als Methode, um besser bestimmte Probleme erläutern zu können.

Wir haben es hier mit im wesentlichen zwei Mängeln zu tun, gegen die wir seit langem kämpfen, wobei wir in diesem Kampf, so glaube ich, auch schon gute Ergebnisse erzielt haben, nichtsdestoweniger muß der Kampf weitergehen.

Das ist einmal die Phraseologie, die Phrasendrescherei, das Klopfen allgemeiner Sprüche, das ist zum anderen das Literatentum. Was ist Literatentum? Der Begriff ist nicht zu verwechseln mit Literatur. Es kommt aber vor, daß Genossen Journalismus und Schriftstellerei durcheinanderbringen und statt einer wirklich realistischen Reportage, die den Verlauf, sagen wir, eines Festtages in Shkodra realistisch wiedergibt und auch die Emotionen schildert, wie sie waren, eine verunglückte Erzählung bringt, die einmal stark vom tatsächlichen Geschehen abweicht, als Erzählung aber auch nichts taugt, weil ein guter Journalist eben nicht automatisch auch ein guter Schriftsteller sein muß. Das nennen wir also Literatentum.

Woher kommen diese beiden Schwächen, Phraseologie und Literatentum?

In solchen Fällen sind dem Journalisten die Parteidirektiven nicht bekannt. Hinter Phrasendreschen verbirgt sich meist die Tatsache, daß der betreffende Journalist von dem Thema, über das er schreibt, keine Ahnung hat. Es kann auch an mangelhaften fachlichen Fähigkeiten liegen.

RM: Ohne daß ich konkret die Frage hätte zu stellen brauchen, konnte man bereits aus den bisherigen Ausführungen, insbesondere bezüglich der Leitartikel, etwas darüber erfahren, wie „Zeri i popullit" bzw. wie sich in „Zeri i popullit" die führende Rolle der Partei im ganzen Leben des Landes konkret realisiert. Trotzdem möchte ich einiges mehr darüber wissen!

Mehmet Elezi: Die Frage der führenden Rolle der Partei umfaßt zwei Aspekte. Erstens: Wie gewährleistet „Zeri i popullit" die führende Rolle der Partei; zweitens: Wie spiegelt sich die führende Rolle der Partei im ganzen Leben des Landes in der Zeitung wider.

Punkt eins kann in dreierlei Hinsicht beantwortet werden:

a) Alles, was wir drucken, ist von der marxistisch-leninistischen Generallinie der PAA, von den marxistisch-leninistischen Prinzipien durchdrungen, und zwar nicht nur die Leitartikel und die anderen größeren und mittleren Artikel, sondern auch die kleinste Meldung, denn jede noch so kleine Nachricht hat eine Tendenz. Melden wir zum Beispiel in wenigen Zeilen, daß irgendein einfacher Arbeiter eine Neuerung durchgeführt hat, so ist das konkretes Anschauungsmaterial über die Parteidirektive von der wissenschaftlich-technischen Revolution; melden wir, daß Arbeiter die Hochschule ohne Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit besuchen, so ist das konkretes Anschauungsmaterial über die Parteidirektive über die Hebung des fachlich-bildungsmäßigen Niveaus der Arbeiterklasse usw. Mit einem Wort, das sind Beispiele, wie die Linie der Partei verwirklicht wird.

b) „Zeri i popullit" ist bekanntlich das Organ des Zentralkomitees und gibt als solches ständig konkrete Ausrichtungen über die Behandlung der verschiedenen Probleme.

c) Wie in jeder anderen Institution oder Produktionsstätte gibt es auch bei uns eine Grundorganisation der Partei, die hin und wieder die wichtigsten Probleme erörtert, mit denen sich die Zeitung beschäftigen muß. Die Grundorganisation hat beispielsweise nach dem 8. Parteitag verschiedene Analysen durchgeführt, über das qualitative Niveau der Artikel, über die Kultur des Schreibens, über das Verantwortungsgefühl jedes einzelnen, über die Mängel der Arbeit; sie hatte diesbezüglich Aufgaben gestellt und Beschlüsse gefaßt. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es in der Grundorganisation der Partei keine Vorgesetzten und Untergebenen gibt; in der Grundorganisation gibt es nur Parteimitglieder, unabhängig davon, mit welchem Amt der eine oder andere betraut ist, ob er nun Chefredakteur ist oder Putzfrau.

Bei diesem Punkt ist auch das persönliche Vorbild der Kommunisten bei der Realisierung der führenden Rolle der Partei ein wichtiger Aspekt.

Kommen wir zum zweiten Punkt: Wie spiegelt sich die führende Rolle der Partei im ganzen Leben des Landes in der Zeitung wider?

Wir haben eine besondere Rubrik über die Vorhutrolle der Partei, sie wird behandelt, wo es im allgemeinen um Fragen des Parteilebens geht, sie kommt in den Leitartikeln, über die ich schon gesprochen habe, zum Ausdruck.

In diesem Zusammenhang muß ich unbedingt noch über die Rolle sprechen, die Genosse Enver Hoxha bei „Zëri i popullit" gespielt hat und noch spielt.

Genosse Enver Hoxha ist bekanntlich der Begründer unserer Zeitung, er hat den Leitartikel der ersten Ausgabe vom 25. August 1942 geschrieben und war der erste Chefredakteur. Auch heute noch stammen verschiedene Artikel aus seiner Feder, die wir dann redaktionell veröffentlichen, und mit Sicherheit ist er auch einer unserer regelmäßigsten Leser. Er wendet sich des öfteren an uns, entweder über Genossen des ZK bzw. des ZK-Apparats, aber auch direkt, neben seiner anderen umfangreichen Arbeit. Wie ich gehört habe, beginnt Genosse Enver seinen Arbeitstag mit zwei Dingen. Erstens, Lesen der Briefe aus dem Volk; zweitens, Lesen der Presse.

RM: Die Auflage einer kommunistischen Zeitung ist einer der wichtigen Kennziffern für die Verankerung der Kommunistischen Partei in den Massen. Wie hoch ist die Auflage des Organs des ZK der PAA?

Mehmet Elezi: Die Auflage beträgt rund 120000 bei etwa 2,8 Millionen Einwohnern. Bei besonderen Anlässen, etwa zur Zeit eines Parteitags oder bei besonders wichtigen Leitartikeln, ist die Auflage entsprechend höher. Im Krieg war die Auflage natürlich kleiner. Da stand über der Zeitung das Motto: „Lesen und weitergeben, nicht dem Feind aushändigen". Das ist heute natürlich nicht mehr nötig.

RM: Ein ähnliches Motto steht auch über dem „Roten Morgen" der KPD Sektion DDR.

Jetzt interessiert mich, wie die Reaktion aufgebaut ist.

Mehmet Elezi: Wir unterscheiden zwei Typen von Redaktionsangestellten, Redakteure und Korrespondenten. Inhaltlich besteht kein Unterschied, der einzige Unterschied ist, daß der Redakteur seinen Schreibtisch hier in Tirana, in der Redaktion hat und die Korrespondenten sich in den Bezirken befinden.

Die Redaktion ist in vier Sektionen unterteilt: Ideologie, Wirtschaft, Außenpolitik, Information und Briefe. Jede Sektion hat ihren Verantwortlichen, der auch gleichzeitig Mitglied des Redaktionskollegiums, des höchsten Organs der Redaktion, ist. Innerhalb der Sektionen gibt es eine weitere Unterteilung nach Rubriken. In der Sektion Ideologie wären das zum Beispiel: Parteileben, eigentliche ideologische Fragen (Klassiker des Marxismus-Leninismus, Werke des Genossen Enver und anderer Parteiführer usw.), System der Diktatur des Proletariats (Massenorganisationen, Machtorgane), gesellschaftliche Probleme, Wissenschaft, Bildung, Kultur usw. Die jeweiligen Rubriken werden von Redakteuren betreut.

Insgesamt arbeiten in allen Sektoren 23 Redakteure. Das Kollegium besteht aus sieben Personen (Chefredakteur, sein Stellvertreter, Sekretär, vier Sektionsverantwortliche); in den Bezirken haben wir zehn hauptberufliche Korrespondenten. Da wir in Albanien 26 Bezirke haben, ist ein Korrespondent für zwei bis drei Bezirke verantwortlich.

RM: Wie sieht es mit den Lohnverhältnissen in der Redaktion aus?

Mehmet Elezi: Das Gehalt des Chefredakteurs verhält sich zum Gehalt eines einfachen Korrespondenten wie 3:2. In den Sektionen kommt es vor, daß ein langjähriger Mitarbeiter mehr Geld nach Hause trägt als sein Sektionsverantwortlicher. Das Gehalt des Chefredakteurs verhält sich zum Journalistenspitzenlohn wie 6:5.

RM: Was bekommen die freiwilligen Korrespondenten?

Mehmet Elezi: Nichts, das heißt, unseren Gesetzen zufolge hat jeder Werktätige, der außerhalb seiner normalen Arbeitszeit noch andere Aufträge erledigt, das Recht, dafür ein Honorar zu beziehen. Die überwältigende Mehrheit unserer freiwilligen Korrespondenten aber macht keinen Gebrauch davon.

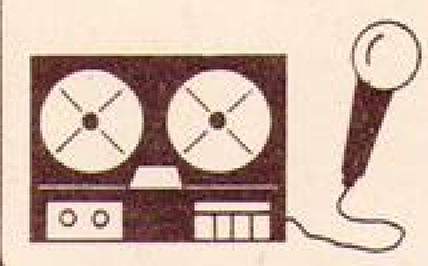
RM: Nun noch eine letzte Frage. Der Kenner des sozialistischen Albanien weiß, daß dort viele verantwortliche Posten mit sehr jungen Menschen besetzt sind. Diese Tendenz setzt sich bis ins Politbüro fort, in das auf dem 8. Parteitag relativ sehr junge Kommunisten gewählt worden sind. Auch Ihnen sieht man an, daß Sie noch nicht allzu viele Jahre und Dienstjahre auf dem Buckel haben. Es ist also nicht nur pure Neugier, wenn ich mich abschließend nach Ihrem Lebenslauf erkundige.

Mehmet Elezi: Wenn's denn sein muß. Also, ich stamme aus dem nördlichsten Bezirk unserer Republik, aus Tropoja, das historisch und landschaftlich gesehen zu Kosova gehört, das aber bekanntlich durch eine willkürliche Grenzziehung seitens der imperialistischen Großmächte 1913 von Kosova abgetrennt worden ist. 1967 habe ich das Gymnasium in Tropoja beendet. Bis 1971 habe ich dann Philologie und albanische Sprache in Tirana studiert und währenddessen bei der Zeitung „Studenti" mitgearbeitet. Nach dem Examen bin ich sofort zu „Zëri i popullit" gekommen, als Korrespondent für Tropoja und Kukës. In dieser Zeit habe ich auch meine Kandidatenzeit bei der Partei gemacht, davon sechs Monate als Holzfäller gearbeitet. 1975 dann hat man mich nach Tirana geholt, wo ich bis 1979 in der Sektion Ideologie Redakteur für Parteileben war. 1979 bin ich dann für ein Jahr auf die Parteischule „Lenin" geschickt worden; dann, 1980 war ich Verantwortlicher der Sektion Ideologie. Am 22. April 1982 bin ich dann zum Chefredakteur ernannt worden. Und bevor Sie mich fragen, wie alt ich bin, ich bin 33, verheiratet und habe eine Tochter.

RM: Ergänzen sollte man noch, daß die Delegierten Sie auf dem 8. Parteitag zum Kandidaten des Zentralkomitees gewählt haben.

Ich bedanke mich ganz herzlich für das ausführliche und recht konkrete Interview und wünsche Ihnen und durch Sie der gesamten Redaktion aus Anlaß des 40. Jahrestages von „Zëri i popullit" auch im Namen der Redaktion des „Roten Morgen" und unserer Leser alles Gute für die Zukunft. Möge das Organ des ZK der PAA auf seinem Weg noch größere Siege erringen!

Interview





„Kinder des Bodens" (Gemälde von Dhimitraq Trebicka).

40 Jahre „Zeri i Popullit"

PROLETARE TE TE GJITHA VENDEVE, BASHKOHUNI!

ZERI i POPULLIT

ORGAN I KOMITETIT QENDROR TE PPSH

Viti i 40-të i botimit Nr. 138 (10.565) | E enjte 10 qershor 1982 | Çmimi 20 qindarka

„Zeri i Popullit" (Stimme des Volkes), das Zentralorgan des ZK der PAA, feiert in diesen Tagen sein 40jähriges Bestehen — die erste Ausgabe der Zeitung erschien am 25. August 1942, während des Befreiungskrieges.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Sozialer Kahlschlag auch in Frankreich

Mitterand erfüllt alte Unternehmerforderungen

Die Popularität der Koalitionsregierung von Sozialistischer Partei und Kommunistischer Partei in Frankreich sei drastisch gesunken, seit ihrem Antritt vor anderthalb Jahren. Sagen die Meinungsbefrager und fragen sich warum. Einer der entscheidenden Gründe dürfte mit Sicherheit in dem krassen Unterschied zwischen Versprechungen und Erwartungen auf der einen Seite und der verwirklichten Politik auf der anderen Seite liegen.

Dies haben die jüngsten Regierungsbeschlüsse zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage noch einmal äußerst drastisch unterstrichen. Die neuen Beschlüsse und Gesetze sind für die französischen Werktätigen wahrhaftig ein „Katalog der Grausamkeit", wie wir dies auch aus bundesdeutscher Politik der letzten Zeit kennen. Die Maßnahmen der sogenannten Sozialisten und der angeblichen Kommunisten in dieser französischen Regierung reichen allerdings weit über das hinaus, was die SPD/FDP-Regierung in der Bundesrepublik durchführte und ähnelt manches Mal schon mehr den Plänen des bundesdeutschen Wirtschaftsgrafen.

Die Zusatzsteuer auf Tabak und Alkohol, die natürlich gerade die Masse der Bevölkerung trifft, weil sie die meisten Verbraucher stellt und in der Regel keine besonders günstigen Bezugsbedingungen eingeräumt bekommen und auch nicht über eigene Firmen einkaufen kann, ist da noch das geringste, obwohl hier sieben Milliarden Franc, also knapp drei Milliarden Mark herausgepresst werden sollen. Das interessanteste ist, daß es sich bei dieser Zusatzsteuer um ein altes Projekt der vorherigen Regierung Giscard/Barre gehandelt hatte, das einst heftig von der damaligen Opposition bekämpft wurde...

Auch der Krankenhausbeitrag war eine alte Unternehmerforderung: Etwa sieben Mark täglich müssen sozialversicherte Patienten selbst bezahlen. Die halbe Million Menschen, die in Frankreich Frührentner sind, müssen nun — teilweise — bis zu 10 Prozent ihrer Rente als Beitrag für die Sozialversicherung aufbringen. Rentenklau heißt das bei uns.

Und schließlich soll die Erstattung für Medikamente bei einigen Präparaten bis auf 40 Prozent herabgesetzt werden. Zwar sind Arzneien in Frankreich nicht ganz so übersteuert wie in der Bundesrepublik, aber dies stellt trotzdem eine wesentliche Teuerung dar.

So läßt sich dieses erste Maßnahmenpaket zur Bewältigung der Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit der Bemerkung zusammenfassen: Krankwerden wird Luxus.

Noch vor einem Jahr wurden in der revisionistischen und reformistischen Propaganda die „französischen Alternativmodelle" diskutiert, die angeblich ein völlig anderes Herangehen an die Lösung der Probleme der Wirtschaftskrise zeigen würden, als dies bei uns der Fall sei.

Und tatsächlich: Als Hunderttausende in Paris und ganz Frankreich den Wahlsieg der Linksparteien mit roten Fahnen feierten, versprachen sie sich einen großen Umbruch. Da war von Sondersteuern für die Reichen die Rede, von Enteignungen und anderen Maßnahmen, die bei Arbeitern und Werktätigen die Hoffnung auf eine grundsätzliche Wende weckten. Eben diese „Alternativen", diese reformistischen Maßnahmen — sie werden heute verschoben, verworfen oder ausgehöhlt. Dafür wird das typische kapitalistische Krisenmanagement immer offener verfolgt.

Gab es vor anderthalb Jahren noch im europäischen Maßstab des öfteren einen „Vergleich der Extreme", womit auf der einen Seite Mitterand und Marchais in Frankreich gemeint waren, und auf der anderen Seite Thatcher in Großbritannien, so wird heute immer mehr deutlich, daß diese Extreme sich so sehr gar nicht unterscheiden.

Auch in einem weiteren Bereich zeigt sich dies in der letzten Zeit. Bei den anwachsenden Auseinandersetzungen in der Automobilindustrie, in den verstaatlichten wie in den privaten Werken, bezieht die sich selbst so nennende Linksregierung immer offener den Standpunkt, die Arbeiter mit „überzogenen Lohnforderungen" seien schuld an der sich ausbreitenden wirtschaftlichen Misere in dieser auch in Frankreich überdurchschnittlich wichtigen Branche.



Massendemonstration gegen die türkische Militärjunta.

Vor der „Abstimmung" über die Militärverfassung

Neue Proteste gegen die türkische Junta

EG wiederholt geheuchelte „Demokratisierungs"-Forderung

ANKARA/BRD. — Die von den türkischen Generalen eingesetzte Beratende Versammlung hat, wie allgemein erwartet wurde, den von ihren Auftraggebern selbst ausgearbeiteten Entwurf für eine neue Verfassung angenommen. Am 7. November soll nach Juntachef Kenan Evrens Plan eine sogenannte Volksabstimmung über diese neue Verfassung die Herrschaft der faschistischen Militärs bestätigen. Neue Protestaktionen der letzten Tage in der Bundesrepublik machen aber auch deutlich, daß der Widerstand ungebrochen ist.

Anlaß der erneuten Proteste war der Tod von 5 der 40 politischen Gefangenen, die seit langen Wochen im Gefängnis von Diyarbakir einen Hungerstreik durchführen. Im Zusammenhang mit diesem Hungerstreik war auch der Arzt Tanriverdi, der Gefolterten Atteste ausgestellt hatte, vom türkischen MIT-Geheimdienst ermordet worden.

Die Proteste in den Militärgefängnissen, die sich vor allem gegen die Folter und die insgesamt unmenschliche Behandlung richten, sind seit der Machtübernahme der Militärjunta nahezu an der Tagesordnung.

Vor allem in den Gefängnissen von Mamak und Diyarbakir hatte es immer wieder solche Aktionen gegeben, denen die Generale auch schon mal mit massenhafter Ermordung gegenübertraten, wie am 21. März dieses Jahres.

Diese Aktionen wurden auch dieses Mal von Solidaritätsaktionen in der Bundesrepublik unterstützt. Vor allem in Hamburg, Hannover und Frankfurt kam es dabei zu Besetzungen von Kirchen und Aktionen vor staatlichen türkischen Einrichtungen.

Dieser bleibende internationale Druck ist es auch, der die Finanziers der türkischen Junta zu allen möglichen Ausflüchten Zuflucht nehmen läßt. So haben jetzt erneut die EG-Kommissare Haferkamp und der — auch deutschen Stahlarbeitern gut bekannte — Davignon, die weitere Finanzhilfe vom Fortgang einer sogenannten Demokratisierung abhängig gemacht.

1,4 Milliarden Mark, vor allem aus Bonner Kassen, warten auf die türkischen Faschisten, wenn sie es verstehen, den Mantel einer angeblichen Demokratisierung um die wirklichen Zustände in der Türkei zu legen. Deswegen auch das große Tamtam in der juntatreuen Presse der Türkei, daß die Abstimmung über Evrens Verfassungsentwurf eben dieser entscheidende Schritt zur Rückkehr zur Demokratie sei, der allüberall gefordert werde.

In dieses Bild passen natürlich neue Proteste in Evrens Folterkammern und auch in Westeuropa nicht hinein, deswegen versucht man sie entweder zu verschweigen oder in die Nähe terroristischer Akte zu stellen.

Wer aber den Inhalt der „neuen" Verfassung betrachtet, wird schnell erkennen können, daß damit in Wahrheit die Absicht verfolgt wird, die jetzigen Zustände, das gesamte Vorgehen der Junta im Nachhinein zu legalisieren, zu bestätigen und festzuschreiben.

Nicht nur daß Evrens Rolle als künftiger Staatschef für sieben Jahre ihm erlaubt, alle anderen politischen Instanzen, die geschaffen werden sollen, welchen Wert sie auch immer haben mögen, nach eigenem Ermessen abzuschaffen oder aufzulösen. Es bleibt auch bei der Herrschaft der jetzigen Junta, die sich dann in einen verfassungsmäßigen Nationalen Sicherheitsrat verwandeln wird, dem die Entscheidung in den zentralen Fragen der türkischen Politik vorbehalten bleibt. Wobei diesem Rat auch vorbehalten bleibt, welche Fragen er als die zentralen der türkischen Politik betrachtet.

MHP-Führern als Plattform für ihre politische Propaganda zu dienen, hat bisher nur Freisprüche ergeben.

Dabei war dieser Prozeß einmal begonnen worden mit dem Anspruch, an ihm solle man sehen, daß die Junta sich gleichermaßen gegen „rechte und linke Terroristen" wende. In Wahrheit werden heute Linke und Gewerkschafter als Terroristen gefoltert, während die MHP-Leute ihre Propaganda und Aktivitäten ungehemmt fortführen, auch wenn sie es als Militärs tun.

Die Forderungen der EG-Kommissare erweisen sich also als pure Heuchelei. Denn es ist zu erkennen, daß es hier keinen Weg zur Demokratisierung gibt, die da angeblich „fortgesetzt" werden soll. Man will damit die Kritik an der Unterstützung für die faschistische Junta, bei der sich vor allem die seitherige Bundesregierung hervorgetan hatte, umgehen.

Umso mehr sind gerade jetzt, vor der sogenannten Abstimmung über diese Verfassung der Militärdiktatur, Aktionen zu begrüßen, die die wirklichen Zustände in der Türkei aufzeigen und Solidarität mit jeglichem demokratischem Widerstand bekunden.

Denn es steht auch zu erwarten, daß die neue Bundesregierung die Mätzchen der SPD-Führung nicht ohne weiteres fortsetzen wird, sondern, getreu den NATO-Abmachungen, die Hilfe für die Türkei (die in den USA von Reagan und seinen Leuten ja heute schon als demokratisch bezeichnet wird) verstärken wird.



Folteropfer in der Türkei.

Auch die anderen Maßnahmen, wie schärfste Zensur und Beschneidung der Arbeit politischer Parteien, bleiben bestehen. Gewerkschaften sollen ebenfalls nicht erlaubt werden. Bestenfalls sich so nennende Organisationen, die aber nur Bruchstücke ihrer eigentlichen Aufgaben wahrnehmen dürfen. Auch der brutale Rassismus gegen die Kurden bleibt Verfassungsnorm.

Auch in anderen Bereichen zeigt sich mit aller Deutlichkeit, daß hier keinesfalls der Weg hin zu mehr Demokratie oder auch nur einigen Rechten für die arbeitende Bevölkerung und fortschrittliche Organisationen eingeschlagen wird. Der Prozeß gegen die Türkes-Banden, der bisher nur dazu da war, den

Abstimmungserfolge für den Parteivorsitzenden

Unterschiedliche Beschlüsse des Labour-Parteitags

Aber: Einseitige Abrüstung gefordert!

Der Parteitag der britischen Labour-Partei in der letzten Woche faßte eine ganze Reihe von Beschlüssen, die teilweise sehr widersprüchlich sein mögen, die aber allesamt eines bedeuten: den Erfolg für den Parteivorsitzenden Michael Foot.

Zwei Dinge zu verhindern, war er auf diesem Parteitag vor allem angetreten. Den Einfluß verschiedener linker Strömungen innerhalb der Partei wollte er an weiterer Ausdehnung hindern. Das ist ihm gelungen. Sozusagen exemplarisch für andere linke Gruppierungen innerhalb der Partei (von denen es zahlreiche und auch sehr unterschiedliche gibt) wurde die trotzkistisch orientierte „militant tendency" vom Ausschluß bedroht. Mit den Stimmen anderer Linker übrigens, beispielsweise der von Tony Benn, allgemein als Sprecher der Parteilinken angesehen. Und einen Parteibeschluß über den NATO-Austritt wollte er verhindern. Das gelang ihm auf Kosten von zahlreichen Zugeständnissen bezüglich der atomaren Aufrüstung.

Der mit Zwei-Drittel-Mehrheit gefaßte Beschluß über die einseitige atomare Abrüstung Großbritanniens im Falle des Zustandekommens einer Labour-Regierung und der Schließung US-amerikanischer Atomstützpunkte stellte denn auch in der Tat den am meisten gewürdigten Beschluß dieses Parteitags dar. Er bringt die Labour-Partei in Gegensatz zu allen staatstragenden Parteien Westeuropas, von der britischen Konservativen Partei bis hin zur revisionistischen KP Frankreichs.

Wie auch die Bedingungen des Zustandekommens dieses Beschlusses sein mögen und wieviel Ernsthaftigkeit man dabei auch gerade von Foot erwarten darf (und seine Haltung zum Malvinen-Krieg nach seinen vorherigen Äußerungen zur Friedensbewegung zeigen, daß es nicht sehr ernst ist, was er fordert), stellt dieser Beschluß einer großen sozialdemokratischen Partei in einem großen NATO-Staat eben doch einen Einschnitt dar. Denn gerade die einseitige Abrüstung, die als einziger Weg der verlogenen gegenseitigen Aufrechnerei ausweicht und die betreffende Regierung fordert, ist ja allüberall auf schwerste Kritik bei verschiedenen Gruppierungen in der westeuropäischen Friedensbegung gestoßen.

Denn einseitige Abrüstung öffnet den Weg zu einem wirklichen Kampf um die Sicherung des Friedens, der sich nicht in allgemeinen Aufrufen oder gar in der Erhaltung des „Gleichgewichts des Schreckens" totläuft.

Nicht umsonst war kürzlich auch in der „UZ", der Zeitung der DKP, ein größerer Artikel erschienen, der begründen sollte, warum die DKP sich gegen die Forderung nach einseitiger Abrüstung wendet. Nicht zuletzt wohl deswegen, weil dies eine Forderung wäre, die auch die Bevölkerung der von der DKP als sozialistisch hingestellten Staaten an ihre jeweiligen Regierungen stellen könnte...

Nicht nur für die Friedensbewegung in Britannien selbst muß dieser Beschluß ein Anknüpfungspunkt werden, an dem die Labour-Bekundungen unterstützt und auf ihre Ernsthaftigkeit hin überprüft werden müssen, auch bei uns kann man dies dazu nutzen, zu zeigen, daß dieser Weg gangbar, zu erkämpfen ist.

Den nach wie vor fortgesetzten Kolonialkrieg Britanniens in Irland aber wollte auch die Labour-Partei, einmal mehr, nicht wirklich antasten. Zwar wurde gegen die sogenannten „menschlichen" Gummigeschosse protestiert, denen nun schon so viele irische Menschen zum Opfer fielen, aber über Anträge bestimmter Gruppierungen, den endgültigen Abzug aus Irland zu fordern, wurde nicht einmal ernsthaft gesprochen.

Die Beschlüsse des Labour-Parteitags bleiben, wie stets, halbherzig, geprägt vom Streit verschiedener sehr unterschiedlicher Fraktionen und von der Politik der Klassenzusammenarbeit der Parteiführung. Aber das kann nicht davon abhalten, jene Beschlüsse, die politisch einen Fortschritt ermöglichen, zu unterstützen bzw. auszunutzen.



Demonstration auf dem Dortmunder Theatervorplatz

Proteste gegen Abbau des Dortmunder Schauspielhauses

„Arbeit und Vergnügen — hier ist beides nicht zu kriegen"

Genau 40219 Unterschriften von Dortmunder Bürgern übergaben Vertreter des örtlichen Theaters dem Oberbürgermeister Samtlebe vor Beginn einer Ratssitzung am vergangenen Donnerstag. Die Unterschriften richteten sich gegen den geplanten Kahlschlag am Dortmunder Theater, der auf dieser Ratssitzung abgesegnet werden sollte.

Mitte September waren diese Pläne bekannt geworden. Hinter dem Rücken der Theaterleute, ohne sie auch nur ansatzweise zu informieren, hatte Oberstadtdirektor Heinze (SPD) ein fertiges Streichkonzept ausarbeiten lassen. Danach soll über das Auslaufen der künstlerischen Zeitverträge und durch Kündigungen im technischen Bereich das Schauspiel zum Ende der Spielzeit 1983/84 ganz geschlossen werden. In der laufenden Spielzeit sollen bereits „Ausdünnungen" bei reduziertem Programm vorgenommen werden.

Ebenfalls auf der Streichliste der Dortmunder Sparkommissare steht das Kinder- und Jugendtheater, das — vor 30 Jahren gegründet — die älteste Einrichtung dieser Art in der Bundesrepublik ist.

Oberbürgermeister Samtlebe (SPD) sieht in diesen Aktione eine „große Chance, mittelräumig das Problem des Sparens in der Kultur zu lösen." Angepackt hat er dieses „Problem" schon früher in anderen Bereichen des Kulturetats: So wurde etwa die Stadtbibliothek West ganz geschlossen; die Mittel für Weiterbildung sind um 20 Prozent gekürzt worden; bei der Volkshochschule wurden bis zu 35 Prozent der Mittel gestrichen usw. All das ging — parallel zu den drastischen Kürzungen im Sozialbereich — ohne größeren Widerstand über die Bühne.

Und solches „mittelräumiges" Sparen ist ja ebensowenig eine besondere Dortmunder Spezialität wie die andere Seite der Medaille: In der (Noch-) Stahlstadt wurde eigens ein Dezernat für „Wirtschaftsförderung" geschaffen. Und als dessen Leiter wurde nicht, wie sonst üblich, ein Beamter eingesetzt, sondern ein Manager aus der „freien Wirtschaft", der ja dann wohl am besten weiß, wie die von der Stadt eingenommenen Steuergelder per „Förderung" auf die in Dortmund ansässigen Unternehmern umzuverteilen sind.

Die geplante Schließung des Theaters aber löste massive Proteste aus. Und sie steht — bislang jedenfalls — in der Bundesrepublik einzig da. Noch Anfang September registrierte die Wochenzeitung „Zeit" zwar zum Teil rigorose Kürzungen bei fast allen Theatern, schrieb dann jedoch: „Es will nur keine Stadt den zweifelhaften Ruhm erringen, als erste ihr Theater zugemacht zu haben." Diesen „Ruhm" aber will nun Dortmund für sich reklamieren, die siebtgrößte Stadt der Bundesrepublik, die seit Jahrzehnten mit satten Mehrheiten der SPD regiert wird.

Gerade diese Partei aber, zu deren Reformversprechen einst auch „Kultur für alle" gehörte, nimmt gegenwärtig offenbar gerne eine Vorreiterrolle beim Kulturabbau ein. Es waren die SPD-regierten Länder Bremen und NRW, die schon 1981 die entsprechenden Ausgaben unter Vorjahresniveau drückten. (In Nordrhein-Westfalen, wo Ministerpräsident Rau ohne Koalitionspartner regieren kann, ist der diesjährige Kulturhaushalt um ein Drittel zusammengestrichen worden.) Und es war auch Bremen, wo zum ersten Mal die vollständige Schließung eines Theaters zur Debatte stand — was allerdings nicht zuletzt durch die Solidarität von Theaterleuten aus dem ganzen Bundesgebiet verhindert werden konnte.

Am Beispiel dieser Solidaritätsaktionen wollen nun die Dortmunder anknüpfen. Gerd Manfred Arndt, Dramaturg am Schauspielshaus, sagte ganz richtig über die Pläne der Stadtverwaltung: „So was steckt an. Stirbt das Dortmunder Schauspielhaus, werden andere Städte ihre Bühnen auch schließen." Tatsächlich könnten die Maßnahmen der Samtlebe und Co. eine Initialzündung sein und andere Stadtverwaltungen dazu ermutigen, ihrerseits gegen die Theater loszuschlagen. Und diese Gefahr hat man durchaus nicht nur in Dortmund begriffen.

Als die Dortmunder Theaterleute am 25. September zu einer Protestdemonstration aufriefen, kamen 3000 Menschen, darunter Delegationen von nahezu allen Bühnen der Bundesrepublik. In dem bunten Zug wurden Parolen mitgetragen wie „Erst die Arbeit, dann das Vergnügen — hier ist beides nicht zu kriegen" oder „1 Tornado oder 14 Jahre Schauspiel — was nützt Dortmund mehr?" Natürlich wurde gerade die letzte Losung von der bürgerlichen Presse angefeindet, die den Hinweis darauf, daß man mit dem Preis eines Kampfflugzeuges die Arbeit des Theaters 14 Jahre lang finanzieren könnte, zu „simpel" fand.

Tatsächlich aber ist es doch nicht von der Hand zu weisen, daß gerade die enormen Rüstungsausgaben des Bundes ein wesentlicher Grund dafür sind, daß Bonn die Zuweisungen an die Kommunen immer mehr kürzt, was dann in den Städten zu einer Verschärfung der Rotstiftpolitik — eben beispielsweise im Kulturbereich — führt.

Einer allerdings fehlte bei der Demonstration am 25. September, ausgerechnet Paul Hager, Generalintendant der Dortmunder Theater. Hager hatte sich von vornherein aus allen Protestaktionen herausgehalten und in einem Fernseh-Interview sogar Verständnis für die Pläne der Stadtverwaltung bekundet. Denn wenn gespart werden müsse, sagte er, dürfe angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen in Dortmund das Theater keine Sonderstellung beanspruchen.

Damit hatte er die hinterhältige Demagogie der bürgerlichen Politiker aufgenommen, die gerne die Sache so hinstellen, als würde durch Subventionen für das Theater den Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern die Butter vom Brot genommen. Aber das ist natürlich fauler Zauber. Denn zum einen ist — wie der Dramatiker Yakk Karsunke bei der erwähnten Demonstration sagte — „Kultur kein Luxus, sondern ein Grundnahrungsmittel", auf das die Werktätigen genausogut einen Anspruch haben wie auf soziale Leistungen. Zum anderen „muß" eben nur deshalb gespart werden, weil Jahr für Jahr Milliarden aus den staatlichen Kassen auf die Konten der Kapitalisten fließen oder in der Rüstung verpulvert werden.

Der von der Dortmunder Stadtverwaltung inszenierte Theatercoup ist auch noch von einem anderen Gesichtspunkt her aufschlußreich. Die Theater der Stadt werden jährlich mit 32 Millionen Mark bezuschußt; davon gehen acht Millionen an das Schauspiel (einschließlich Kinder- und Jugendtheater), zwei Millionen an das Orchester, aber 22 Millionen an die Oper. Gekürzt werden soll jedoch nicht dort, wo die dicksten Ausgabebrocken liegen, sondern beim Schauspiel.

Nun ist die Dortmunder Oper wahrhaftig kein Glanzstück — Intendant Hager persönlich inszeniert dort biederkonventionell immer wieder die gleichen Opern des 18. und 19. Jahrhunderts. Das Schauspiel dagegen hat eine ganze Reihe von interessanten Produktionen aufzuweisen, in der vergangenen Spielzeit beispielsweise eine hervorragende Inszenierung von Brechts „Arturo Ui"; in dieser Spielzeit steht wieder Brecht auf dem Plan („Schwejk im zweiten Weltkrieg"), daneben unter anderem die Uraufführung von Karsunkes Stück „Großer Bahnhof" oder Kipphardts Stück über den „Vater" der amerikanischen Atombombe „In Sachen J. Robert Oppenheimer". Das Kinder- und Jugendtheater hat mit sehr großem Erfolg „Deutschländer für Eingeborene" aufgeführt, einen gelungenen Beitrag gegen die Ausländerfeindlichkeit.

Ein solcher Vergleich macht deutlich, daß die Sparaktion am Dortmunder Theater auch mit politisch eindeutigen Zielsetzungen betrieben wird. Der Kölner Regisseur Jürgen Flimm hat solche Absichten treffend so formuliert: „Die wollen mit dem Rotstift nicht nur an den Etat, die wollen in die Köpfe hinein" — gleichzeitig also auch das Theater als Stätte politischer Bewußtseinsbildung liquidieren.

Die Protestaktionen in Dortmund haben bislang nur zu einem vorläufigen Erfolg geführt. Bei der im Vorspann erwähnten Ratssitzung wurde nicht — wie ursprünglich geplant — die endgültige Entscheidung über die Abschaffung des Schauspiels gefällt. Man hat sich vielmehr damit begnügt, eine Kommission einzusetzen, die alles noch einmal „prüfen" soll. Am 23. November aber steht der Kahlschlag am Dortmunder Theater erneut auf der Tagesordnung.

Zum ersten Mal verliehen:

Cornelius-Cardew-Gedächtnispreis für musikalische Komposition

Zum Gedächtnis an den britischen Komponisten Cornelius Cardew, ein Gründungsmitglied der KP Britanniens (ML), der am 13. Dezember letzten Jahres bei einem Autounfall tödlich verunglückte, wurde ein jährlich zu vergebender Preis gestiftet. Im folgenden drucken wir eine Presseerklärung der Kulturzeitschrift „linkskurve" zur ersten Verleihung dieses Preises ab.

Betrifft: „Cornelius Cardew Memorial Prize 1982"

Pressemitteilung

Sehr geehrte
Damen und Herren,

am Samstag, den 21. August 1982 fand im King's College, The Strand, in London der erste „Cornelius Cardew Memorial Prize for Musical Composition" mit einem öffentlichen Workshop seinen Abschluß, in dem acht der über 70 eingesandten Kompositionen diskutiert und zum Teil aufgeführt wurden. Dieser Preis, der künftig alljährlich stattfinden soll, wurde zum Gedächtnis an den im Dezember 1981 tödlich verunglückten englischen Komponisten Cardew gestiftet.


Cornelius Cardew

Zusammen mit dem türkischen Komponisten Nedim Hazar gewann unser Redakteur Gerhard Stäbler den ersten Preis im „Cardew Memorial Prize".

Zunächst möchten wir Ihnen einige Anmerkungen zum Komponisten Cardew geben, auf dessen Werk sich die Stiftung des Preises bezieht:

Cornelius Cardew ist einer der bedeutendsten englischen Komponisten der Gegenwart. Nach seinem Musikstudium in England kommt er Anfang der 60er Jahre zu Karlheinz Stockhausen und Michael König nach Deutschland. In England macht er als Pianist und Gründungsmitglied des Londoner Scrach Orchestra die damalige musikalische Avantgarde bekannt, insbesondere die Werke John Cages.

Seit 1972 beschäftigt sich Cardew zunehmend mit Musik, die sich Themen der gesellschaftlichen Realität öffnet. Das Komponieren wird Teil seines politischen Engagements für die unveräußerlichen Rechte der arbeitenden Bevölkerung, für eine neue, sozialistische Gesellschaft. In dieser Zeit schreibt Cardew unter anderem Lieder gegen Arbeitslosigkeit und Rassenhaß, den „Bethanien-Song" (während eines DAAD-Aufenthaltes in Berlin 1974 als Unterstützung der Kampagne gegen das Künstlerhaus Bethanien zugunsten einer Kinderklinik), die „Thälmann-Variationen" für Klavier oder „Boolavogue" für zwei Klaviere, ein Werk über ein irisches Freiheitslied, das die Cornelius Cardew Foundation aus Anlaß des Gedächtnispreises herausgegeben hat.

Der englische Komponist John Tilbury arbeitet federführend in der Cardew Foundation mit und verwaltet den musikalischen Nachlaß Cardews. Als Sprecher der Jury des „Cardew Memorial Prize" — der Jury gehörten außerdem die englischen Musiker und Komponisten Greg Rose, Jane Manning, Susan Bradshaw, Dave Smith, Hugh Shrapnel und Laurie Baker — führt er anläßlich der Bekanntgabe der Gewinner des „Gedächtnis-Preises" am 21. August im King's College unter anderem folgendes aus:

„Die Jury hielt keine Ausschau nach technischen Meisterwerken, sondern nach einer Musik, die zumindest versucht, eng mit dem Publikum zu kommunizieren, nach einer Musik mit humanistischem Inhalt, einer Musik, deren Inhalt gesellschaftliche Relevanz hat und zu der auch ungeübte Zuhörer eine emotionale und intellektuelle Beziehung finden können.

Auf der einen Seite — und das wurde während des Workshops auch erwähnt — sollte man Obskurantismus vermeiden, man sollte eine Musik vermeiden, die sich Angst, Hilflosigkeit und Pessimismus ausliefert. Auf der anderen Seite darf Musik keinem aufgesetzten Optimismus verfallen, keiner flachen Pseudo-Humanität, keiner unsinnig naiven Projektion in die Zukunft.

Hanns Eisler sagte einmal, unsere Musik müsse Kraft, Intelligenz, Vitalität und Eleganz haben. Viele Stücke, die in die Endauswahl genommen wurden, hatten mindestens eine dieser Qualitäten, einige mehr.

Zum Abschluß dieses Wettbewerbs gebe ich die Gewinner des ‚Cornelius Cardew Memorial Prize 1982' bekannt:

3. **Preis: „Variationen über ein Lied aus dem spanischen Bürgerkrieg"** für Klavier und Chor **von Gavin Stevens (Britannien)** (ein zweiter Preis wurde nicht vergeben, dafür zwei erste.)

1. Preis „... fürs Vaterland", drei Lieder zu Gedichten aus dem Schi-king, von Erich Mühsam und Bertolt Brecht, von Gerhard Stäbler (Bundesrepublik Deutschland)

„Lied über den Kampf der Jugend in der Türkei" für Gesang und Instrumentalbegleitung von Nedim Hazar (Türkei/BRD)."

In zwei Konzerten, die dem Workshop am Samstag- und Sonntagabend in der St. Pancras Town Hall/London als Auftakt eines Internationalen Kultur- und Sportfestivals folgen, das Cornelius Cardew 1981 als Vorsitzender der People's Democratic Front selbst noch maßgeblich projektierte, werden die ausgezeichneten Kompositionen der Royal Academy des Dirigenten Greg Rose von Studierenden der Royal Academy of Music (London) zur Aufführung gebracht.

Mit freundlichen Grüßen!
Dr. Thies Ziemke

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 40 8 Ekim 1982 Yıl: 16 1 DM



Her hafta Cuma günü çıkar

Kohl /Genscher kabinesi göreve başladı

Gericiliğin saldırısına karşı direnişi örgütleyelim!

Alçakca entrikalarla, 1980 yılındaki seçmenler oyunun hiçe sayılmasıyla CDU/CSU ve FDP'nin aşırı sağcı kanadından oluşturulan büyük sermayenin arzu ettiği hükümet geçen hafta iktidara getirildi. Görüldüğü kadarıyla 1 Ekim'de yapılan bu dolandırıcılığı yakında yenileri izleyecek.

Bonn'da iğrenç yoldan gerçekleştirilen hükümet değişikliğine karşı gelişen yaygın tepkiyi bastırmak için Birlik Partileri politikacıları ve Genscher-Lambsdorf Grubu" (bu şekilde bugün Strauss tam yerinde olarak koalisyon ortaklarını adlandırıyor) 6 Mart 1983'te erken seçimlerin yapılacağını vaat etmekteler. Ne varki yeni hükümet ortakları arasında yapılan koalisyon anlaşmalarında bir tek kelime dahi seçimlerin yapılması tarihi üzerine yoktur. Ve bugün Hessen Eyalet seçimlerinden önce Federal Parlamento'da derhal erken seçime gidilmesini talep eden Strauss bile artık açıkca 6 Mart'ın kendisinin istediği tarih olmadığını söylüyor.

KPD Merkez Komitesi geçen hafta sonunda yaptığı bir açıklamada erken seçime gidilmesi talebini yineledi. O aynı zamanda büyük sermayenin talep ettiği "köklü dönüşüm"ün — ki bunun gerçekleştirilmesi için de Bonn'da yeni hükümet başa getirildi — önlenmesinin tek yolunun tüm emekçilerin geniş ve birleşik mücadele cephesinin oluşturulması olduğunu vurguladı. (Bk. bu sayfadaki KPD MK açıklamasına)

Görkemli direnişin örgütlenmesinin ne denli acil ve gerekli olduğu bu hükümetin önemli adamı olan Strauss'un üzerin basa basa "ilk adım" olarak nitelediği, koalisyonun şimdiye değin aldığı kararlardan da görülmektedir. Ve bu ilk adımda çalışan insanların sırtına katma değer vergisinin artırılmasıyla 2 milyar Mark'tan fazla bir ek yük daha bindirilmek isteniyor, işsizlik ve emeklilik sigortası primlerinin yükseltilmesi öngörülüyor, kiraların yükseltilmesi hazırlığı yapılıyor, memurların maaşlarının dondurulması için karar alınmak, emekliler ve sosyal yardım alanların ücretleri azaltılmak, öğrencilerin bursları fiilen yok edilmek, kira yardımları çok tesirli bir şekilde kısıtlanmak isteniyor vs.

Sık sık talep edilen dönüşüm, büyük sermayenin istediği çizgi değişikliği giderek şekilleniyor.

Bir yandan bunlar yapılırken, diğer yandan ise "Orta yolcu" bir tavır takınan FDP'li politikacılar, örneğin eski Federal İçişleri Bakanı Baum gibileri "güvenliği tehdit edici olarak" gösterilmekte ve yerine büyük bir kışkırtmacı olan CSU'lu Zimmermann getirilmektedir. Ki bu F. J. Strauss'un siyasi ve rüşvetçilik skandallarının sadık ortağıdır. Ve kendisi bile savcılık tarafından talep edilen dört yıllık ağır hapis cezasını hukuki manevralara baş vurarak ve yalan yere yemin ederek atlattı. Koalisyon görüşmelerinde dikkati çeken nokta tüm içişleri politikası alanının ele alınmamasıdır. Buraya ilişkin planlar daha sonra piyasaya sürülmek isteniyor.

En koyu gericiliğin yeni hükümeti sadece içişleri politikasının bir bölümüne ilişkin, yani "yabancılar sorunu" üzerine (ki başbakan Kohl bu sorunu sadece "Türkler sorunu" olarak görüyor) resmi olarak görüş belirtti. Ve bu noktada yeni hükümet politikası basit bir formülde birleştirilebilir: yabancılar dışarı!

Öte yandan bir diğer kışkırtmacı, yani CDU'lu Manfred Wörner ise Bonn "Savunma Bakanlığı"na (siz savaş bakanlığı anlayın) getirildi. Schmidt yönetiminde belirtildiği şekilde bile artık ulusal bağımsızlığın her hangi bir şekilde korunmasından söz edilmiyor. Koalisyon anlaşmalarında daha ziyade Bonn'un politikasının "sınırsızca ve açıkca Amerikan süper devletinin ve onun denetimindeki NATO'nun savaş politikasına tabi kılınmasından" bahsediliyor. Ve tam da Reagan ve onun Savaş Bakanı Weinberger'in aynı diliyle Sovyetler Birliği'ne karşı "ekonomik cezalandırma önlemlerinin" uygulanması çığlıkları atılıyor.

Tüm bunlar sahne arkasında Strauss'un yönettiği Kohl/Genscher Hükümeti'nin bankaların ve tekellerin çıkarları doğrultusunda bütün alanlarda bizim en temel ve hayati çıkarlarımıza karşı saldırıya geçtiğini en çıplaklığıyla ortaya koyuyor. Büyük sermayenin bu saldırılarını ancak ve ancak sınıf mücadelesi temelinde tüm emekçilerin yürüteceği ortak direnişle geri püskürtebiliriz!

(„Widerstand gegen die Offensive der Reaktion organisieren!")



Strauss: "Benim yönetimimde kimin başbakan olacağı önemli değil"

Büyük sermayenin istediği hükümete karşı

geçen hafta içinde Federal Almanya'nın bir çok büyük şehrinde yürüyüş yapıldı. FDP'li bakanların seçmenlerin iradesini kötüye kullanarak hükümet sorumluluğundan ayrılmalarından ötürü öfkeleri daha da kabaran bir çok seçmenin yanı sıra binlerce kişi bu yürüyüşlere katıldı. Şüphesiz ki yapılan yürüyüşlerin bir çoğu sosyal demokrasinin etkisi altındaydı. Ancak bu yürüyüşlere Schmidt yanlısı olmayan bir çok işçi arkadaş ve sendikacı da katılarak aşırı sağcı koalisyonun darbeci bir şekilde iktidarı ele geçirmesine karşı protestosunu dile getirdi, emekçilerin yaşam koşullarına ve haklarına yönelen yoğun saldırılara karşı mücadele etmeye hazır olduklarını ilan ettiler.

KPD Merkez Komitesi'nin Bonn'daki hükümet değişikliği üzerine açıklaması

1 Ekim 1982'de Federal Parlamento "yapıcı güven oylamasıyla" Federal Başbakan Schmidt'i düşürdü ve böylece 13 yıllık SPD Hükümet dönemi son buldu. Bu olayın ardında yatan nedenler ve gerçekler biz komünistlerin siyasi kararların parlamentoda ve halk çoğunluğunun iradesine göre değil, aksine kulislerde tekellerin ve büyük bankaların, sanayii ve ekonomi birliklerinin şef katlarında alındığı görüşünü tüm berraklığıyla bir kez daha tasdikliyor.

Batı Alman mali sermayesinin en gerici kesimleri — bu kesimlerin başbakan adayı olan F. J. Strauss'a işçi sınıfının ve emekçilerin açıkca bir red cevabı verdiği — 1980 Federal Parlamento seçimlerindeki yenilgilerinden sonra da kendilerinin istediği anlamda esasi bir dönüşümü sağlama emellerinden vaz geçmediler. Gerçi SPD son iki yıl içinde sosyal hakları kısıtlama politikasıyla tekellerin ve bankaların çıkarlarını yerine getirmeye çabaladı. Ancak büyük sermayenin gerçekleştirmeyi amaçladığı köklü dönüşümü, sosyal hakların acımasızca tamamen yok edilmesini, halkın yarattığı değerlerin zenginlerin lehine tam olarak dağılımını SPD sağlayamadı, çünkü sendikalar üzerindeki etkisini, emekçi seçmenlerin de zaten ağır bir şekilde zedelenmiş bulunan itibarını tehlikeye sokmak istemiyordu.

Böylece SPD bu ülkedeki gerçekten nüfuz sahipleri tarafından sert bir şekilde — hükümet yıkılmadan önce Hessen seçimlerinin de bir kez daha dokunaklı bir tarzda gösterdiği 1980'deki seçmenler iradesi tamamen hiçe sayılarak — hükümetten geri çekilmeye zorlandı.

Genscher ve Lambsdorff etrafında billurlaşan gerici FDP yönetimden faydalanan büyük sermaye istediği dönüşümü Bonn sahnesinde dolandırıcı manevralara baş vurarak gerçekleştirmeye çalıştı. Alman Sanayii Merkezi Birliği'nin (BDI) emriyle ve onun yoğun desteği ile eski ve yeni Ekonomi Bakanı Graf Lambsdorff sosyal-liberal koalisyonun patlayıcı maddesini oluşturan sosyal hakları kısıtlama kataloğunu hazırladı. Kapitalist emir vericilerinin çıkarları doğrultusunda, kendi sandalyelerini ve maaşlarını korumak için FDP yöneticileri oylarını 1980'de bir SPD koalisyonu için aldıkları seçmenleri insafsızca dolandırdılar. Bugün geçmişten daha da

(Devamı sayfa 3'te)

Kalkar'da

40 bin kişi atom santralının yapımını protesto etti

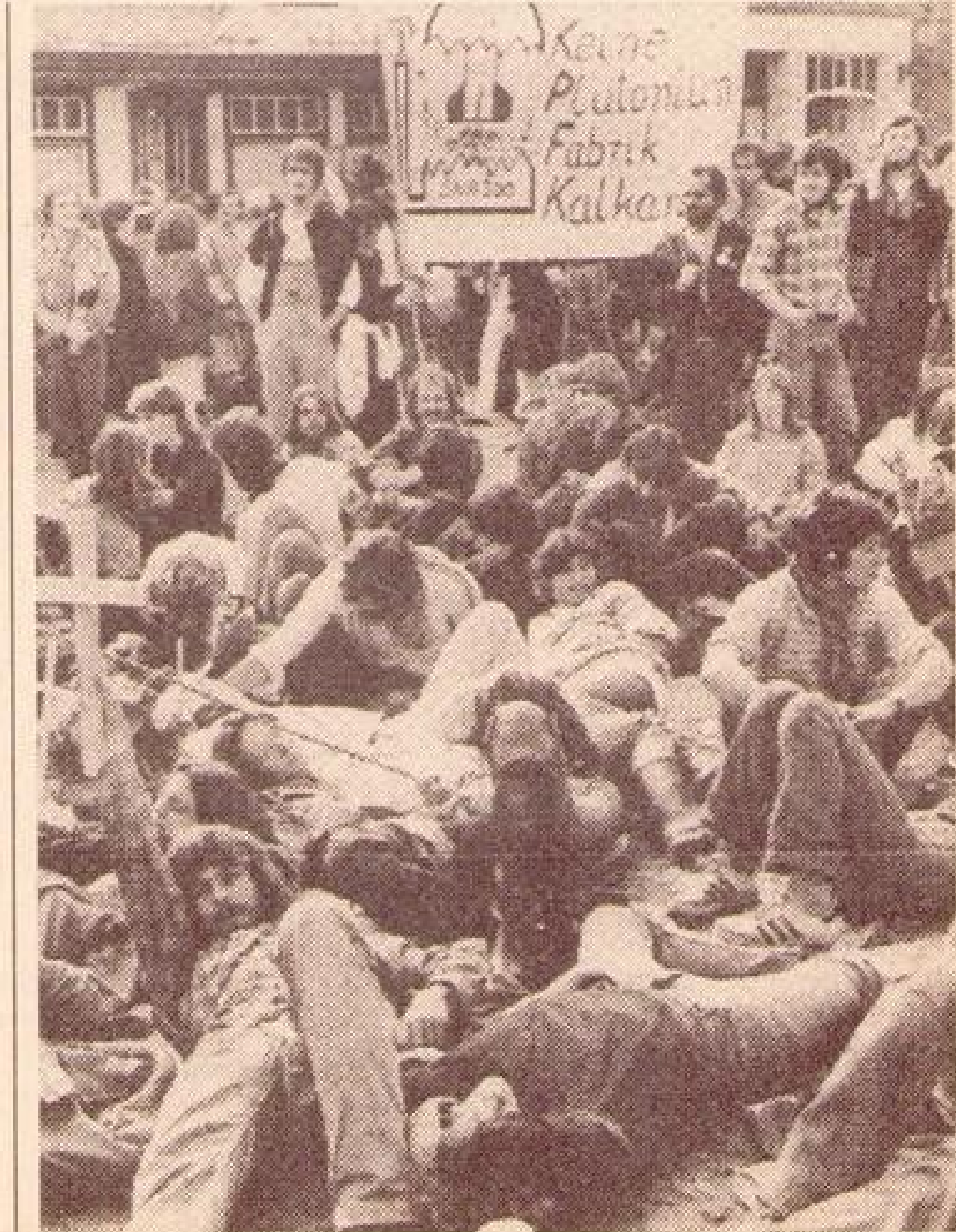
KALKAR. — 2 Ekim'de atom santrallerinin yapımını protesto etmek amacıyla düzenlenen bir yürüyüşe 40 000 kişi katıldı. Atom santralinin yapıldığı alan ve çevredeki caddeler polisler tarafından kordon altına alınmasına rağmen yürüyüşçüler eylemi sonuna kadar sürdürerek atom santralinin yapımını ve Federal Hükümet'in enerji politikasını protesto ettiler.

Yürüyüşün başladığı alan olan Marktplatz'ta Kalkar'daki atom santralı yapımının durdurulmasını talep eden kısa bir konuşmadan sonra yürüyüş kolu harekete geçti. Yürüyüşün doğrudan atom santralı alanının önünde geçmesini sağlamak amacıyla izin için başvurulmuştu. Ancak polis buna izin vermedi ve ayrıca atom santralı alanı tel örgüyle çevrilmişti.

Göz yaşartıcı bombalarla ve tazyikli su sıkan panzerlerle donaltılmış polis birlikleri tüm alanı kuşun dahi uçamayacağı şekilde kordon altına almıştılar. Yürüyüş kolu atom santralı alanının yapılacağı yerde biraz duraklayınca polis kısa bir çağrıdan sonra su ve gazla karışık tazyikli suyu yürüyüşçülerin üzerine sıktı ve göz yaşartıcı bomba attı. Burada burjuva basınında abartılarak anlatılan çatışmalar oldu. Kalkar'daki atom santralının yapımına karşı baş davacı olan köylü Maas'ın çayırında yapılan mitingle eylem sona erdi. Burada yapılan konuşmalarla atom santralının yapımına karşı direnişin sürdürülmesinin gerekirliğine işaret edildi. Diğer konuşmacıların yanında Brokdorf atom santralının yapımına karşı yürüyüşe katılan ve daha sonra da üç yıl hapis cezasına çarptırılan Markus Mohr da burada konuştu.

Devletin baskı güçleri atom santralı karşıtlarına yönelik saldırılarını yürüyüşten önce başlatmıştılar. Daha yürüyüşten önce tüm bölge yasak mıntıka olarak ilan edilmişti ve günlerden beri seri olarak evlerde ve arabalarda aramalar yapılıyordu ve kimlikler kontrol ediliyordu.

(„40 000 demonstrierten in Kalkar")



Kalkar'da atom santralının yapımına karşı yürüyüş.

Hamburg Yüksek Eyalet Mahkemesi'nin kararı:

"F. Almanya'da ırk düşmanlığı yoktur!"

Heinrich-Bauer-Verlag'ın (Yayınevi) çıkardığı "Neue Revue" ve "Wochenend" adlı dergilerde yayınlanan yazılarda yabancı düşmanlığı kışkırtmacılığı yapıldığından ötürü "Terre des Hommes" adlı Çocuk Yardım Kurumu Federal Almanya Anayasası'nın 130. (Halkı tahrik) ve 131. (ırkçılığı körükleme) maddelerine göre dava açmıştı. Davaya bakan Hamburg Yüksek Eyalet Mahkemesi 10 Eylül'de söz konusu yazılarda suç unsurunun bulunmadığını ileri sürerek davayı sonuçlandırdı.

Yüksek Eyalet Mahkemesi bu kararı ile daha önce Hamburg Asliye Mahkemesi'nin 30 Haziran'da aldığı kararını tasdiklemiş oldu. Çocuk Yardım Kurumu'nun açtığı davayı geri çeviren savcılık, yukarıda adı geçen iki dergide yayınlanan yazıların ne halkı tahrik ettiğini ne de ırkçılığı körüklediğini ileri süreerek şöyle demekte: "Zira Federal Almanya'daki yabancılar, özellikle de haksız olarak siyasi iltica isteminde bulunan şahıslar bir ırkı teşkil etmemekteler. Bunlar görüldüğü kadarıyla daha ziyade aralarında bir ırkın bağları bulunmayan yani bir çok kalıtsal vücut yapılarında ortak yanları olmayan tamamen farklı halklardan gelmekteler."

Hamburg Yüksek Eyalet Mahkemesi savcısı ayrıca yabancıların burada yaşamalarının adı geçen yazılarda reddedilmediğini, sadece iltica hakkının kötüye kullanılmasına karşı çıkıldığını belirtmektedir.

Bu yılın 8 Ocak tarihini taşıyar "Wochenend" adlı derginin yayınladığı bir "Yabancılar akınına daha ne kadar tahammül edebiliriz?" reportajda yabancılara karşı sahte bilgilerle kışkırtılma yapılıyordu.

Aynı şekilde 11 Aralık 1981 tarihli "Neue Revue" adlı derginin "Göç akınına son — Yabancılar bizim acıma duygularımızdan faydalınıyorlar" başlığını taşıyan makalesinde de gerçek dışı bilgilerle biz yabancı-işçi ve emekçilere karşı yoğun bir kışkırtma yapılıyordu.

Bu iki dergide de yıllardan beri burada yaşayan biz yabancı emekçilere ve ailelerimize karşı yapılan ırkçı, bizleri aşağılayıcı kışkırtmalardan ötürü "Terre des Hommes" adlı kuruluş mahkemeye başvurmuştu. Adı geçen iki dergide de, yukarıda aktardığımız başlıklardan bile görülebileceği gibi biz yabancı işçilere ve cocuklarımıza karşı yoğun bir ırkçı, bizleri aşağılayıcı, gerçek dışı bilgilerle halkı tahrik edici görüşler yer almasına rağmen gerek Hamburg Asliye Mahkemesi gerekse de Yüksek Eyalet Mahkemesi faşistlere arka çıkarak "Terre des Hommes"in açtığı davayı reddettiler. Yüksek Eyalet Mahkemesi savcısı iki dergide ırkçılık propagandasının yapılmadığından dem vuruyor. Örneğin "Neue Revue" adlı dergide "Alman ve Türk çocukları arasında ırk ayrımı yapılmalı!" denmekte, Türkiyeli çocukların okullarda tembellik hastalığını yaydıkları şeklinde kışkırtma yapılmaktadır. Peki bu söylenenler ırkçılık değil midir? Alman çocuklarının üstün olduğunu, Türkiyeli çocukların tembel olduklarını söylemek ırkçılık propagandası değil de nedir? Açıktan açığa biz yabancı, özellikle de Türkiyeli emekçilere karşı kışkırtma yapılmasına karşın savcılık faşistleri aklayarak "biraz sert dille ifade edilmiş olsa dahi" söz konusu yazılarda tahrik edici bir unsurun bulunmadığını ileri sürüyor ve dolayısıyla da faşistleri destekliyor.

Savcılık söz konusu yazılarda ırkçılık propagandası yapılmadığını halkın tahrik edilmediğini ileri sürmekle faşistlerin ırkçılık propagandalarına kılıf uydurmaya çalışıyor. Bununla faşistlerin kışkırtmalarına yasal bir zemin oluşturulmak isteniyor. Ancak ırçılığın olmadığı, sahte bilgilere dayanılarak kışkırtmaların yapılmadığı, bir ulusun diğerinden üstün olmadığı şeklindeki görüşlerin yer almadığı bir faşist ideoloji düşünülebilir mi? Asla. Çünkü faşist ideolojinin temel gıdası buradan gelir.

Örneğin bu düşünceyi savunanlar "Ulusal sınıfları talep etmekte", "Alman ırkı saf kalmalıdır", demekte biz Türkiyeli işçileri "Asyalı sürüler" vs. şeklinde nitelemekteler. Bu görüşler çeşitli resmi makamlarca da değişik biçimler de tekrarlanmakta.

Çeşitli milliyetlere sahip olan yabancı işçi ve emekçilerin bir ırkı oluşturup oluşturmamaları şöyle dursun, bizce birirncisi ırk ayrımını yapan, insanların vücut yapıları esas alınarak halkları tanımlayan faşist güçlerdir. Çünkü onlar ancak bu kafatascı teorileri ile kendi ırklarının üstünlüğünü açıklamaya çalışmaktalar. İkincisi ise bizce bir halkı şekillendiren dil, kültür vb. şeylerdir, yoksa faşistlerin ele aldığı gibi vücut, renk yapıları değil.

Faşistler ve gericiler ırk ayrımını yaparak sömürenler ve sömürülenler arasındaki ayrımı göz ardı etmekteler, dolayısıyla da kapitalistlere katkıda bulunmaktalar. Bunun içindir ki, Yüksek Eyalet Mahkemesi faşistlerin ve gericilerin lehine bir karar vermekle onların ırkçı ve yabancı düşmanı propagandalarına yasal bir zemin kazandırarak desteklemektedir.

Hiç kuşkusuz CDU/CSU-FDP koalisyonunun hükümet kurmasıyla birlikte biz yabancı işçilere karşı faşist ve gerici kışkırtmalar daha da büyük bir boyut kazanacak ve faşist saldırılar daha da artacaktır. Bunun için tüm yerli ve yabancı-anti-faşistler faşist kışkırtmalara, yabancı düşmanlığına karşı daha yoğun bir çalışma sürdürmeli, Hamburg Yüksek Eyalet Mahkemesi'nin bu kararına karşı protestoları yoğunlaştırmalıdırlar.

(„Keinen Rassenhass geschürt, weil Ausländer keine Rasse sind")

NPD bürosu kuşatıldı

Halk kışkırtmacılarına özgürlük tanınmamalı!

19-24 Eylül 1982 tarihleri arasında anti-faşistler Bochum-Wattenscheid, Günningfelder Str. 101/a'daki binayı kuşattılar. Bu numarada faşist NPD'nin (Almanya Milliyetçi Partisi) ve biz yabancı işçi ve emekçilere karşı ırkçı kışkırtmalara girişen, bu kışkırtmaları ile Nürnberg'te yaşandığı gibi vahşice katliamların tezgahlanması ortamının oluşmasına yardımcı olan "yabancıları durdurun" halk komitelerinin merkezi bulunmaktadır.

"Halk tahrikçilerine özgürlük tanınmamalı" şiarı altında anti-faşistlerin düzenledikleri eylem Bochum'da ve yakın çevredeki şehirlerde büyük ilgi uyandırdı. Polis izin vermediğinden ötürü doğrudan NPD binasının önünde yapılamayan bu eylem dar olan caddenin diğer tarafında düzenlendi.

Tüm hafta boyunca 300 ile 400 arasında anti-faşistin katıldığı bu eyleme tanınmış şahıslar ve bir çok sendikacı çağrı yapmıştı. Eylemin sürdüğü günler NPD'li faşistler bürolarında ve bahçelerinde 100'e yakın katil bulunduruyorlardı.

Eylemin başladığı pazar gününden itibaren ta ki bitimine kadar her gün çeşitli toplantılar düzenlendi. Kitlelerin dikkatlerini üzerinde toplayan bu eylem "Halk düşmanlığına karşı dostluk şenliği" ile son buldu. Yerli ve yabancı anti-faşistlerin birlikte düzenledikleri bu şenlikte çeşitli gösteriler yapıldı. Bochum belediye reisi bile yapılan eyleme karşı olmadığını açıkladı. Ama bir yandan bu açıklamada bulunurken, diğer yandan ise sahte bir biçimde kendisinin faşistlerin şehirdeki merkezine karşı bir şey yapamayacağını, bunun Federal Hükümet'in bir görevi olduğunu inandırmaya çalıştı. Sorun hiçte bu denli basit değil. Burada Bochum belediye reisi ve tüm politikacılardan daha fazla şeyler talep edilmeli ve öyle kolayca kaçamak yolu aramalarına izin verilmemelidir.



Kuşatma eylemi süresince anti-faşistler NPD bürosunun kapanmasını ve NPD'nin yasaklanmasını (bunun için Federal Hükümet sorumlu!) talep ettiler. Böylece net bir görüş belirtmeyen resmi çağrıdaki talepler genişletilmiş oldu. Gelecekte de bu yönde eylemler yapılmalı ve çalışmalar sürdürülmelidir.

Bochum'da yapılan bu eylem bir yandan anti-faşistlerin birleşmesine yol açarken, diğer yandan ise faşistlere ve halkın tahrik edilmesine Alman ve yabancıların birlikte karşı durmalarına hizmet etti. Bu eylem Almanya'daki tüm anti-faşistler için yeni eylemler düzenlemelerinde bir teşvik görevini görmelidir.

(„NPD-Zentrale in Bochum belagert")

Hitler'in iktidara gelişi 50. yıldönümüne giriyor

Bir daha faşizm istemiyoruz!

50 yıl önce Hitler'in iktidara gelişiyle birlikte Almanya tarihinin en karanlık dönemi başladı. Planlı kitle katliamı rejimi, mali sermayenin en gerici, en şoven unsurlarının terörist diktatörlüğü kuruldu.

İşçi hareketinin kanlı bir şekilde bastırılması, milyonlarca insanın katledilmesi, işçi sınıfının ana yurdu olan Sovyetler Birliği'ne karşı saldırıya geçilmesi, Yahudilerin en barbar bir biçimde katledilmesi ve emperyalist talan savaşı demek olan Hitler faşist diktatörlüğü 30 Ocak 1983'te 50. yıl dönümüne giriyor.

Derinleşen bunalım, artan savaş tehlikesi ve yabancı düşmanlığı karşısında bu tarih Almanya'daki tüm anti-faşist ve demokrat güçlerin gericiliğe, savaşa ve faşizme seslerini yükselttikleri, direnişe geçtikleri bir güne dönüşmelidir.

Bunun için de partimiz KPD, "Kızıl Şafak"ın 38. sayısında Almanca bölümünde yayınladığımız çok sayıda sendika-yöneticisinin ve anti-faşistlerin 30 Ocağ'a ilişkin olarak yaptıkları çağrıyı selamlıyor. Bu çağrı 30 Ocağ'ı, bundan 50 yıl önce kanlı Hitler faşist diktatörlüğünün kurulduğu bu günü bir "anma günü" değil, aksine özellikle bu tür felaketin "yeniden tekrarlanması ihtimaline karşı durmak" için mücadeleci eylemlerin düzenlenmesi gereken bir gün olarak ele alıyor.

30 Ocağ'a ilişkin olarak düzenlenecek bir eylemin özellikle de Bonn'daki hükümet değişikliğinden ötürü bu tür bir yönelime sahip olmasının gerekirliği bizce de tamamen doğru olanıdır. Ancak şunu da belirtmeliyiz ki biz çağrıda yer alan yeni bir faşist diktatörlük tehlikesinin Neonazi gruplarının yaygınlaşmasıyla artacağı görüşüne katılmıyoruz. Elbette bu gruplar bugün örgütlü terör eylemleri girişiminde bulunmalarıyla birlikte bir tehlikeyi oluşturuyorlar. Bunun içindirki faşist grup, çete ve partilerin dağıtılmasını ve faaliyetlerinin yasaklanmasını talep ediyoruz.

Ancak bugün yeni bir '33'-lerin kurulması yönünde artan ihtimale gelince, bu yöne doğru girişimde bulunanlar mali sermayenin en saldırgan ve en gerici kesimleridir. Ve bu kesimler işçi ve emekçilerin giderek yükselen direrişini kırmak ve bunalımdan kurtulmak için başka kurtuluş yolu göremediklerinde bugün gene açık terörist bir diktatörlük kurmaktan geri durmayacaklardır.

Olağanüstü Hal Yasaları'nın çıkartılmasının gösterdiği gibi bu güçler mevcut burjuva demokrat devleti faşist bir diktatörlük rejimine dönüştürmeye yönelmekteler ve bu faşist diktatörlüğün siyasal temsilcileri şu an Franz Josef Strauss etrafında gruplaştığı gibi şimdiki "demokratik" partiler içindeki ve dışındaki en gerici gruplardan oluşuyor. Böylesi bir süreçte faşist çetelere bağımsız bir rol düşmemekte, aksine bunlar sadece bu hedefin gerçekleşmesi doğrultusunda Strauss'un deyimi ile ifade edecek olursak "yardımcı birlikler" görevini üstlenmekteler.

Fakat şunu da belirtmeliyiz ki 30 Ocağ'a ilişkin yapılan çağrı bildirisindeki yanlış görüşler bizim bu çağrıyı desteklememizin önünde engel oluşturmuyor ve oluşturmamalıdır da. Çünkü her şeyden önce çağrının yönelimi ve genel talepleri doğrudur. Bunun için de 29 Ocak 1983'te yapılacak yürüyüşün gericiliğe, faşizme ve artan yabancı düşmanlığına, ve savaşa karşı görkemli bir mücadele gösterisine dönüşmesini sağlamak amacıyla biz de gücümüz oranında çaba harcayacağız.

(„Aktionen zum Jahrestag des Machtantritts Hitlers")

Münih Ekim Şenliği katliamının 2. yıldönümünde

Polis anma törenini yasakladı

26 Eylül'de Münih Ekim Şenliği'nde girişilen, 13 kişinin ölümü ile ve 218 kişinin ağır ve hafif yaralar almasıyla sonuçlanan faşist katliam 2. yılına girdi. Gerek Münih resmi makamları gerekse de Bavyera Eyalet Yönetimi faşist Hoffmann çetesi tarafından girişilen bu kanlı katliamı unutturmaya çalışıyorlar.

Çünkü onlar faşist katliamın anısını yaşatan tüm faaliyetlerden vaz geçtiler. Ancak bu kanlı katliamın unutturulmak istenmesine karşı anti-faşistler sessiz kalmadılar. Münih Ekim Şenliği kurbanlarının anısını yaşatmak için yapılmak istenen bir yürüyüşü Münih resmi makamları yasakladılar.

Aralarından Anti-Strauss rozetini taşıdığından dolayı takibe uğrayan öğrenci Christine Schanderl'in de bulunduğu bir grup anti-faşist yürüyüş yapılması için Münih resmi makamlarına baş vurdular. "Bavyera'da Strauss'un sorumlusu olduğu politikanın kurbanları, ya da onların akrabaları, şahitler ve uzmanlar yargılıyorlar" sloganı altında izin için baş vurulan bu yürüyüşe konuşmacı olarak Ekim Şenliği'nde iki çocuğunu yitiren bir baba, faşist Helmut Oxner tarafından Nürnberg'te katledilen ABD'li siyah derili askerin bir arkadaşı, Nürnberg Komm-Merkezi kitle tutuklamasında etkilenen gençlerin aileleri çağrılmıştı.

Ancak Münih şehir yönetimi bu yürüyüşe izin vermedi. Gerekçe olarakta yürüyüş hazırlık komitesinin "gerçekleri ters yüz ederek Ekim Şenliği'ne konan bombalı saldırıda Bavyera Başbakanı'nın da ortak sorumlusu olarak gösterdikleri-ni" sahte bir tarzda ileri sürdüler. Şurası açık olan bir şeydir ki Ekim Şenliği katliamına karşı yürüyüş düzenleyen komite Strauss'un gizli konuşmalar yaparak katil Gundolf Köhler'le bu bombalı saldırıyı birlikte hazırladığını ileri sürmedi. Ayrıca Bavyera Eyalet Başkanı gerçekten de bu faşist katliamın sorumlusudur.

Yoksa katliamı tezgahlayan Gundolf Köhler faşistinin üyesi olduğu Hoffmann çetesinin yıllarca yasaklanmaması nasıl açıklanabilir? Ki anti-faşistler faşist çetenin yasaklanması talebini sürekli ileri sürmelerine karşın onları "masum" ve "zararsız" olarak gösteren Strauss ve onun İçişleri Bakanı Tandler değil miydi?

Görüldüğü kadarıyla Bavyera'da Strauss'a karşı kamuoyuna açık eleştiri yöneltmek yasak. Bunun için de Ekim Şenliği katliamının kurbanlarının anısını yaşatmak bile yasaklanıyor.

Fakat Münih şehir yönetimi sadece yürüyüşü yasaklamakla yetinmemekte, bu faşist katliamın sorumlularının "faşistler olmadığını", "ardında bir örgütün bulunmadığını", aksine "akli dengesi yerinde olmayan bir insanın" tezgahladığını ileri sürerek faşistleri koruma görevini de üstlenmektedir. Demek ki sadece bu katliamda Strauss'un ortak sorumluluğunun olduğunu söylemek yasaklanmıyor, daha da ileri gidilerek bu kanlı katliamın faşist bir katliam olmadığı söyenilmeye çalışılıyor. Açıktan açığa Münih Theresienwiese'de girişilen bu katliamın sorumluluğu bir faşistin üzerine yüklenilmeye ve diğer sorumluların açığa çıkarılmasının üzerine sünger çekilmeye, katliam insanların belleklerinden silinmeye çalışılıyor. Üstelik bunlar yakın geçmişte intihar eden faşist Stefan Wagner'in bu katliamı Gundolf Köhler'le birlikte kendisinin de tezgahladığını belirtmesine rağmen yapılıyor.

Münih makamlarının bu mantıksızlıklarını takip edecek olursak, yarın aynı şekilde Anti-Savaş Günü'nde düzenlenecek bir sendikal yürüyüşte milyonikinci dünya savaşı üzerine "gerçek dışı" (?!) bilgileri ileri sürdüğünden dolayı yasaklanabilir ve faşistlerin kundakladığı bu savaş "sadece akli dengesi yerinde olmayan bir insanın" eseri olarak gösterilebilir. Bunun için Münih resmi makamlarının aldıkları bu karara karşı anti-faşistler sessiz kalmamalı ve Ekim Şenliği katliamının anısı yaşatmalıdırlar.

(„Münchener Behörden verbieten Gedenkfeier")

Toptan çıkışlara, akort primlerinin indirilmesine karşı

Vulkan tersanesi işçilerinin direnişi sürüyor

BREMEN. — Vulkan tersanesindeki durum hâlâ kızgınlığını sürdürüyor. Daha önce HDW patronu olan Vulkan tersanesinin yeni patronu Henke 500 işçi arkadaşının çıkışının verilmesi için girişimde bulundu. Aynı zamanda akort primlerini yüzde 20 düşürmek istiyor. Buna karşı evvelki ve geçen hafta içinde tersane işçileri protesto eylemleri örgütlediler. İşçi arkadaşlar şimdi süresiz greve gidilmesi ve tersanenin işgal edilmesi sorununu tartışıyorlar.

Tüm işyerlerinin tavizsizce korunması, Henke ve şürekasının tüm saldırılarının geri püskürtülmesi için grevin örgütlenmesi.

İşçiler arasında süresiz grev yönünde görüşler giderek taraftar buluyor. Geçen hafta cuma günü yapılan sendika temsilciler kurulu toplantısında geniş bir nüfuzları olan iki konuşmacı greve gidilmesini ve tersanenin işgal edilmesini talep ettiler. Kararlı mücadelenin sürdürülmesinin tek gerçek yolu olan bu yönde tartışmalar işçiler arasında, daha da yoğunlaştırılmalıdır. Bu hafta içinde yeniden branş toplantıları ve IGM sendika temsilciler kurulu toplantısı yapılıyor.

Öte yandan toptan çıkış planları üzerine sürdürülen tartışmaların gelişiminde bazı sendika patronlarının ve Bremendeki SPD'li politikacıların işçilerin mücadelesini boğmaya çalıştıkları açığa çıktı.

(„Bremer Werftarbeiter diskutieren Betriebsbesetzung")

27 Eylül, Pazartesi günü 4200 işçinin bir gün süren greve gitmelerinden sonra salı günü sadece şartlı olarak çalışıldı. Sık sık tartışmalar sürdürüldü. Sendika temsilcilerinin işçilerin mücadeleye hazır olup olmadıkları üzerine sağlam bir görüş oluşturmaya çalıştıkları branş grupları toplantısı yapıldı. Vulkan tersanesi işyeri işçi temsilciliğinin çoğunluğunu oluşturan muhalefetçi Echolot Grubu'nun yaptığı açıklamalara göre bu toplantılarda işçi arkadaşların mücadeleye hazır olup olmadıkları üzerine farklı sonuçların elde edildiği söylenmektedir.

Bu toplantıların dışında 29 Eylül Çarşamba günü tersanede 6 saatten fazla süren bir işyeri toplantısı yapıldı. Bu toplantıda bir yandan işçiler kızgınlıklarını dile getirirlerken, öte yandan ise mücadele etmeye hazır olduklarını açıkladılar. "Bir kısmımız çıkarılırken, diğerlerimiz ise onların yerine daha fazla çalıştırılıyoruz!" İşçi arkadaşlar Vulkan tersanesi patronunun çıkış planı üzerine tepkilerini bu şekilde ifade ediyordular. Vulkan tersanesi yeni patronu Henke daha önce HDW işçileri tarafından tam yerinde bir deyimle "cellat" olarak adlandırılmıştı. Ve bu takma adı şimdi o Vulkan tersanesinde de taşıyor.

İşyeri toplantısından önce yapılan branş toplantılarında edinilen çelişkili görüşlerden ötürü başlangıçta öngörülen süresiz grev oylaması ertelendi. Yapılan işyeri toplantısında işçiler oy birliği ile Henke'nin planına karşı işyeri işçi temsilciliğinin hazırladığı alternativ planı onayladılar. Bu planda "hiç bir çıkış verilmemeli, akort oranının düşürülmesiyle hiç bir şekilde ücretler kısıtlanmamalı" vb. talepler yer alıyor.



27 Eylül'de Vulkan tersanesinde yapılan işyeri toplantısı.

Öte yandan bugün Henke'nin "onarma planı" yoğun bir saldırının sadece başlangıcını oluşturuyor. İşçiler teslim alınarak Bremen'deki ikinci büyük tersane Weser AG ile daha önce de mevcut olan birleşme planını kabul etmeleri isteniyor. 4200 işçiden yarısının çıkışına mal olacak bu birleşme planına karşı geçen yıl yazın Vulkan işçileri protesto eylemine gitmiştiler.

Şu an etrafta Bremen Vulkan tersanesinin iflas edeceği üzerine söylentiler bile dolanmaktadır. İşyeri işçi temsilcisi başkanı Bettelhäuser'in açıklamasına göre 500 işçinin çıkışının kabul edilmesi durumunda bile tersane patronu geride kalan işyerlerinin korunacağına dair garanti vermek istemiyor. Bu durumda işçilerin önünde sadece tek bir alternatif bulunuyor:

Sosyal hakların kısıtlanmasına ve işyerlerinin yok edilmesine karşı DGB'nin düzenlediği eylemlere katılalım!

23 Ekim'de Dortmund'da. *DGB Kuzey Ren Vestfalye Eyalet Birliği'nin düzenlediği bu yürüyüş saat 9.30'a doğru Westfalenhalle'de başlayacak. Daha sonra şehir merkezinden geçerek Alte Markt'ta saat 11'de başlayacak mitingle sona erecek.*

23 Ekim'de Frankfurt'ta. *Burada yapılacak mitingi DGB Hessen ve Rheinland-Pfalz Eyalet Birlikleri düzenliyor.*

23 Ekim'de Nürnberg'te. *DGB Bavyera Eyalet Birliği'nin çağrı yaptığı yürüyüş Nürnberg Hauptmarkt'ta yapılacak bir mitingle son bulacak.*

30 Ekim'de Stuttgart'ta. *DGB Baden Württemberg Eyalet Birliği'nin düzenlediği bu yürüyüş üç koldan hareket edecek. Saat 11'de Liederhalle'de, Schillerplatz'ta ve Güterbahnhof'ta harekete geçecek yürüyüş kolları saat 12.30'da mitingin yapılacağı Schlossplatz'a doğru ilerleyecekler.*

30 Ekim'de Hannover'de. *Burada DGB Aşağı Saksonya Eyalet Birliği bir protesto toplantısı yapacak.*

20 Ekim'de Kiel'de. *DGB burada bir yürüyüş ve miting düzenliyor.*

4 Kasım'da Bremen'de. *Burada yapılacak yürüyüşü DGB Bremen Kaza Birliği düzenliyor.*

6 Kasım'da Hamburg'ta. *Bu eylemi DGB Nordmark Eyalet Birliği düzenliyor.*

Ayrıca "Kızıl Şafak"ın 38. sayısında da belirttiğimiz gibi 23 Ekim'de düzenlenen DGB yürüyüş ve mitinglerine Sosyal Güvenlik İnsiyatifi de (ISS) ayrı bir blok oluşturarak "Sosyal hakların kısıtlanmasına, işyerlerinin yok edilmesine ve yabancı düşmanlığına birlikte karşı duralım!" şiarı altında katılıyor.

Industriedruck Rhein-Main'de

Matbacılar baskı makinasının sökülmesini engellediler

Taunusstein Neuhof'taki Industriedruck Rhein-Main'de işçi arkadaşlar örnek bir mücadeleyle baskı makinasının sökülmesini önlediler.

Taunusstein'daki bu matbanın yapımı 1978 yılında tamamlanmıştı. Kapitalistler o zaman vergi indirimlerinden faydalandılar, onlara kamu tarafından işletmenin yapılması için kredi verildi ve hatta denilebilir ki işletmenin yapıldığı alan kendilerine hediye edildi. Tüm bu yardımlar sık sık tekrarlandığı gibi "yeni işyerlerinin yaratılması" için verilmişti.



Ancak kredi süresinin dolmasından az bir zaman sonra matbaa kapitalistleri büyük baskı makinasını sökmek ve Essen'deki ana merkeze taşımak istiyorlardı. Makinanın sökülmesiyle 90 işçi arkadaş işini kaybetmiş olacaktı.

Ama patronlar bu küçük planlarını yaparken işçilerin davranışlarını hesaba katmamıştılar. Evvelki hafta cuma günü makina sökülüp götürülmek istenince işçi arkadaşlar aktiv direnişe geçtiler. Onlar makinanın üzerinde oturarak bir işyeri toplantısı yaptılar ve makinanın sökülmesini bloke ettiler. Bunun üzerine patronlar süresiz çıkış verme tehdini savurdularsa da işçi arkadaşlar buna kulak asmadı ve direnişi sona erdirmediler.

Ayrıca Stuttgartlı bir nakliyet firmasının görevi üzerine makinayı nakletmek isteyen işçi arkadaşlar da matbaa işçileriyle dayanışmaya girdiler. Matbaacılarla sürdürdükleri tartışmadan sonra tüm sorumluluğu kendi üzerlerine alarak görevi yerine getirmeden tekrardan Stuttgart'a geri döndüler.

Baskı makinasının sökülmesini önlemek için işçi arkadaşlar iki haftadan beri her gün makina üzerinde oturarak işyeri toplantıları yapmaktalar. Çünkü makinanın sökülmesi şu an 100 işçinin çalıştığı işletmede 30 işçinin doğrudan işyerini kaybetmesi anlamını taşıyor. Ancak işçi arkadaşlar makinanın sökülmesinin tüm işletmenin kapatılması yönünde ilk adım olduğunu söylüyorlar.

Taunusstein'daki matbaa işçilerinin bu mücadelesi kapitalistlerin kâr çıkarlarından ötürü izledikleri çizgiyi her zaman gerçekleştiremediklerinin, işyerlerinin yok edilmesine karşı işçi arkadaşların kararlı bir şekilde karşı durduklarının yeni bir örneğidir.

(Baştarafı sayfa 1'de)

KPD Merkez Komitesi'nin Bonn' daki hükümet değişikliği üzerine açıklaması

açık bir şekilde burjuva parlamentosunun çirkin hileciliğin, kariyerizmin, iki yüzlülüğün yapıldığı ve emekçi kitlelerin dolandırıldığı bir alan olmaktan başka bir şey olmadığı görünüyor.

CDU/CSU'nun iktidara gelişi en koyu gericiliğin iktidara gelişi demektir. O bizim için, işçiler ve memurlar için, şehir ve köy emekçileri için şu anlama gelir:

★Son yıllar içinde mücadele sonucunda kazandığımız sosyal hakların acımasızca yok edilmesi; vergiler ve harçlar aracılığıyla emekçilerin daha artan bir şekilde soyup soğana çevrilmesi; devlet yardımları şeklinde bu paraların tekellere dağıtılması; yatırım yardımları ve devlet siparişleri; zenginlerin daha da zenginleşmesi, yoksulların daha da yoksullaşması.

★Yoğun bir şekilde silahlanma ve savaş hazırlığı; silah tekelleri tarafından devlet kasasının çarçur edilmesi, kayıtsız şartsız ABD emperyalizminin çıkarlarına ve savaş rotasına bağlı kalmak; biz, çalışan insanların kurbanlık olacağımız gelecek bir dünya savaş için ülkemizin savaş alanı olarak hazır bulundurulması.

★Halkın demokratik haklarının kısıtlanması; yürüyüş ve grev hakkının sınırlandırılması; meslekten men edilmelerin arttırılması; barış hareketinin, bir bütün olarak parlamento dışı mücadelesinin kriminalleştirilmesi; devlet şiddet mekanizmasının ve denetleme cihazının genişletilmesi; yabancı düşmanlığının teşvik edilmesi.

★Alman Demokratik Cumhuriyeti'nin (DDR) resmi olarak gelecekte de tanınmaması ile Almanya'nın bölünmesinin derinleştirilmesi; açıkca intikam alma, DDR'e ve diğer Doğu Bloku ülkelerine karşı beyaz harp politikasına geriye dönüş.

Yağ yerine roket, krizin tüm yüklerinin emekçilerin sırtına yıkılması, artan işsizlik, açlık ve sefalet — işte bunların gerçekleştirilmesi için büyük sermaye tarafından Bonn'daki devre anahtar kolunun başına geçirilen yeni hükümetin gerçek programı budur. Ne varki tamamen ayrı bir yaprakta ise onun bu programı ülkemizdeki çalışan insanlara kabul ettirip ettiremeyeceği sorunu duruyor.

KPD, darbeci bir şekilde gerçekleştirilen hükümet değişikliğinin kabul edilmemesi gerektiği konusunda emekçilerin ezici çoğunluğu ile hem fikirdir. Bu nedenle yeni Federal Parlamento seçimlerine gidilmesi için yolun derhal açılmasını talep ediyoruz.

Aynı zamanda biz sermayenin gerçekleştirmeyi amaçladığı dönüşüm üzerine kararın ne seçimde ne de yeni oluşturulacak bir Federal Parlamentoda verileceği gerçeğinin bilincindeyiz. Bu konuda karar daha ziyade parlamento dışı mücadelede verilecek ve bunun akışı bizim hepimizin sermayenin planlarına karşı sadece ve sadece direnişi ne denli örgütleyebileceğimize bağlıdır.

Bu tür bir direniş kendisini SPD yönetimi için bir yardımcı güç rolüne de sıkıştırmaya izin vermemelidir. Biz Helmut Schmidt tarafından yönetilen Federal Hükümet'in sadece ve sadece sermayenin çıkarlarının doğrultusunda bir politika izlediğini unutmadık. İster '82 ve '83 operasyonu ile (sosyal hakları kısıtlama politikası, KŞ) isterse de Ek Silahlanma kararı ile olsun, tüm alanlarda o kendisini emekçilerin hayati çıkarlarının karşısına koydu ve dönüşüm için, en koyu gericiliğin iktidara gelişi için aktiv bir şekilde ortamı hazırladı. Tabi ki Schmidt Hükümeti ile birlikte sosyal demokrat reform politikası da tamamen iflas etti.

SPD ve sendika yönetimi tarafından sosyal ortaklık yoluyla emekçiler için giderek yükselen "hayat seviyesi" temelinde emin bir yaşamın sağlanabileceği yönünde beslenen umutların kapitalizmin giderek derinleşen kriz olgusundan dolayı nitekim tamamen boş bir hayal olduğu açığa çıktı.

SPD'yi hükümet partiliğinden düşürmekle tekel ve banka kapitalistleri her insanın bile görebileceği gibi iktidar sorununu gündeme getirerek, bizimle halkın büyük çoğunluğu ile onlar arasında hiç bir ortak yanın, hiç bir ortaklık biçiminin, hiç bir ortak çalışmanın ya da tavizin olamayacağını gösterdiler. Ya onlar ya da biz — işte sorun bugün her zamankinden daha da berrak bir biçimde karşımızda bu şekilde duruyor. Ne zamanki biz onların (büyük sermayenin, KŞ) ve siyasi temsilcilerinin elinden iktidarı alır ve ne zamanki biz sadece her zaman yeni bunalımlara ve savaşlara yol açan kapitalist sistemi ortadan kaldırırsak, ancak o zaman gerçek ve emin bir yaşam kurabilmemiz mümkün olur.

Aşırı gericiliğin yeni hükümetine, büyük sermayenin gerçekleştirmeye çalıştığı dönüşüme karşı şimdi gerekli olan direniş için sosyal demokrat politikanın iflas etmesinden ders edinmeliyiz: Sosyal ortaklık temelinde sürdürülecek her türlü direniş ta başından yenilgiye mahkum edilmiş olur. Ancak ve ancak kararlı sınıf savaşımı temelinde dönüşüm durdurulabilir, krizin yükünün tamamen üzerimize yıkılması önlenebilir. Bunun için şiarımız "yüklerin eşit dağılımı" değil, aksine bunalımın faturasını zenginler ödemeli olmalıdır!

Bunun için KPD tüm şehir ve köy emekçilerini yeni hükümete ve onların arkasındaki güçlere bu anlamda kararlı bir direnişle karşı durmaya çağırıyor. Biz bunun için DGB (Alman Sendikalar Birliği, KŞ) tarafından bu ay içinde sosyal hakların kısıtlanmasına karşı planlanmış yürüyüşleri, işçi hareketinin büyük sermayeye ve onun yeni hükümetine karşı güçlü bir mücadele cephesi oluşturacağı, Strauss, Kohl ve Lammsdorff'a sınırlarını göstereceği yeni kitle yürüyüşleri, grevler ve diğer eylemler için başlangıcı teşkil etmesi gereken olumlu ve zorunlu bir insiyatif olarak görüyoruz.

Gücümüz birliğimizdir! Öyleyse, büyük sermayenin ve onun Bonn Hükümeti'nin saldırısına karşı tüm parti sınırlarını ve dünya görüşlerini aşan birleşik ve geniş bir mücadele cephesini oluşturalım!

Ernst Aust'un KŞ-Basın Şenliği'nde yaptığı konuşmanın özeti

SOSYALİZMİN GELECEĞİ VAR

KPD Başkanı Ernst Aust yoldaş "Kızıl Şafak" Basın Şenliği'nde yaptığı konuşmasında ayrıntılı olarak şu an yaşadığımız ekonomik ve siyasi bunalıma değindi ve sosyalist devrim alternatifini açıkladı. Aşağıda Ernst Aust yoldaşın yaptığı bu konuşmanın ikinci bölümünü hafiften kısaltılmış olarak yayınlıyoruz.

Kapak tencereye ait olduğu gibi bunalımlarda kapitalizme özgüdür. Kapitalizmi ortadan kaldırmadan bunalımlar yok edilemez. Sürekli bunalıma tek alternatif planlı sosyalist ekonomidir. Ki bu insanların ihtiyaçlarına göre planlanıp üretim yapıldığı bir ekonomidir.
"Böylesi planlı ekonomik bir sistemde fazla üretim krizleri de, ya da rasyonlaştirme sonucunda artan işsizlik yoktur. Biz tekniki yeniliklere, örneğin mikro elektroniğin uygulanmasına karşı değiliz. Ancak, kapitalizmde bu tür gelişme işsizliğin artmasına yol açarken, sosyalizmde bu çalışma saatinin kısaltılmasının, daha iyi bir yaşamın koşuludur. İşte bu sosyalizm ile kapitalizm arasındaki farktır.

Bunun içinde diyoruz ki, biz sosyalizm istiyoruz. Bunun için de reformlar uğruna mücadeleyi, 35 saatlik iş haftası uğruna mücadeleyi vb. sosyalizm uğruna mücadeleyle birleştiriyoruz. Bizim istediğimiz küçük bir kapitalist azınlığın iktidarını değil, bizim gerçekleştirmeyi amaçladığımız daha ziyade işçi sınıfının iktidarı, proletarya diktatörlüğüdür. İşte tam da burada sorun başlıyor: Haklı olarak işçiler işçi sınıfının bu tür bir iktidarının nerede olduğu sorusunu yöneltiyorlar. Acaba Sovyetler Birliği'nde mi, Alman Demokratik Cumhuriyeti'nde (DDR) mi yoksa sınıf haklarını istediğinden dolayı işçi sınıfına karşı askeri bir diktatörlüğün kurulduğu Polonya'da mı?

1933'ten önce, dünyada büyük ekonomik krizin yaşandığı bu dönemde Almanya'daki ve diğer kapitalist ülkelerdeki işçi sınıfının önünde bir örnek vardı. Bu Stalin'in önderliği altındaki sosyalist Sovyetler Birliği idi. Gerçek bir işçi devletinin varlığı olgusu o zamanki seçimlere de etki yapıyordu. 1932'de KPD 6 milyon oy aldı.

Bugünün Sovyetler Birliği sosyal faşist bir diktatörlüktür!

O zamanın Sovyetler Birliği, Lenin'in ve Stalin'in Sovyetler Birliği artık çoktan tarihe karışmıştır. Alman Demokratik Cumhuriyeti (DDR) ve Doğu Avrupa'nın diğer devletleri gibi o da tamamen yozlaşmıştır. Bugün orada artık işçi sınıfının iktidarı yoktur, aksine bu sözde sosyalizm gerçekte bir tekelci devlet kapitalist sistemidir. Orada yeni bir burjuvazi oluştu. Şüphesiz ki orada batılı anlamda üretim araçları üzerinde özel mülkiyet yoktur. Ama bu parti yöneticilerinden, devlet bürokrasisinden vs. oluşan yeni beyler sınıfı orada üretim araçlarını kendi eline geçirebildi. Ve bu yeni burjuvazi Batı'daki kapitalist sınıf gibi işçileri sömürmektedir.

Doğu'daki patronlar da Batı'daki sınıf kardeşlerinden kötü yaşamamaktalar. Onların yazlık ve kışlık villaları, hizmetçileri ve sofracıları var. Onlar sıradan insanların yapamadıkları yurtdışı seyahatlarına çıkmaktalar; kadınlarını en yeni Paris modasına göre giydirmekteler. Onların hiç bir zaman normal hastanın giremeyeceği, sadece kendilerine özgü hastaneleri ve klinikleri, aynı şekilde sadece imtiyazlı tabakaya açık olan klüpleri var. Bu insanların Batı'daki bir Strauss ya da Kohl gibi kendilerini halkın "sevgisinden" korumaları gereken özel muhafızları, gorilleri de var.

Tüm bunlar Sovyet devletinin sosyalizmle artık hiç bir bağının olmadığını ve tamamen yozlaşmış olduğunu gösteriyor. Ve ekonomik krizde çoktan Doğu Avrupa ülkelerini sardı: fiyat artışları, işsizlik. Aslında bunların sosyalizmde olmaması gerekirdi. Ama orada bu belirtiler artık gizlenemiyor. Zaten kısmende artık gizlenmemekte.

Ve bu rüşvetçilik ve akraba kayırıcılığı vs. sistemine karşı koyanlar ise hapise atılmaktalar. Alman Demokratik Cumhuriyeti'ndeki ve Sovyetler Birliği'ndeki hapishaneler boş yere dolup taşmamakta; ama bunlar tabi ki dolandırıcı ve vurguncularla değil, aksine ağızlarını açmaya cesaret eden ve bu düzene her hangi bir biçimde cephe alan işçilerle doludur....

Öbür tarafta (Doğu Blokunda, KŞ) hüküm süren sosyalizm değil—sözde sosyalist eylemde faşist olan—sosyal faşist bir diktatörlüktür. Bunun için de burada işçilerin şunu söylemelerinde şaşılacak bir şey yoktur: Sosyalizminle benden uzak kal! Burada, biz de daha fazla özgürlüğüm var. Burada en azından henüz greve gidebiliyorum ya da ağzımı açabiliyorum. Burada sendikada örgütlenebiliyorum.

Elbette bunların tümü bu ülkede yapılabilir, ancak her zaman değil. Eğer faşizm gelirse, bu hakların tümü tasfiye edilir ve şimdi bile, Strauss'un iktidara gelmesi hiç şüphesiz ki demokratik haklarımızın daha da kısıtlanması anlamını taşır.

Ancak eğer işçi arkadaşların sosyalizme itirazları varsa, bu bizim sosyalizmimizi, bizim sosyalizmden anladığımızı hedeflememektedir. Bunun için sadece tek gerçek olan sosyalist ülkeye, Arnavutluk'a bakınız. Orada ne kriz ne işsizlik, ne de fiyat artışları var; aksine bir kaç ay önce önemli tüketim maddelerinin fiyatları düşürüldü. En düşük ücretlerle en yüksek ücretler arasındaki oran sadece bire ikidir. Orada partinin kitlelerle sıkı bir ilişkisi vardır. Ve bu parti de örneğin Alman Demokratik Cumhuriyeti'ndeki partiden tamamen farklıdır.

Peki orada (Doğu Almanya'da, KŞ) durum nasıl? Kariyer yapmak isteyenin parti kimliğine ihtiyacı var. Bu parti tüm rüşvet yiyici unsurlara, tüm kariyeristlere açık. Ve bu da burada Federal Almanya'da olandan farklı değil. Bonn'da şimdiden bile bazı şahıslar SPD parti kimliklerini CDU'nunkiyle değiştirmekteler.

Bu Arnavutluk'ta ise tamamen farklıdır. Birincisi, orada partiye üye olmak oldukça zor. Ve partiye üye ise, o zaman bu şu demektir: Fedekârlık yapmak, örnek olmak, özel girişimlere öncülük etmek. Ve tüm bunlar hiç bir imtiyazı beraberinde getirmiyor. Eğer Arnavutluk'ta birisi partiye üye olmak istiyorsa, o zaman ilkin onun her gün birlikte çalıştığı insanlara danışılmaktadır. Partili yoldaşlar onlara giderek, partiye üye olmak isteyen arkadaşın üyelik dilekçesi elimizde var sorusunu yöneltiyorlar. Siz ne düşünüyorsunuz; o olumlu birisi mi? Böylece işçilere partiye üye olmak isteyen birisini buna layık olarak görüp görmedikleri soruluyor.

Ve partinin sorunları bu şekilde ele almasından ötürü de, onun kitlelerle olan bağı sımsıkı ve kopmazdır. Arnavutluk işçi sınıfı planları birlikte kararlaştırmaktadır. Ve Arnavutluk'ta işçiler ve köylüler silahlandırılmıştır—ki bu oldukça önemlidir. Bu sosyalizmin korunmasının temel ön koşuludur.



KPD Başkanı Ernst Aust yoldaş.

Halkı silahlandıran bir hükümet ancak halkın kendisine tam güveninin olduğu bir hükümet olabilir.

Peki işçi arkadaşlar buna ne diyecekler? Onlar siz bize Arnavutluk üzerine çok şey anlatabilirsiniz, ve bunlar doğru olsa bile, Arnavutluk özel şartları olan küçük bir ülkedir diyeceklerdir. Ve sonra, Enver Hoca ölürse, orada da tamda Sovyetler Birliği'ndeki gibi gelişmelerin olmayacağının garantisini bize kim verebilir diye soracaklardır?

İşçi demokrasisinin olmadığı bir sosyalizm düşünülemez

İşçi arkadaşlar karamsarlar. Ve bu karamsarlık işçi sınıfı içerisinde derin bir yer etmiştir. Kuşkusuz ki bu da SPD'nin ihanetinden, eski partimizin geçmiş KPD'nin, öbür taraftakl (Doğu Almanya'daki, KŞ) SED'nin (Almanya Sosyalist Birlik Partisi) ihanetinden ötürü de anlaşılır bir şeydir. Arkadaşlar he zaman toplantılarımızda duyduğumuz şeyi söylüyorlar. Ben bunu geçenlerde Schleswig-Holstein'de köylülerin katıldığı bir toplantıda yaşadım. Onlar dediler ki, senin anlattığın her şey doğru, ama siz komünist değilsiniz. Yani onların komünizm üzerine tamamen yanlış görüşleri vardı. Ve sonra şu soruyu yönelttiler: Bugün hep karşı çıktığımız şeyi yarın sizin tam olarak yapmayacağınızın garantisini bize kim verebilir?

Yoldaşlar, bu sorular haklıdır. Buna rağmen başka yol yoktur, ve başka türlü yapılması söz konusu değil. Geçmişin deneylerinden öğrenip öğrenmeyeceğimiz sadece ve sadece tamamen bize bağlıdır. Roma'da bir günde kurulmadı. Ve insanlık tarihinde gerilemelerin olduğunu, sosyalizmde de geri tepmelerin olacağını Lenin ta önceden söylemişti.

O, toplumsal gelişmede sık sık geriye dönük büyük çatlaklıkların olduğuna işaret etti. İşte bu tür bir çatlaklığı da ne yazık ki biz de—bizim deyimimizle—modern revizyonistlerin ihanetiyle yaşamak zorunda kaldık. Bizim komünistler olarak görevimiz bundan öğrenmektir.

Bir bütün olarak işçiler ve emekçiler için özgürlüğün olmadığı bir sosyalizm düşünülemez. İşçi sınıfı ve emekçiler için demokrasinin olmadığı bir sosyalizm düşünülemez. Zira proletarya diktatörlüğü ne demektir? Bu, işçi sınıfının hiç bir şey söyleme hakkının olmadığı, parti ve devlet yöneticilerinden oluşan küçük bir kliğin onu takip ettiği demek değildir. Proletarya diktatörlüğü kapitalizmi yeniden kurmayı isteyenlerin baskı altında tutulması demektir. Ancak bunlar çok azdır, bunlar sadece küçük bir azınlıktırlar.

Oysaki daha bir çokları vardır. Örneğin sosyalizmi isteyipte, ama sosyalizm üzerine bizden farklı düşünceleri olanlar var. Bu insanlar için özgürlük olmalı. Buna örgütlenme, toplanma ve basın özgürlüğü de dahildir. Lenin'in işçi sınıfı için özgürlüğün olmadığı bir sosyalizm düşünülemez derken kastettiği buydu.

Peki partinin sosyalizmde görevi nedir? Onun görevi idare etmek ve emir vermek midir? Hayır, onun görevi kapitalizmde olduğu gibi aynen kalıyor. O bir yandan işçi sınıfının öncü müfrezesi olurken, diğer yandan ise sınıfının bir parçası ve onunla sımsıkı bağlı olmalıdır. Eğer o sosyalizmde kendisini işçi sınıfından uzaklaştırırsa, bu yozlaşması yönünde ilk adımdır. Bilindiği gibi balık baştan kokmaya başlar. Ve sosyalizmde yozlaşmada her zaman partiden başlar. Eğer ilkin parti niteliğini değiştirirse, eğer orada idarecilik, sonra rüşvetçilik ve akraba kayırıcılığı başgösterirse, o zaman mesele ekseriyetle hal olmuş sayılır.

Sosyalizmde işçi sınıfının iktidarını yürütebilmek için imkânı olmalıdır. Eğer bir takım şeyler yanlış yürüyorsa, o zaman bile o etkili bir biçimde müdahale etme olanağına sahip olmalıdır. Bunun için biz sosyalizmde de grev hakkının olmasından yanayız. Bu mücadele aracı da işçi sınıfının hizmetinde olmalıdır. Elbette sosyalizmde uygunsuzlukları ber taraf etmek için ilk etapta başka araçlara, örneğin işçi denetimine baş vurulmaktadır. İşçi denetimleri tabi ki parti tarafından harekete geçirilmemelidir. Onlar işyerlerindeki arkadaşlar tarafından seçilen ve gerçekten de işyerindeki en küçük şeyden ta ki devlet cihazına kadar her şeyi denetleme hakkına sahip olan organlar olmalıdırlar.

Bu Arnavutluk'ta böyledir. Ben bunu Durres Limanı'nda yaşadım. Orada etrafta demir putreller bulunuyordu ve pas tutmuştular. Sorumlulara yöneltilen eleştiriler kâr etmeyince işçiler Tiran'daki Ulaştırma Bakanı'na telefon ettiler. Daha sonra o buraya gelerek işçilerin şikayetlerini dinledi ve demir putrellerinin bir ambara nakledilmesini sağladı. Bu örnek sosyalizmde işçilerin gerçekten bir şey söyleme haklarının olup olmadığının belirleyici etkeni teşkil ettiğini gösteriyor.

Biz komünistlerin önünde henüz çözümlenmemiş görevler duruyor. Bunlardan birincisi, gereken dersleri edinmek için bazı komünist partilerinin yozlaşmasına nasıl gelindiğini esaslı olarak incelemektir. İkincisi ise gelecekte bu tür bir gelişmenin baş göstermesi nasıl önlenebilir. Bunu incelemek önemli bir görevdir. Çünkü işçiler bizim bunlara cevap vermemizi istiyorlar.

Bizim gibi bunlar üzerine düşünen başka yoldaşlar da, örneğin MLPD'li yoldaşlar da (Almanya Marksist-Leninist Partisi) var. Onlar, Sovyetler Birliği'ndeki gibi bir gelişmeyi önlemek için Çin'de yapılan Kültür Devrimi'ni uygun bir araç olarak görüyorlar. Biz bunun uygun bir araç olduğu düşüncesinde değiliz. Ancak biz tabiki bu tür görüşler edinmenin haklı olduğu ve bunun üzerine başka örgütlerle de tartışmanın doğru olduğu düşüncesindeyiz. Biz kendimizi dünyanın merkezinde görmüyoruz; biz partimizin dışında da bizce yanlış olan başka düşüncelere sahip olsalar bile sosyalizm isteyen bir çok insanın olduğunu biliyoruz. Biz partimizin dışında da devrimci örgütlerin olduğu bilincindeyiz. Ve biz bir araya gelerek bahsettiğimiz sorunlar üzerine görüşmeyi gerekli görüyoruz. Aynı şekilde bunlar kadar önemli bir sorun olan, sosyalist devrime nasıl yaklaşacağımız üzerine de tartışmalıyız. Bunun için tüm devrimci insanların birliğine, işçi sınıfının birliğine ihtiyacımız var.

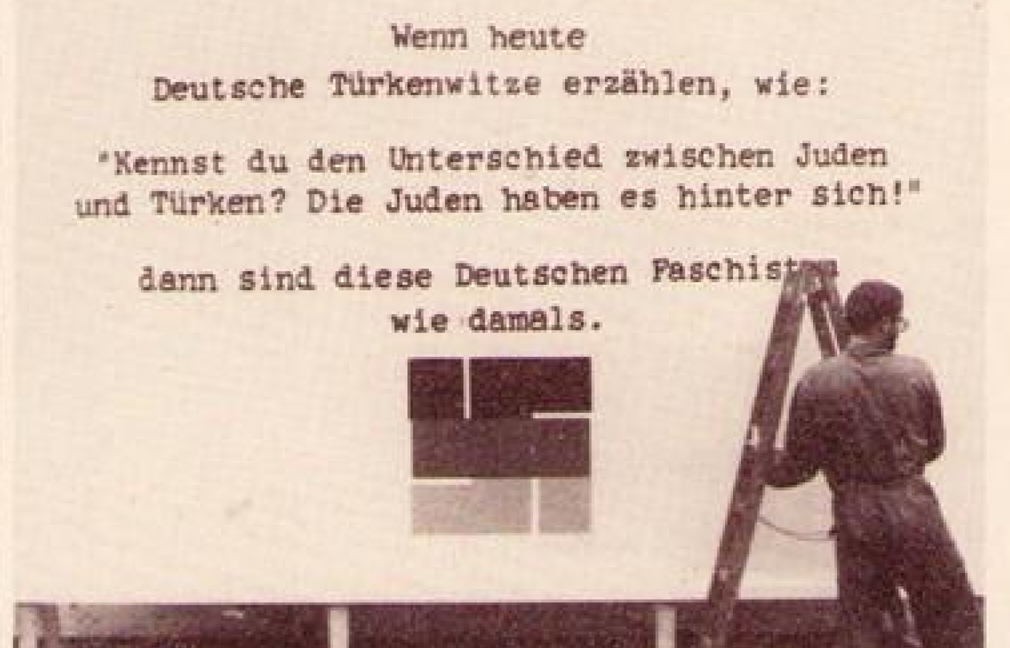
Elbette devrimcilerin bu tür birliğinin sınırlarının nereye kadar olacağı sorusu da gündeme gelmekte. Örneğin sosyalizm sorununda DKP'li yoldaşlarla anlaşmak oldukça zordur. Biz "reel sosyalizmi" bize yutturmalarına izin vermeyeceğiz. Buna rağmen onlarla sınıf mücadelesinin binlerce sorunu üzerine konuşabiliriz. Ve biz sözüm ona yurt savunucuları ile de bir birlik içinde hareket edemeyiz. BWK'dan (Batı Alman Komünistler Birliği, KŞ) yoldaş buna ilişkin olarak biraz önce görüş belirtti. Yurt savunması ne demektir? Sadece özgürlüğü ve sosyalizmi savunmalarından dolayı 8 yıla kadar varan hapis cezalarına çarptırılan öbür taraftaki yoldaşlarımız için Alman Demokratik Cumhuriyeti onların vatanı olmadığı gibi kapitalist Federal Almanya'da bizim vatanımız değildir. Bunlar bizim vatanlarımız değil. Bizim vatanımız gelecek birleşik, bağımsız, sosyalist Almanya'dır! Bütün bunlara rağmen—sosyalizmin geleceği var!

Yaşasın sosyalist devrim! Yaşasın Kızıl Cephe!



KŞ-Resim Sergisi

Toplam olarak 12 tablo üzerinde hazırlanan resim ve yazılarla Basın Şenliği'nde "Kızıl Şafak"ın ilk sayısından bugüne dek olan önemli gelişmeler sergilendi. Bu tabloların bazılarında ise partimizin yabancılara, özellikle de bunların ezici çoğunluğunu oluşturan Türkiyeli işçilere yönelik çalışmalarına yer veriliyordu. Ve ayrıca Türkçe olarak "Kızıl Şafak"ın Türkçe bölümünün çıkmasının geregine işaret ediliyordu. Ayrıca bu tablolar arasında KPD Doğu Almanya Seksiyonu merkez yayın organınında bir resim sergisi vardı.



Yabancı düşmanlığına karşı iki eser

Düsseldorf'lu ressam Manfred Spies "Kızıl Şafak" Basın Şenliği'nde resim tahtası üzerinde yabancı düşmanlığına karşı iki eser gerçekleştirdi. İlgi çekici bu eylemi bir çok arkadaş izledi ve tabloların bitiminde tartışma sürdürdüler.